RheinlandPfalz
STATISTISCHES LANDESAMT

02 2014

STATISTISCHE MONATSHEFTE

Statistik nutzen

Aus dem Inhalt:

Verbraucherpreise 2013
Bundestagswahl 2013
Hochschulen 2012/13

Fotonachweis

T i t e l f o t o : Romy Siemens

Im Durchschnitt des Jahres 2013 lag der Verbraucherpreisindex für Rheinland-Pfalz 1,4 Prozent über dem Vorjahresniveau. Die Preise in der Hauptgruppe „Nahrungsmittel und alkoholfreie Getränke“ stiegen um 3,8 Prozent gegenüber dem Vorjahr. Deutlich teurer waren insbesondere Speisefette und Speiseöle (+10 Prozent), Obst (+6,3 Prozent), Gemüse (+5,1 Prozent) sowie Molkereiprodukte und Eier (+5,5 Prozent).

02 2014

STATISTISCHE MONATSHEFTE

67. Jahrgang

kurz + aktuell 103

Industrie ■ Baugewerbe ■ Erwerbstätigkeit ■ Tourismus
Landwirtschaft ■ Bildung ■ Verkehr

Aus der amtlichen Statistik 112

Verbraucherpreise 114

Rheinland-Pfalz in Karten: Realsteueraufbringungskraft 2012 nach Verwaltungsbezirken 115

Verbraucherpreise 2013 116

Bundestagswahl 2013 – Die ungültige Stimmabgabe 124

Hochschulen 2012/13, Teil II 131

Daten zur Konjunktur 142

Zahlenspiegel Rheinland-Pfalz 175

Neuerscheinungen 191

Zeichenerklärung

0	Zahl ungleich null, Betrag jedoch kleiner als die Hälfte von 1 in der letzten ausgewiesenen Stelle
-	nichts vorhanden
.	Zahl unbekannt oder geheim
x	Nachweis nicht sinnvoll
...	Zahl fällt später an
/	keine Angabe, da Zahl nicht sicher genug
( )	Aussagewert eingeschränkt, da Zahl statistisch unsicher
D	Durchschnitt
p	vorläufig
r	revidiert
s	geschätzt

Für die Abgrenzung von Größenklassen wird im Allgemeinen anstelle einer ausführlichen Beschreibung „50 bis unter 100" die Darstellungsform „50–100" verwendet.

Einzelwerte in Tabellen werden im Allgemeinen ohne Rücksicht auf die Endsumme gerundet.

Herausgeber:
Statistisches Landesamt Rheinland-Pfalz
Mainzer Straße 14-16
56130 Bad Ems

Telefon: 02603 71-0
Telefax: 02603 71-3150

E-Mail: monatsheft@statistik.rlp.de
Internet: www.statistik.rlp.de

Erscheinungsfolge: monatlich

Bestellnummer: Z2201, ISSN: 0174-2914

Kostenfreier Download im Internet unter www.statistik.rlp.de/veroeffentlichungen/statistische-monatshefte

© Statistisches Landesamt Rheinland-Pfalz · Bad Ems · 2014

Vervielfältigung und Verbreitung, auch auszugsweise, mit Quellenangabe gestattet.

Produktion im verarbeitenden Gewerbe gestiegen

Im Vergleich zum Vormonat stieg die Produktion in der rheinland-pfälzischen Industrie im November 2013 preis-, kalender- und saisonbereinigt um 2,1 Prozent. Von den Industriehauptgruppen verzeichneten die Konsumgüterhersteller (+7,2 Prozent) sowie die Investitionsgüterproduzenten (+2,6 Prozent) einen höheren Output. Im Vorleistungsgüterbereich ging die Produktion dagegen um 0,7 Prozent zurück. Von den drei großen Industriebranchen meldete nur der Maschinenbau einen Produktionszuwachs (+6,7 Prozent). In der chemischen Industrie (–3 Prozent) sowie im Fahrzeugbau (–0,7 Prozent) blieb der Güterausstoß hinter dem Vormonatsergebnis zurück.

Gegenüber dem Vorjahresmonat zog der bereinigte Output des verarbeitenden Gewerbes um 7,3 Prozent an. Unter den Industriehauptgruppen weiteten vor allem die Investitionsgüterhersteller ihre Produktion deutlich aus (+19 Prozent). Aber auch bei den Vorleistungsgüterproduzenten (+3,2 Prozent) sowie im Konsumgüterbereich (+2,3 Prozent) war ein höherer Güterausstoß zu verzeichnen. In den drei großen Branchen des Landes wurde mehr produziert als im Vorjahr. Vor allem im Fahrzeugbau kam es zu einem kräftigen Outputzuwachs (+33 Prozent). Im Maschinenbau (+6,1 Prozent) sowie in der chemischen Industrie (+6,4 Prozent) wurde die Produktion ebenfalls deutlich ausgeweitet.

Konjunktur in Rheinland-Pfalz

Gütergruppe / Branche	Nov. 2013		Jan. bis Nov. 2013
	Veränderung des Indexwertes[1] zu		
	Okt. 2013	Nov. 2012	Jan. bis Nov. 2012
Entwicklung der Produktion			
Industrie	2,1 %	7,3 %	0,6 %
Vorleistungsgüterproduzenten[2]	-0,7 %	3,2 %	1,4 %
Investitionsgüterproduzenten	2,6 %	18,9 %	0,9 %
Konsumgüterproduzenten	7,2 %	2,3 %	-2,8 %
Chemie	-3,0 %	6,4 %	5,3 %
Fahrzeugbau	-0,7 %	32,8 %	5,2 %
Maschinenbau	6,7 %	6,1 %	-5,2 %
Entwicklung der Auftragseingänge			
Industrie	-0,9 %	3,8 %	3,1 %
Inland	0,5 %	1,7 %	2,8 %
Ausland	-2,1 %	5,2 %	3,4 %
Vorleistungsgüterproduzenten[2]	0,6 %	4,4 %	2,3 %
Investitionsgüterproduzenten	-4,0 %	3,1 %	7,2 %
Konsumgüterproduzenten	2,5 %	3,3 %	-7,9 %
Chemie	0,5 %	5,5 %	5,2 %
Fahrzeugbau	-11,0 %	-8,5 %	14,9 %
Maschinenbau	5,8 %	19,6 %	0,2 %

1 Preis-, kalender- und saisonbereinigte Werte. – 2 Einschließlich Energie.

Industrieaufträge im November 2013 niedriger als im Oktober

Im Vergleich zum Vormonat verschlechterte sich der Auftragseingang im November 2013 um 0,9 Prozent. Während die Nachfrage aus dem Inland leicht zulegte (+0,5 Prozent), fiel die Auslandsnachfrage niedriger aus als im Oktober (–2,1 Prozent). Von den Industriehauptgruppen verzeichneten die Konsumgüter- bzw. Vorleistungsgüterproduzenten ein Auftragsplus von 2,5 bzw. 0,6 Prozent. Bei den Investitionsgüterproduzenten verminderten sich die Auftragseingänge dagegen um vier Prozent. Die drei großen Branchen des verarbeitenden Gewerbes wiesen ebenfalls keine einheitliche Entwicklung auf. Der Maschinenbau (+5,8 Prozent) sowie die chemische Industrie (+0,5 Prozent) verbuchten Zuwächse, während die Nachfrage im Fahrzeugbau deutlich zurückging (–11 Prozent).

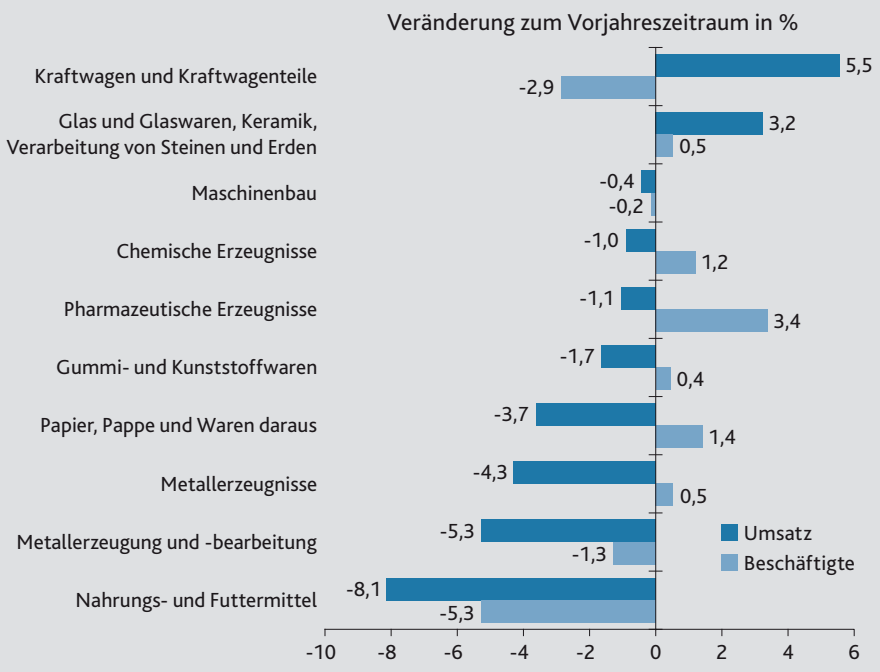
Gegenüber dem Vorjahresmonat erhöhten sich die bereinigten Autragseingänge um 3,8 Prozent. Im Auslandsgeschäft wurde ein Anstieg um 5,2 Prozent registriert, die Inlandsnachfrage legte um 1,7 Prozent zu.

Konjunktur aktuell

Für Smartphone-Benutzer: Bildcode mit einer im Internet verfügbaren App scannen. Somit gelangen Sie jederzeit direkt zu den aktuellen Konjunkturdaten.

Alle Industriehauptgruppen meldeten steigende Auftragszahlen: Die Vorleistungsgüterproduzenten verbuchten den höchsten Anstieg (+4,4 Prozent). Die Konsumgüter- bzw. Investitionsgüterproduzenten erhielten ebenfalls mehr Bestellungen als vor Jahresfrist (+3,3 bzw. +3,1 Prozent). Von den drei großen Branchen des Landes meldete der Maschinenbau einen kräftigen Anstieg der Bestellungen (+20 Prozent). Auch die chemische Industrie konnte spürbar zulegen (+5,5 Prozent). Dagegen gingen die Auftragseingänge im Fahrzeugbau deutlich zurück (–8,5 Prozent).

Umsätze von Januar bis November 2013 und Beschäftigte im November 2013 in der Industrie nach ausgewählten Wirtschaftszweigen



Industrieumsätze knapp unter Vorjahresniveau

Die rheinland-pfälzische Industrie erzielte von Januar bis November 2013 Umsätze in Höhe von 78 Milliarden Euro. Das waren 0,5 Prozent weniger als im Vorjahreszeitraum (Deutschland: –1,1 Prozent). Der Inlandsumsatz ging um ein Prozent zurück, der Auslandumsatz lag mit –0,1 Prozent nahezu auf Vorjahresniveau. (Deutschland: –2,6 bzw. +0,6 Prozent). Die Exportquote, also der Anteil des Auslandsumsatzes am Gesamtumsatz, betrug 54,1 Prozent (Deutschland: 47,5 Prozent).

Im November 2013 wurden 249 760 Beschäftigte registriert, 450 weniger als zwölf Monate zuvor (–0,2 Prozent; Deutschland: +0,6 Prozent). Die Zahl der geleisteten Arbeitsstunden lag um 0,6 Prozent niedriger als im Zeitraum Januar bis November 2012 (Deutschland: –0,1 Prozent).

Lediglich zwei der zehn umsatzstärksten rheinland-pfälzischen Industriebranchen erwirtschafteten bis November höhere Erlöse als im gleichen Zeitraum des Jahres 2012. Die Umsätze der Hersteller von Kraftwagen und Kraftwagenteilen zogen um 5,5 Prozent an, wobei die Auslandserlöse mit +7,2 Prozent stärker zulegten als die Umsätze im Inland (+2,7 Prozent). Die Hersteller von Glas und Glaswaren, Keramik, Verarbeitung von Steinen und Erden meldeten ein Plus von 3,2 Prozent. Maßgeblich bestimmt wurde dies ebenfalls durch die stark gestiegenen Auslandsumsätze (+8,8 Prozent); die Inlandserlöse lagen leicht um 0,1 Prozent unter dem Vorjahresniveau. Die übrigen Wirtschaftszweige verzeichneten teils deutliche Umsatzrückgänge, allen voran die Hersteller von Nahrungs- und Futtermitteln (–8,1 Prozent) sowie die Metallerzeugung und -bearbeitung (–5,3 Prozent). Im Vergleich dazu schrumpften die Erlöse der Hersteller von Gummi- und Kunststoffwaren sowie der Maschinenbauer moderat um 1,7 bzw. 0,4 Prozent.

Sechs der zehn umsatzstärksten Branchen beschäftigten im November mehr Menschen als ein Jahr zuvor. Merkliche Zuwächse verbuchten die Pharmaindustrie (+3,4 Prozent), die Hersteller von Papier, Pappe und Waren daraus (+1,4 Prozent) sowie die chemische Industrie (+1,2 Prozent). In der Herstellung von Nahrungs- und Futtermitteln (–5,3 Prozent), von Kraftwagen und Kraftwagenteilen (–2,9 Prozent) sowie der Metallerzeugung und -bearbeitung (–1,3 Prozent) sanken die Beschäftigtenzahlen.

Aufträge im Bauhauptgewerbe im November 2013 deutlich im Minus

Die Auftragseingänge im rheinland-pfälzischen Bauhauptgewerbe sind im November 2013 gegenüber dem Vormonat kalender- und saisonbereinigt um elf Prozent gesunken. Im Hochbau sanken sie um sieben Prozent, der Tiefbau verzeichnete Einbußen von 16 Prozent. Mit Ausnahme des öffentlichen Hochbaus (+94 Prozent) erhielten alle Bereiche weniger Aufträge. Vor allem der Wohnungsbau (–28 Prozent), der Straßenbau (–27 Prozent) und der gewerbliche Hochbau (–22 Prozent) verzeichneten deutliche Rückgänge.

Der baugewerbliche Umsatz verringerte sich gegenüber dem Vormonat geringfügig um 0,5 Prozent. Der Hochbau registrierte einen Rückgang um 1,8 Prozent, für den Tiefbau errechnete sich ein leichtes Plus von 0,5 Prozent. In der Gliederung nach Bauart und Auftraggeber verzeichnete der öffentliche Tiefbau die größte Umsatzsteigerung (+11,5 Prozent), der Straßenbau die stärksten Einbußen (–7,5 Prozent).

Gegenüber November 2012 sanken die bereinigten Auftragseingänge um zwölf Prozent. Sowohl im Hochbau (–12 Prozent) als auch im Tiefbau (–11 Prozent) verringerten sich die Bestellungen zweistellig. Kräftige Auftragseinbußen verzeichneten der Wohnungsbau (–36 Prozent) und der Straßenbau (–33 Prozent). Dagegen stiegen die Aufträge im gewerblichen und im öffentlichen Tiefbau deutlich an (+20 bzw. +14 Prozent).

Konjunktur im Bauhauptgewerbe

Indikator	Nov. 2013		Jan. bis Nov. 2013
	Veränderung des Wertes[1] zu		
	Okt. 2013	Nov. 2012	Jan. bis Nov. 2012
Auftragseingang	-11,3 % ↓	-11,6 % ↓	-2,2 % ↓
Hochbau insgesamt	-7,0 % ↓	-12,2 % ↓	-4,3 % ↓
Wohnungsbau	-27,8 % ↓	-35,8 % ↓	-9,5 % ↓
gewerblicher Hochbau	-22,3 % ↓	-14,1 % ↓	0,3 % ↗
öffentlicher Hochbau	94,0 % ↑	8,2 % ↑	-7,6 % ↓
Tiefbau insgesamt	-15,8 % ↓	-10,9 % ↓	0 % →
gewerblicher Tiefbau	-1,7 % ↘	19,6 % ↑	6,6 % ↑
öffentlicher Tiefbau	-9,0 % ↓	14,1 % ↑	8,3 % ↑
Straßenbau	-26,7 % ↓	-33,2 % ↓	-6,7 % ↓
Baugewerblicher Umsatz	-0,5 % ↘	4,6 % ↑	3,7 % ↑
Hochbau insgesamt	-1,8 % ↘	1,9 % ↗	4,0 % ↑
Wohnungsbau	4,1 % ↑	10,4 % ↑	0,8 % ↗
gewerblicher Hochbau	-3,8 % ↓	0,2 % ↗	6,2 % ↑
öffentlicher Hochbau	-5,4 % ↓	-4,6 % ↓	4,4 % ↑
Tiefbau insgesamt	0,5 % ↗	8,8 % ↑	3,5 % ↑
gewerblicher Tiefbau	4,0 % ↑	16,0 % ↑	10,5 % ↑
öffentlicher Tiefbau	11,5 % ↑	12,3 % ↑	2,3 % ↑
Straßenbau	-7,5 % ↓	2,6 % ↑	1,6 % ↗

1 Endgültige nominale kalender- und saisonbereinigte Werte.

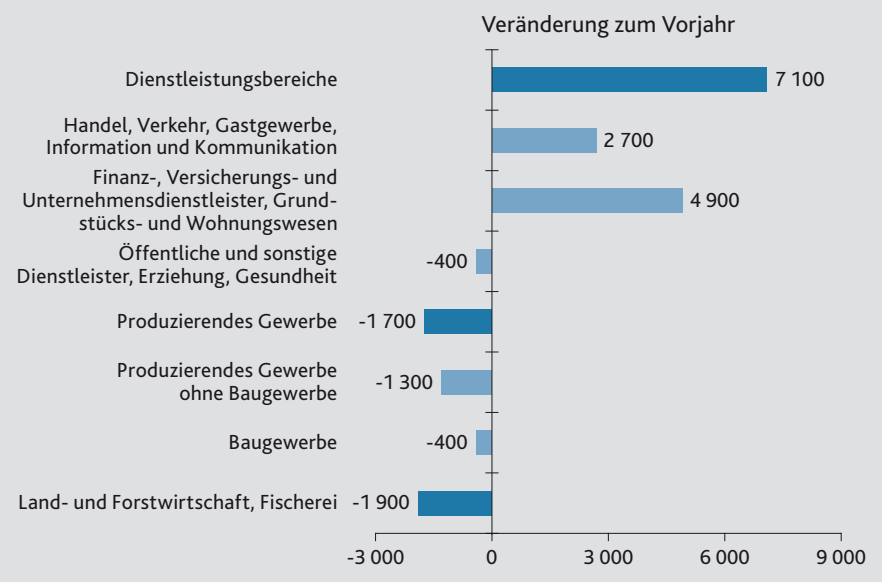
Im Vergleich zum Vorjahresmonat stieg der baugewerbliche Umsatz um 4,6 Prozent. Sowohl der Hochbau (+1,9 Prozent) als auch der Tiefbau (+8,8 Prozent) übertrafen die Umsätze des Vorjahres. Den stärksten Zuwachs verzeichnete der gewerbliche Tiefbau (+16 Prozent). Lediglich im öffentlichen Hochbau kam es zu Umsatzeinbußen (–4,6 Prozent).

Erwerbstätigkeit 2013 um 3 600 Personen gestiegen

Im Durchschnitt des Jahres 2013 hatten 1,925 Millionen Erwerbstätige ihren Arbeitsort in Rheinland-Pfalz. Nach ersten vorläufigen Berechnungen des Arbeitskreises „Erwerbstätigenrechnung des Bundes und der Länder“ waren das 3 600 bzw. 0,2 Prozent mehr als im Jahr 2012. Damit erreichte die Zahl der Erwerbstätigen im vierten Jahr in Folge einen neuen Höchststand; der Zuwachs fiel jedoch im Vergleich zu den beiden Vorjahren (+1,1 und +0,7 Prozent) gering aus.

Im Bundesdurchschnitt war mit +0,6 Prozent ein etwas stärkerer Beschäftigungszuwachs zu verzeichnen. In den alten Ländern (ohne Berlin) betrug der Anstieg ebenfalls 0,6 Prozent, in den neuen Bundesländern (ohne Berlin) sank die Zahl der Erwerbstätigen 2013 um 0,3 Prozent.

Erwerbstätige am Arbeitsort 2013 nach Wirtschaftsbereichen



Eine positive Entwicklung gab es 2013 erneut bei den sozialversicherungspflichtigen Beschäftigungsverhältnissen, die rund zwei Drittel der Erwerbstätigkeit ausmachen. Erste Auswertungen der Bundesagentur für Arbeit zeigen, dass die Zahl sozialversicherungspflichtig Beschäftigter im Oktober 2013 um 1,1 Prozent über dem Vorjahresniveau lag. Im September wurde hier erstmals der Wert von 1,3 Millionen Beschäftigungsverhältnissen überschritten. Dagegen war für die ausschließlich geringfügig entlohnten Beschäftigten im Juni nur ein leichter Zuwachs gegenüber dem Vorjahresmonat festzustellen (+0,1 Prozent). Die Zahl der Beschäftigten in Arbeitsgelegenheiten („Ein-Euro-Jobs") geht seit Jahren kontinuierlich zurück. Nach vorläufigen Angaben der Bundesagentur für Arbeit lag die Zahl in Rheinland-Pfalz im Jahresdurchschnitt 2013 rund 1 100 bzw. 33 Prozent unter dem Vorjahreswert.

In den einzelnen Wirtschaftsbereichen verlief die Entwicklung der Erwerbstätigkeit unterschiedlich. Der Zuwachs konzentrierte sich auf den Dienstleistungssektor. Zusammengefasst waren hier 7 100 Personen mehr beschäftigt als ein Jahr zuvor; das entspricht einem Plus von 0,5 Prozent (Deutschland: +0,7 Prozent). Zurückzuführen ist dieser Anstieg in erster Linie auf den Bereich „Finanz-, Versicherungs- und Unternehmensdienstleister, Grundstücks- und Wohnungswesen". Hier waren im Jahresdurchschnitt 4 900 Personen mehr beschäftigt als 2012 (+1,9 Prozent; Deutschland: +1,6 Prozent). Daneben gab es einen Beschäftigungsaufbau nur noch im Bereich „Handel, Verkehr, Gastgewerbe, Information und Kommunikation". Mit 2 700 Personen verzeichnete der Bereich ein Plus von 0,6 Prozent (Deutschland: +0,2 Prozent). Im größten Teilbereich innerhalb des Dienstleistungssektors, „Öffentliche und sonstige Dienstleister, Erziehung, Gesundheit", nahm die Zahl der Arbeitsverhältnisse dagegen leicht um 400 ab, das waren 0,1 Prozent weniger als 2012 (Deutschland: +0,7 Prozent).

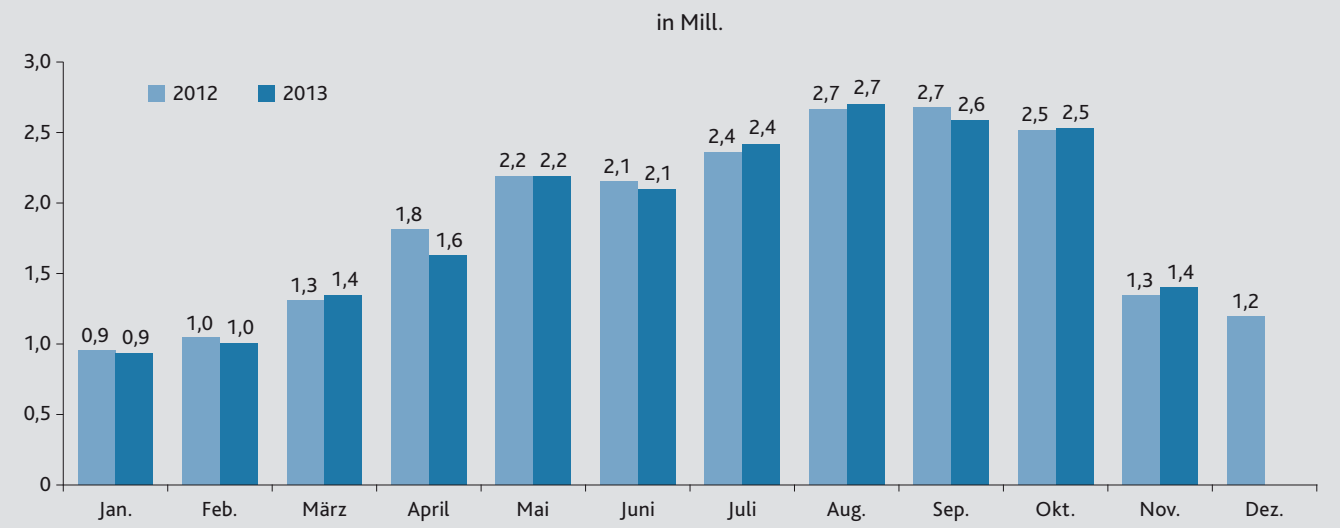
Im produzierenden Gewerbe verlief die Entwicklung 2013 in Rheinland-Pfalz ungünstiger als in Deutschland insgesamt. Im Jahresdurchschnitt waren hier rund 1 700 Personen oder 0,3 Prozent weniger tätig als im Vorjahr (Deutschland: +0,4 Prozent). Ein Rückgang war sowohl im produzierenden Gewerbe ohne Baugewerbe, zu dem als größter Bereich die Industrie gehört, zu verzeichnen (–1 300 bzw. 0,3 Prozent; Deutschland: +0,2 Prozent) als auch im Baugewerbe (–400 bzw. 0,3 Prozent; Deutschland: +0,8 Prozent).

In der Land- und Forstwirtschaft war ein deutlicher Beschäftigungsabbau festzustellen. Die Zahl der Erwerbstätigen lag hier um rund 1 900 bzw. 4,2 Prozent (Deutschland: –4,6 Prozent) niedriger als ein Jahr zuvor.

Plus bei den Gäste- und Übernachtungszahlen

Im November 2013 verzeichneten die rheinland-pfälzischen Tourismusbetriebe ein Gäste- und Übernachtungsplus. Nach ersten vorläufigen Berechnungen besuchten nahezu 576 000 Gäste das Land. Das waren fünf Prozent mehr als im November 2012. Sie buchten 1,4 Millionen Übernachtungen, was einem Zuwachs um vier Prozent entspricht.

Übernachtungen 2012 und 2013[1] nach Monaten



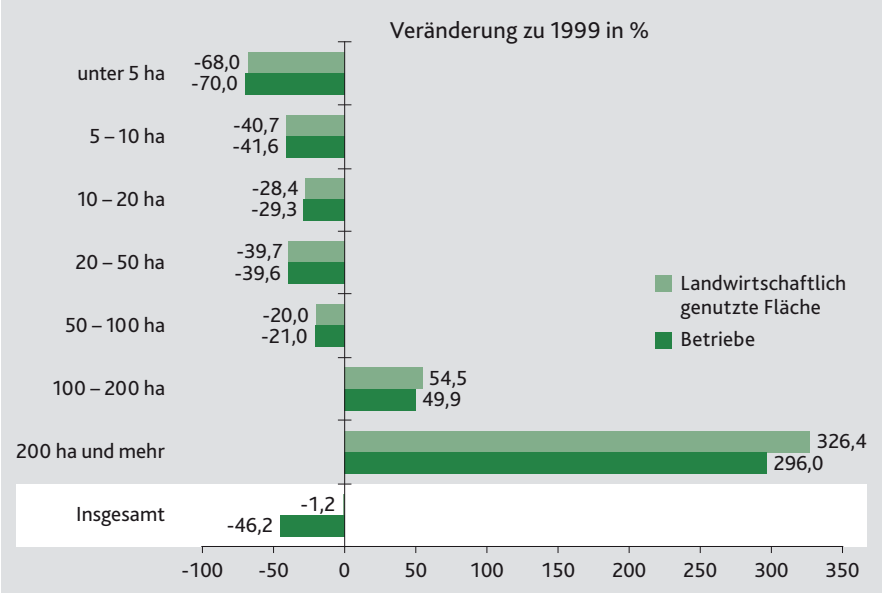
1 Vorläufige Ergebnisse, Wert für Dezember lag zum Redaktionsschluss noch nicht vor.

Von Januar bis November 2013 wurden insgesamt über 7,8 Millionen Gästeankünfte und mehr als 20,8 Millionen Übernachtungen ermittelt. Die Zahl der Gäste war damit um 0,9 Prozent höher als in den elf Monaten des Vorjahres. Gleichzeitig ging die Zahl der Übernachtungen um 0,6 Prozent zurück.

Zahl der landwirtschaftlichen Betriebe weiter rückläufig

Die Betriebsgrößenstruktur der rheinland-pfälzischen Landwirtschaft ist durch den Weinbau geprägt. Fast ein Viertel der 19 100 landwirtschaftlichen Betriebe bewirtschafteten im März 2013 weniger als fünf Hektar landwirtschaftlich genutzte Fläche. Insgesamt bewirtschafteten diese 4 600 Betriebe 9 900 Hektar. Das war etwas mehr als ein Prozent der gesamten landwirtschaftlich genutzten Fläche des Landes (707 000 Hektar). In diesem Segment sind vor allem Weinbaubetriebe zu finden, die zur Erwirtschaftung eines ausreichenden Einkommens wegen der höheren Wertschöpfung pro Flächeneinheit eine kleinere Flächenausstattung als z. B. die Getreideerzeuger benötigen. Knapp die Hälfte der landwirtschaftlich genutzten Fläche entfiel auf landwirtschaftliche Betriebe, die jeweils eine Fläche von mehr als 100 Hektar bearbeiten. Ihr Anteilswert an der Zahl der Betriebe betrug knapp elf Prozent.

Landwirtschaftliche Betriebe und landwirtschaftlich genutzte Fläche 2013 nach Betriebsgrößenklassen



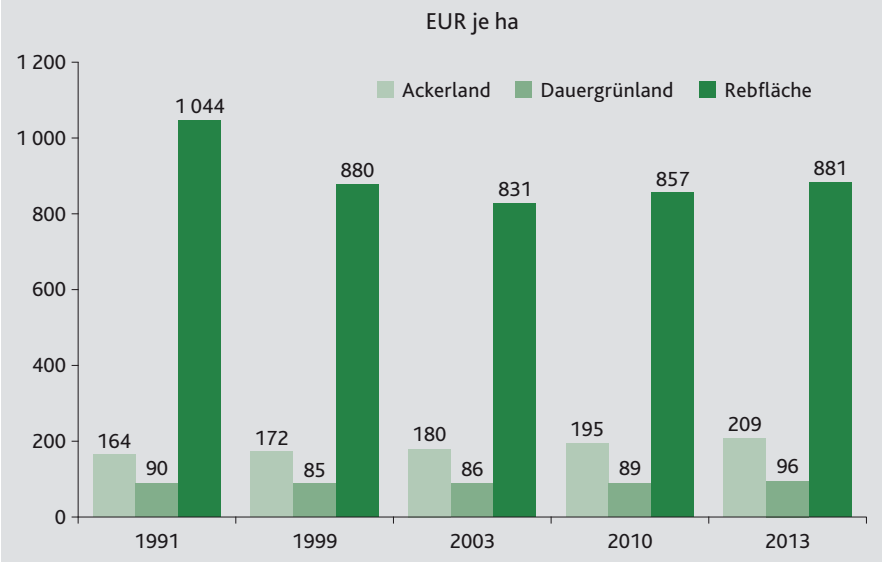
Die Zahl der landwirtschaftlichen Betriebe ist weiter rückläufig. Gegenüber dem Vorjahr sank sie um knapp ein Prozent, gegenüber 2010 betrug der Rückgang gut sieben Prozent. Die landwirtschaftlich genutzte Fläche veränderte sich gegenüber dem Jahr 2010 aber kaum. Die durchschnittlich je Betrieb genutzte Fläche stieg daher seit 2010 um drei auf 37 Hektar.

Die ökologische Bewirtschaftungsweise gewinnt immer mehr an Bedeutung. Gut 1 000 Betriebe (5,2 Prozent) wirtschafteten nach ökologischen Grundsätzen, 22 Prozent mehr als 2010. Sie verfügten insgesamt über eine landwirtschaftlich genutzte Fläche von 47 300 Hektar. Der größte Teil dieser Fläche (45 300 Hektar) ist auf eine ökologische Bewirtschaftung umgestellt bzw. befindet sich in der Umstellung. Das sind 6,4 Prozent der landwirtschaftlich genutzten Fläche des Landes. Im Jahr 2010 betrug dieser Anteil 5,1 Prozent. Mit durchschnittlich knapp 47 Hektar sind die Öko-Betriebe deutlich größer als die konventionell wirtschaftenden Betriebe.

Pachtpreise für landwirtschaftliche Flächen auf neuem Höchststand

Die Pachtentgelte für landwirtschaftliche Flächen haben im vergangenen Jahr einen neuen Höchststand erreicht. Die landwirtschaftlichen Betriebe mussten durchschnittlich 214 Euro je Hektar bezahlen, so viel wie noch nie seit Einführung dieser Erhebungsmerkmale im Jahr 1971. Gegenüber dem Jahr 2010 stiegen

Pachtentgelte 1991–2013 nach Kulturarten



die Pachtentgelte um durchschnittlich 15 Euro bzw. 7,5 Prozent.

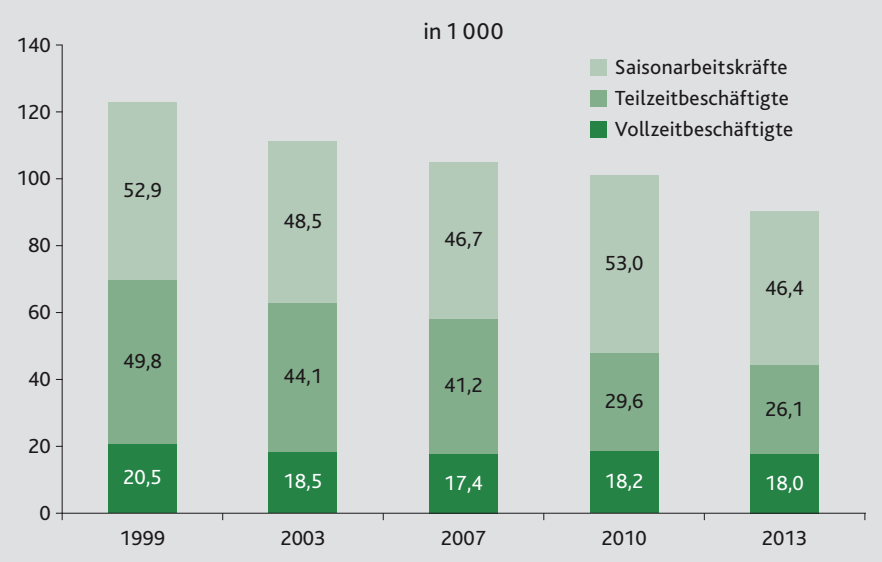
Eine Ursache für den Anstieg ist die Nachfrage von Flächen für den Anbau von Silomais oder anderen Pflanzen zur Energieerzeugung. Für neu gepachtete Flächen oder Flächen, für die die Pachtpreise angepasst wurden, mussten die Landwirte im Durchschnitt über 250 Euro je Hektar zahlen. Im März 2013 hatten die 19 100 in Rheinland-Pfalz ansässigen landwirtschaftlichen Betriebe rund 65 Prozent der von ihnen landwirtschaftlich bewirtschafteten Fläche von 707 000 Hektar zugepachtet.

Ackerland, das mit 57 Prozent den größten Teil der landwirtschaftlich genutzten Flächen umfasst, kostete durchschnittlich 209 Euro je Hektar. Im Vergleich zu 2010 stieg der Durchschnittspreis um 14 Euro bzw. 7,2 Prozent. Die Pachten für Dauergrünland erhöhten sich um sieben auf 96 Euro je Hektar (+7,9 Prozent). Die höchsten Pachtpreise wurden mit 881 Euro je Hektar für Rebflächen gezahlt, das waren 2,8 Prozent mehr als im Jahr 2010.

Saison- und Aushilfsarbeitskräfte wichtig für Landwirtschaft

In der heimischen Landwirtschaft kommt dem arbeitsintensiven Wein- und Gemüsebau eine große Bedeutung zu. Da in diesen Produktionszweigen viele Arbeiten – wie z. B. die Weinlese oder die Gemüseernte – stets nur in begrenzten Zeiträumen zu erledigen sind, beschäftigen die 19 100 landwirtschaftlichen Betriebe eine große Zahl von Saison- oder Aushilfskräften. Nach dem Ergebnis der im März 2013 durchgeführten Agrarstrukturerhebung wurden 46 400 Saisonarbeitskräfte gezählt. Damit wurden über die Hälfte der insgesamt 90 500 Beschäftigen als Saison- oder Aushilfskräfte eingesetzt; im Vergleich zum Jahr 2010

Arbeitskräfte in landwirtschaftlichen Betrieben 1999–2013 nach Beschäftigtengruppen



war dies ein Zehntel weniger. Eine Vollbeschäftigung wurde für 18 000 Personen registriert. Einer regelmäßigen Tätigkeit, deren Umfang aber keine Vollbeschäftigung ausmachte, gingen 26 100 Personen nach. Der hohe Anteil Teilbeschäftigter ist u. a. auf die große Zahl an Betrieben zurückzuführen, die im Nebenerwerb geführt werden.

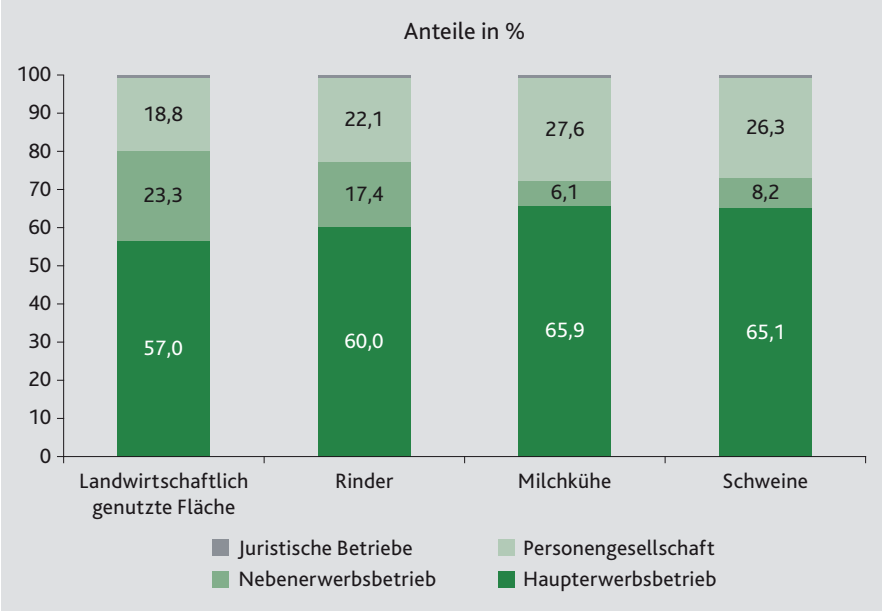
Gründe für den Rückgang der Beschäftigtenzahlen sind der Strukturwandel in der Landwirtschaft und der technische Fortschritt. So verringerte sich zwischen 2010 und 2013 die Zahl der landwirtschaftlichen Betriebe um gut sieben Prozent. Im Rahmen des technischen Fortschritts werden Arbeitskräfte sparende Techniken eingesetzt. Im Vergleich zu 2010 nahm der auf Arbeitskräfte-Einheiten umgerechnete Arbeitseinsatz um zwei Zehntel auf 5,2 Arbeitskräfteeinheiten je 100 Hektar landwirtschaftlich genutzte Fläche ab.

Die aktuellen Ergebnisse verdeutlichen zudem, dass die Altersstruktur der Betriebsinhaber ungünstiger geworden ist. Fast 39 Prozent der Inhaber von Familienbetrieben waren 2013 zwischen 45 und 54 Jahre alt. Im Jahr 2010 waren es erst 36 Prozent und im Jahr 1999 nur 26 Prozent. Auch in der nächsthöheren Altersklasse (55 bis 64 Jahre) nahm der Anteilswert zu. Aktuell entfallen fast 33 Prozent der Betriebsinhaber auf diese Altersklasse. Im Jahr 1999 betrug der Anteilswert erst 25 Prozent. Dagegen war der Anteil der unter 35-Jährigen 2013 mit 4,2 Prozent wesentlich kleiner als 1999 (13 Prozent).

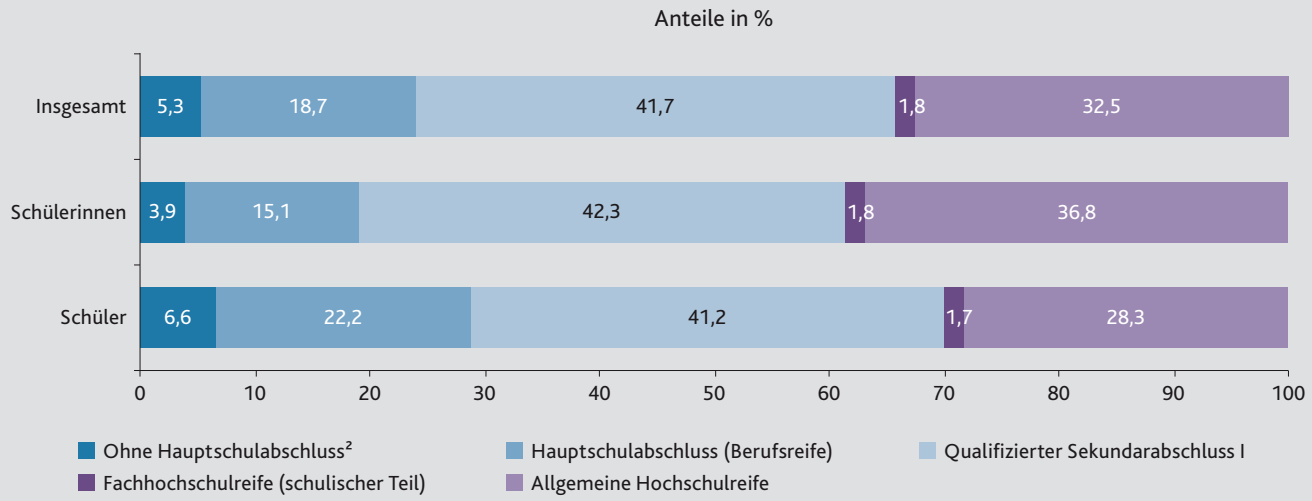
Familienbetriebe dominieren in der Landwirtschaft – Jeder zweite wirtschaftet im Nebenerwerb

Die Mehrzahl der rheinland-pfälzischen landwirtschaftlichen Betriebe wird als Familienbetrieb, d. h. als Einzelunternehmen, bewirtschaftet. Knapp 90 Prozent der 19 100 Betriebe wiesen 2013 diese Rechtsform auf. Die übrigen Betriebe werden zumeist als Personengesellschaft geführt. Rund 52 Prozent der Familienbetriebe sind

Landwirtschaftliche Betriebe 2013 nach ausgewählten Merkmalen und Rechtsform



Schulentlassene[1] allgemeinbildener Schulen 2013 nach Abschlussart und Geschlecht



1 Ohne Nichtschülerprüfungen. – 2 Einschließlich Abschluss- bzw. Abgangszeugnis der Förderschule.

Nebenerwerbsbetriebe, das bedeutet, der Betriebsinhaber bzw. das Inhaberehepaar erzielt weniger als 50 Prozent seiner Gesamteinkünfte aus der landwirtschaftlichen Produktion.

Im Vergleich zum Jahr 2010 verringerte sich die Zahl der Nebenerwerbsbetriebe um rund elf Prozent und damit deutlich stärker als die der Haupterwerbsbetriebe (–6,8 Prozent). Die Zahl der Familienbetriebe nahm um neun Prozent ab. Da in den Haupterwerbsbetrieben die landwirtschaftliche Produktion die wichtigste Einkommensquelle ist, weisen die Betriebe mit durchschnittlich 50 Hektar eine deutlich größere Flächenausstattung auf als die Nebenerwerbsbetriebe. Diese kamen durchschnittlich nur auf knapp 19 Hektar. Im Vergleich dazu verfügten die Betriebe, die in der Rechtsform einer Personengesellschaft geführt werden, über durchschnittlich 65 Hektar. Die größere Flächenausstattung ist darauf zurückzuführen, dass diese Betriebe zumeist die Einkommensgrundlage für mindestens zwei Familien bilden.

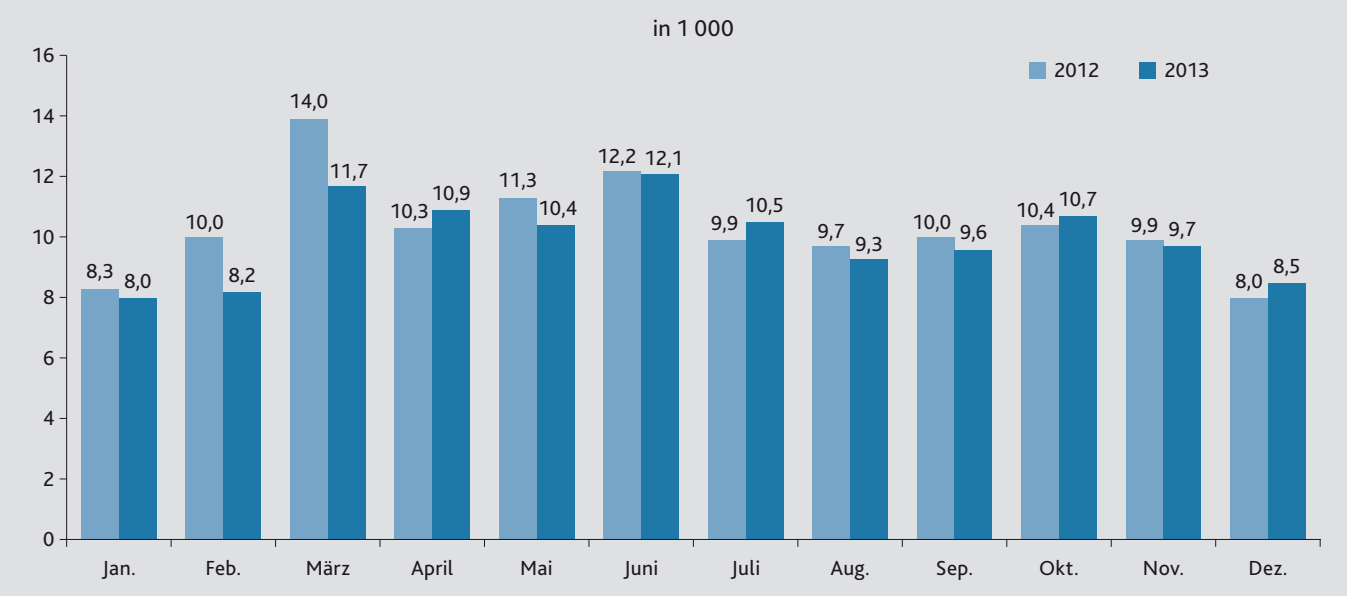
Die deutlich größere Ausstattung der Personengesellschaften mit Produktionsfaktoren zeigt sich auch in der Viehhaltung. In den Ställen der Personengesellschaften stehen durchschnittlich 173 Rinder und 581 Schweine. Die Haupterwerbsbetriebe kamen auf 96 Rinder sowie 328 Schweine. Die Viehbestände der Nebenerwerbsbetriebe waren mit 30 Rindern und 51 Schweinen deutlich kleiner. In der arbeitsintensiven Milchviehhaltung erreichten die Personengesellschaften einen Durchschnittswert von 94 Milchkühen. In den Haupterwerbsbetrieben wurden 53 Tiere und in den Nebenerwerbsbetrieben 20 Milchkühe gemolken.

Weniger Schülerinnen und Schüler in allgemeinbildenden Schulen

Im laufenden Schuljahr 2013/14 besuchen 423 788 Kinder und Jugendliche eine allgemeinbildende Schule oder einen Schulkindergarten in Rheinland-Pfalz. Das sind 8 542 bzw. zwei Prozent weniger als im Schuljahr 2012/13 und so wenige Schülerinnen und Schüler wie seit dem Schuljahr 1992/93 nicht mehr.

Ein im Vorjahresvergleich merklicher Rückgang vollzog sich in der Primarstufe (Klassenstufe 1 bis 4). In diesem Bildungsabschnitt sank die Zahl der Kinder – vorwiegend demografisch bedingt – um 1,7 Prozent auf 137 159 (–2 347). In der Sekundarstufe I (Klassenstufe 5 bis 10) werden derzeit 232 064 Schülerinnen und Schüler unterrichtet und damit 7 822 weniger als im vorangegangenen Schuljahr (–3,3 Prozent). Demgegenüber

Neuzulassungen von Personenkraftwagen von Januar bis Dezember 2012 und 2013



sind die Schülerzahlen der Sekundarstufe II (Jahrgangsstufe 10 bis 13) gestiegen. Dort lernen derzeit 50 230 Jugendliche und damit 1 698 mehr als ein Jahr zuvor (+3,5 Prozent). Ursächlich für den Anstieg in der Oberstufe sind sowohl die verhältnismäßig stark besetzten Bevölkerungsjahrgänge der zurzeit 16- bis 18-Jährigen, aber auch der wachsende Anteil von Schülerinnen und Schülern, die eine Studienberechtigung anstreben. Zudem gibt es im Schuljahr 2013/14 erstmals Schülerinnen und Schüler in der Jahrgangsstufe zehn an achtjährigen Gymnasien (G8-GTS). Diese 874 Zehntklässlerinnen und Zehntklässler werden – anders als bei den übrigen Schularten – nicht zum Sekundarbereich I gezählt, sondern der Sekundarstufe II zugeordnet.

Fast ein Drittel der 44 272 Schulentlassenen erlangte im vergangenen Schuljahr die allgemeine Hochschulreife (32,5 Prozent). Weitere 1,8 Prozent verließen die Schule mit dem schulischen Teil der Fachhochschulreife, 42 Prozent mit dem qualifizierten Sekundarabschluss I und 19 Prozent mit dem Hauptschulabschluss (Berufsreife). Insgesamt 2 346 Schulentlassene und damit 5,3 Prozent gingen ohne Hauptschulabschluss von der Schule ab. Mehr als die Hälfte dieser Schülerinnen und Schüler hatte allerdings das Abschlusszeugnis einer Förderschule erreicht.

Nachfrage nach neuen Pkw geht weiter zurück

In Rheinland-Pfalz wurden im vergangenen Jahr 119 672 Pkw neu zugelassen, das waren 3,1 Prozent weniger als im Jahr 2012. Die Zahl der neu zugelassenen Pkw lag damit niedriger als im Krisenjahr 2008 und unter der des Jahres 2010, als die Nachfrage nach Auslaufen der Abwrackprämie einbrach.

Die Lkw-Zulassungszahlen sanken um 4,1 Prozent auf 10 844, während es bei den Zugmaschinen eine Zunahme um 1,6 Prozent auf 4 070 gab. Die Zahl der neu zugelassenen Krafträder ging mit 7 072 leicht um 0,7 Prozent zurück.

Mit 394 440 Besitzumschreibungen legte der Gebrauchtwagenmarkt für Pkw um 3,3 Prozent zu. Einem leichten Rückgang bei der Zahl der Umschreibung gebrauchter Lastkraftwagen von 0,7 Prozent, stand ein Plus von 2,2 Prozent bei den Zugmaschinen gegenüber. Daneben wechselten 26 995 gebrauchte Krafträder ihren Besitzer (+3,2 Prozent). Insgesamt wurden 446 267 Kraftfahrzeuge umgeschrieben, das waren 3,1 Prozent mehr als im Jahr 2012.

Ein Fünftel weniger Verkehrstote – Zahl der Unfälle nahezu unverändert

Auf rheinland-pfälzischen Straßen verloren im Zeitraum von Januar bis November 2013 bei Straßenverkehrsunfällen 157 Menschen ihr Leben. Dies waren 41 und damit ein Fünftel weniger als im gleichen Vorjahreszeitraum. Die Zahl der Schwerverletzten ging um 1,5 Prozent auf 3 346 zurück. Leicht verletzt wurden 13 859 Personen, was einem Rückgang von 5,9 Prozent entspricht.

Insgesamt registrierte die Polizei in den ersten zehn Monaten des Jahres 2013 auf rheinland-pfälzischen Straßen 121 501 Verkehrsunfälle und damit fast genau so viel wie im gleichen Zeitraum des vergangenen Jahres, als neun Unfälle mehr erfasst wurden.

Aus der amtlichen Statistik

Interviewerinnen und Interviewer befragen in diesem Jahr wieder 18 000 Haushalte

Wie viele Rheinland-Pfälzerinnen und Rheinland-Pfälzer sind erwerbstätig und wie ist deren berufliche Qualifikation? Wie hoch ist das monatliche Nettoeinkommen von Haushalten und Familien? Wie viele alleinerziehende Mütter sind erwerbstätig? Antworten auf solche häufig gestellten Fragen gibt der Mikrozensus. Die Erhebung erfolgt seit 1957 jährlich bei einem Prozent aller Haushalte in ganz Deutschland.

Auch 2014 werden wieder rund 180 mit Laptops ausgerüstete Interviewerinnen und Interviewer das ganze Jahr über in Rheinland-Pfalz unterwegs sein, um 18 000 Haushalte zu befragen. Die Internetseite zum Mikrozensus (www.mikrozensus.rlp.de) informiert darüber, wann und in welchen Gemeinden des Landes die Befragungen stattfinden werden. Die Interviewerinnen und Interviewer wurden sorgfältig ausgewählt und können sich durch einen Ausweis des Statistischen Landesamtes legitimieren.

Der Präsident des Statistischen Landesamtes Rheinland-Pfalz, Jörg Berres, appelliert an alle ausgewählten Haushalte, bei der Mikrozensusbefragung mitzumachen. Nur so ist gewährleistet, dass zuverlässige Ergebnisse für die vielfältigen Nutzer der Statistik aus Politik, Wissenschaft und der interessierten Öffentlichkeit zustande kommen.

Der Mikrozensus …

- ist eine sogenannte Flächenstichprobe, für die nach einem mathematischen Zufallsverfahren Straßenzüge bzw. Gebäude ausgewählt werden.
- befragt die Haushalte, die in den ausgewählten Gebäuden wohnen, in bis zu vier aufeinanderfolgenden Jahren.
- ist eine Erhebung mit Auskunftspflicht.
- wird durch ehrenamtlich tätige Interviewerinnen und Interviewer durchgeführt, die zur Einhaltung der Bestimmungen des Datenschutzes und der statistischen Geheimhaltung verpflichtet sind.

Rheinland-Pfalz regional „Kreisfreie Städte und Landkreise – Ein Vergleich in Zahlen“ erschienen

Das Statistische Landesamt in Bad Ems hat unter dem Titel „Rheinland-Pfalz regional“ die aktuelle Ausgabe der Veröffentlichung „Kreisfreie Städte und Landkreise in Rheinland-Pfalz – Ein Vergleich in Zahlen“ vorgelegt.

Differenzierte Regionaldaten sind unerlässlich für viele regional tätige Akteure im sozialen Gemeinwesen, in Politik, Verwaltung und Wirtschaft. Präsident Jörg Berres sieht den Nutzen von Regionalstatistiken in der Bewertung regionaler Strukturen und Entwicklungen. „Übersichten regional vergleichbarer statistischer Daten erleichtern diese Bewertung und werden von einem großen Nutzerkreis nachgefragt“, so Berres. Die Veröffentlichung enthält eine Reihe von Merkmalen, die Schwerpunkte und Potenziale aufzeigen, sowie Kennziffern zur vergleichenden Betrachtung der Regionen.

Die Publikation mit Daten für die zwölf kreisfreien Städte und 24 Landkreise bietet Informationen in einem Querschnitt regional auswertbarer Statistiken zur Bevölkerung, Bildung und Kinderbetreuung, Pflege und medizinischen Vorsorge, zur regionalen Wirtschaftslage und zum Arbeitsmarkt bis hin zu Eckdaten der sozialen Sicherungssysteme und der öffentlichen Finanzen. Für diese Ausgabe ist hervorzuheben, dass mittlerweile viele Bevölkerungsdaten auf der Basis des Zensus 2011 fortgeschrieben sind. Auch werden erstmals in dieser Veröffentlichung die Ergebnisse zu den kommunalen Finanzen entsprechend dem doppischen Rechnungswesen dargestellt. Darüber hinaus ist in diesem Themengebiet der Schuldenbegriff neu abgegrenzt.

Grafiken und Karten geben zu den Themen erste Einblicke, die sich mithilfe der 64 Tabellen vertiefen lassen. Eine Auswahl:

- Jeweils mehr als 200 000 Menschen leben in den Landkreisen Mayen-Koblenz und Mainz-Bingen sowie in der Landeshauptstadt Mainz. Der bevölkerungsärmste Landkreis hat rund 61 000 Einwohner (Vulkaneifel), die kleinste kreisfreie Stadt 34 000 Einwohner (Zweibrücken).
- Nur in der Stadt Mainz wurden 2012 mehr Menschen geboren als verstarben. Der Geburtenüberschuss lag dort bei 0,4 Geburten je 1 000 Einwohner. In den Landkreisen war ein Gestorbenenüberschuss die Regel; den geringsten Überschuss hatte mit einem Gestorbenen je 1 000 Einwohner der Landkreis Mainz-Bingen. Das ungünstigste Verhältnis von Geburten und Sterbefällen verzeichnete die Stadt Pirmasens (Gestorbenüberschuss: 7,6 Gestorbene je 1 000 Einwohner).
- In elf Landkreisen und in der Stadt Pirmasens sind im Jahr 2012 mehr Menschen fort- als zugezogen. Die übrigen kreisfreien Städte und Landkreise hatten positive Wanderungsbilanzen. Den größten Überschuss weist die Wanderungsbilanz der Stadt Koblenz aus.
- In den allgemeinbildenden Schulen ist der Anteil von Schülerinnen und Schülern mit Migrationshintergrund in Ludwigshafen mit fast 40 Prozent bei weitem am höchsten.
- Der Landkreis Neuwied hält in allgemeinen Krankenhäusern 1 478 Betten vor, so viele wie kein anderer Landkreis. Mehr als 1 500 Betten werden in vier kreisfreien Städten angeboten; darunter in Mainz über 2 000.
- Einen Schwerpunkt im Tourismus bilden vier aneinander grenzende Landkreise im Nordwesten des Landes. Die höchste Tourismusintensität hat mit 35 500 Übernachtungen je 1 000 Einwohner der Landkreis Cochem-Zell, gefolgt von den Landkreisen Bernkastel-Wittlich (25 400), Vulkaneifel (23 000) und Ahrweiler (11 500).
- Der Anteil der Bezieher von Arbeitslosengeld II bzw. Sozialgeld (Hartz IV) an der erwerbsfähigen Bevölkerung (15 bis unter 65 Jahre) liegt in den kreisfreien Städten deutlich höher als in den Landkreisen. Zum Stichtag 31. Dezember 2012 reichte die sogenannte SGB II-Quote in den kreisfreien Städten von 6,1 (Landau) bis 17,1 (Pirmasens) Empfängerinnen bzw. Empfängern je 100 Einwohner dieser Bevölkerungsgruppe; bei den Landkreisen lag die Spanne zwischen 2,8 (Trier-Saarburg) und 8,7 Personen (Bad Kreuznach).
- Große Spannweiten gibt es bei den sogenannten Betreuungsquoten der unter 3-Jährigen. Dabei wird die Zahl der Kinder in einer Tageseinrichtung einschließlich der Betreuungsverhältnisse der öffentlich geförderten Kindertagespflege auf die gleichaltrige Bevölkerung am Sitz der Tageseinrichtung bezogen. Die höchste Quote zum Stand 1. März 2013 errechnet sich für den Landkreis Mainz-Bingen mit rund 40 Prozent, die niedrigste für die kreisfreie Stadt Frankenthal mit gut 17 Prozent. Für die Betreuung zweijähriger Kinder liegen die Quoten deutlich höher und erreichen in vier Landkreisen mehr als 80 Prozent.

Die Veröffentlichung „Rheinland-Pfalz regional – Kreisfreie Städte und Landkreise in Rheinland-Pfalz – Ein Vergleich in Zahlen", Ausgabe 2013, umfasst 152 Seiten und wird im DIN A4-Format (broschiert) zum Preis von 11,50 Euro angeboten. Als PDF-Datei kann die Veröffentlichung kostenfrei unter www.statistik.rlp.de heruntergeladen werden.

Verbraucherpreise im Januar 2014

Die Verbraucherpreise in Rheinland-Pfalz lagen im Januar 1,3 Prozent über dem Niveau des Vorjahresmonats. Damit setzte sich die moderate Preisentwicklung des Jahres 2013 fort.

Im Vergleich zum Vorjahresmonat sanken die Energiepreise um 1,5 Prozent. Einen wesentlichen Einfluss auf diese Entwicklung hatten die weiterhin rückläufigen Preise für Mineralölprodukte (–5,2 Prozent). So waren Kraftstoffe 4,3 Prozent und Heizöl 7,5 Prozent günstiger als im Januar 2013. Demgegenüber erhöhte sich der Strompreis um 3,7 Prozent. Ohne Berücksichtigung der Entwicklung der Preise für Heizöl und Kraftstoffe wäre der Verbraucherpreisindex um 1,8 Prozent gestiegen. Verlangsamt hat sich im Vorjahresvergleich der Preisanstieg bei Nahrungsmitteln und alkoholfreien Getränken (+1,9 Prozent).

Zwar waren Speisefette und Speiseöle (+10 Prozent) sowie Molkereiprodukte und Eier (+9,2 Prozent) deutlich teurer als im Januar 2013, die Preise für Obst und Gemüse (+1,7 bzw. +1,3 Prozent) stiegen jedoch nur moderat. Brot und Getreideprodukte (+0,2 Prozent) waren kaum teurer, Fleisch und Fleischwaren (–0,4 Prozent) sogar günstiger als ein Jahr zuvor. Beispielsweise fielen die Preise für Rindfleisch zum Kochen um 7,4 Prozent und für frisches Geflügelfleisch um 2,6 Prozent.

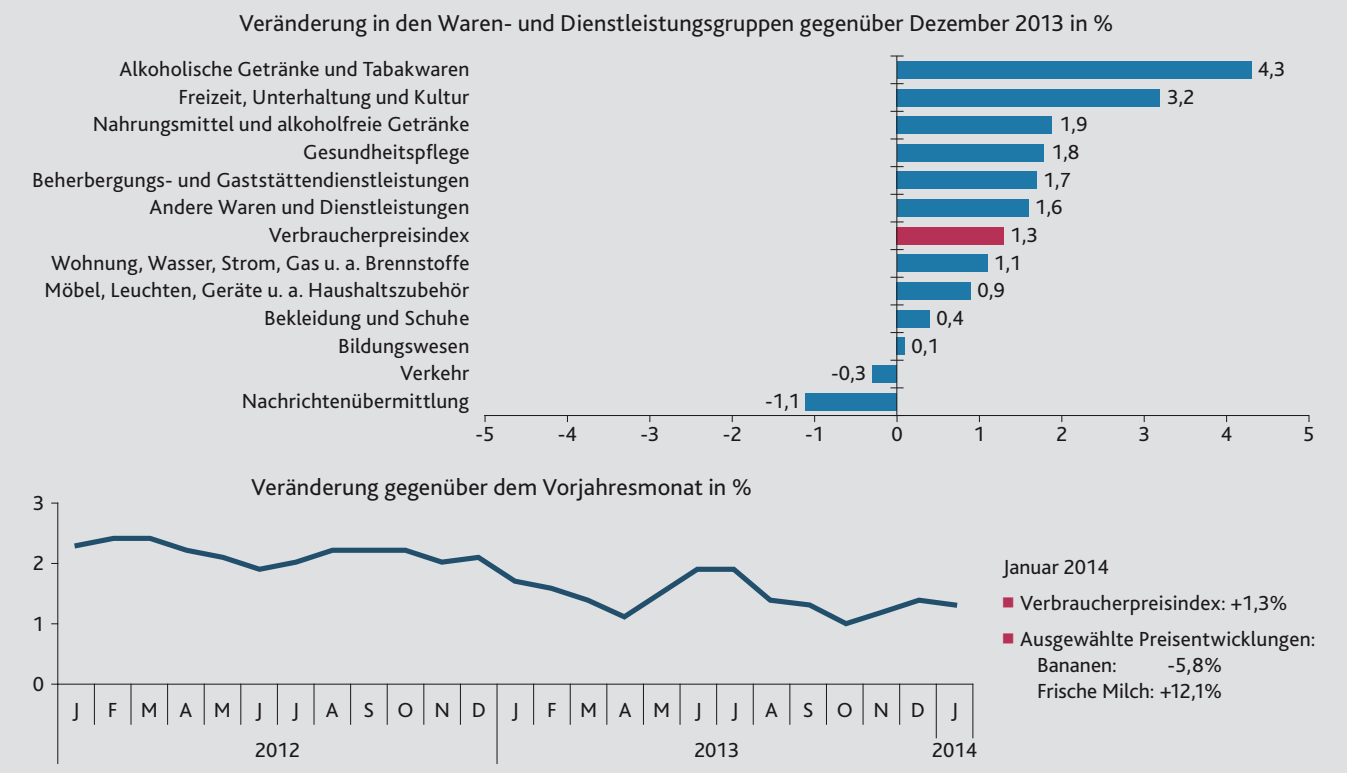
Im Vergleich zum Vormonat sank der Verbraucherpreisindex um 0,6 Prozent. Maßgeblich hierzu beigetragen haben die saisonal bedingten Preissenkungen in der Hauptgruppe Freizeit, Unterhaltung und Kultur (–4,3 Prozent) sowie bei Bekleidung und Schuhen (–3,4 Prozent).

Verbraucherpreisindex

Der Verbraucherpreisindex misst die durchschnittliche Preisveränderung der Waren und Dienstleistungen, die von privaten Haushalten für Konsumzwecke gekauft werden. Berücksichtigt werden Güter des täglichen Bedarfs, Mieten, langlebige Gebrauchsgüter und Dienstleistungen. Der Verbraucherpreisindex dient als Indikator für die Beurteilung der Geldwertstabilität und als Inflationsmaßstab.

Rund um die Monatsmitte erheben in Rheinland-Pfalz in elf Berichtsgemeinden 17 Preisermittler im Auftrag des Statistischen Landesamtes in rund 2 000 Berichtsstellen (z. B. Kaufhäuser) gut 20 000 Einzelpreise. Dabei werden die Preisveränderungen von rund 700 genau beschriebenen Waren und Dienstleistungen erfasst. Die Preisveränderungen werden gemäß der Verbrauchsbedeutung, die den Waren und Dienstleistungen bei den Ausgaben der privaten Haushalte zukommt, im Preisindex berücksichtigt.

Verbraucherpreisindex im Januar 2014

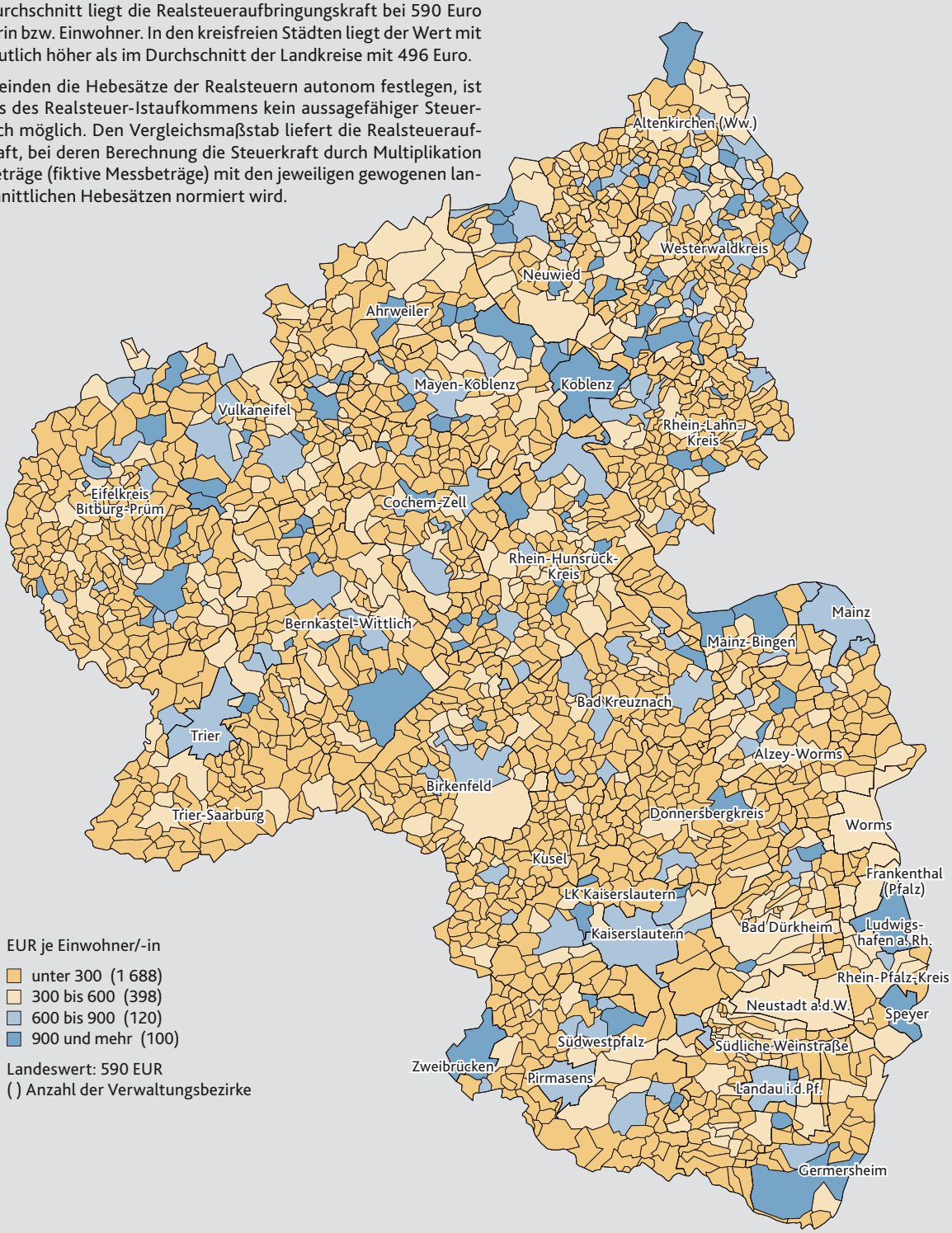


Realsteueraufbringungskraft 2012 nach Verwaltungsbezirken

Steuerkraft in den kreisfreien Städten höher als in den Landkreisen

Im Landesdurchschnitt liegt die Realsteueraufbringungskraft bei 590 Euro je Einwohnerin bzw. Einwohner. In den kreisfreien Städten liegt der Wert mit 863 Euro deutlich höher als im Durchschnitt der Landkreise mit 496 Euro.

Da die Gemeinden die Hebesätze der Realsteuern autonom festlegen, ist auf der Basis des Realsteuer-Istaufkommens kein aussagefähiger Steuerkraftvergleich möglich. Den Vergleichsmaßstab liefert die Realsteueraufbringungskraft, bei deren Berechnung die Steuerkraft durch Multiplikation der Grundbeträge (fiktive Messbeträge) mit den jeweiligen gewogenen landesdurchschnittlichen Hebesätzen normiert wird.



Verbraucherpreise 2013

Steigerung gegenüber dem Vorjahr um 1,4 Prozent

Von Bettina Link

Die Ergebnisse der Verbraucherpreisstatistik zählen zu den bekanntesten und meist beachteten in der amtlichen Statistik. Sie sind von elementarer Bedeutung für die Beurteilung inflationärer Tendenzen, dienen als Orientierungsmaßstab (etwa bei Tarifverhandlungen oder in vertraglichen Vereinbarungen über die Höhe von wiederkehrenden Zahlungen) sowie zur Preisbereinigung in den Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen.

Im Durchschnitt des Jahres 2013 lag der Verbraucherpreisindex für Rheinland-Pfalz 1,4 Prozent über dem Vorjahresniveau und damit deutlich unter dem Wert von 2012 (+2,2 Prozent). Der Jahresverlauf war geprägt von Teuerungsraten, die unter der für die Geldpolitik wichtigen Zielmarke von zwei Prozent lagen. Der höchste Wert des Jahres wurde mit +1,9 Prozent in den Monaten Juni und Juli erreicht.

Berechnung des Verbraucherpreisindex

Der Verbraucherpreisindex für Rheinland-Pfalz bzw. für Deutschland (VPI) misst die durchschnittliche Preisentwicklung von Waren und Dienstleistungen, die von privaten Haushalten für Konsumzwecke gekauft werden. Berücksichtigt werden Güter des täglichen Bedarfs, Mieten, langlebige Gebrauchsgüter und Dienstleistungen. Die Statistischen Ämter des Bundes und der Länder berechnen den Verbraucherpreisindex für Deutschland und die einzelnen Länder monatlich.

Rund 20 000 Preise werden monatlich erhoben

Zu diesem Zweck erheben in Rheinland-Pfalz 17 Preisermittler im Auftrag des Statistischen Landesamtes die Preise für rund 700 Waren und Dienstleistungen in elf Berichtsgemeinden mit mehr als 2 000 Berichtsstellen (z. B. Kaufhäuser). Insgesamt werden monatlich rund 20 000 Einzelpreise erhoben. Hinzu kommen Auswertungen von Katalogen, Tarifwerken, Gebührenordnungen sowie Internetangeboten.

Der Verbraucherpreisindex unterstützt Politik, Wirtschaft und auch private Nutzer in ihrer Entscheidungsfindung. So wird er beispielsweise im Rahmen von Tarifverhand-

lungen genutzt. Private Verträge mit Wertsicherungsklauseln basieren ebenfalls auf der Entwicklung des Index. Zudem wird die Teuerungsrate für eine Reihe weiterer Statistiken, z. B. für die Deflationierung gesamtwirtschaftlicher Größen in den Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen verwendet.

VPI ist wichtiger Indikator zur Messung der Geldwertstabilität

Als Inflationsmaßstab dient der Verbraucherpreisindex zur Messung der Geldwertstabilität. Daran sind besonders die Ministerien, die Zentralbanken, Wirtschaftsforschungsinstitute, Wissenschaft und Forschung sowie die Medien interessiert.

Der folgende Beitrag beschäftigt sich mit der Entwicklung der Verbraucherpreise in Rheinland-Pfalz im Jahr 2013.[1]

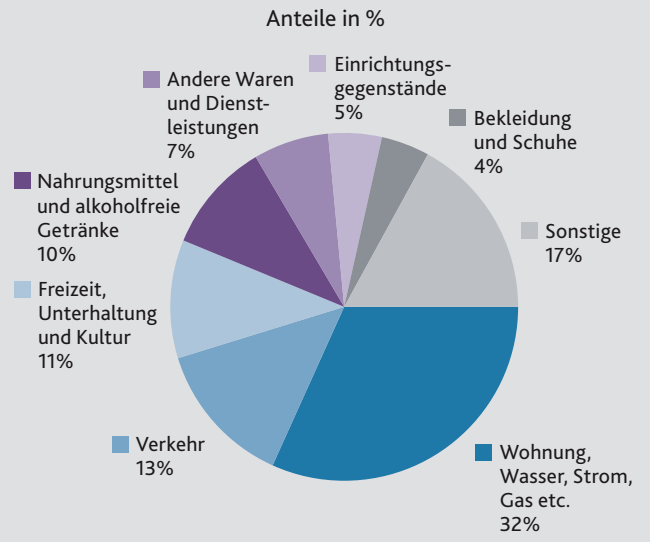
Warenkorb des Verbraucherpreisindex bildet Verbrauchsstruktur ab

EVS und LWR als Grundlage des Warenkorbs des VPI

Die Preisveränderungen der einzelnen Waren und Dienstleistungen werden gemäß der Verbrauchsbedeutung, die ihnen im Budget der privaten Haushalte zukommt, im Preisindex berücksichtigt. Hierzu wird eine Verbrauchsstruktur, das sogenannte Wägungsschema, auf der Grundlage der Ausgaben der privaten Haushalte für die Käufe von Waren und Dienstleistungen bestimmt.[2] Die Höhe und Struktur der Ausgaben werden durch die Einkommens- und Verbrauchsstichprobe (EVS) und die Statistik der Laufenden Wirtschaftsrechnungen (LWR) ermittelt.

Nach dem zurzeit gültigen Wägungsschema werden im Durchschnitt 32 Prozent des Haushaltsbudgets für Ausgaben rund ums Wohnen aufgewendet. Der Ausgabenanteil

G 1 Warenkorb im Basisjahr 2010 nach Güter- und Dienstleistungsgruppen



für Verkehr liegt bei 13 Prozent, während der Bereich „Freizeit, Unterhaltung und Kultur" mit elf Prozent zu Buche schlägt. Nahrungsmittel und alkoholfreie Getränke machen ein Zehntel der Verbrauchsausgaben aus und für Bekleidung und Schuhe wendet ein durchschnittlicher Haushalt in Rheinland-Pfalz vier Prozent seines Budgets auf.

Basisjahr der Berechnung ist 2010

Die Berechnung des Verbraucherpreisindex erfolgt mit Hilfe der Laspeyres-Formel. Diese Methode geht auf Etienne Laspeyres (1834–1913) zurück. Der Berechnung des Preisindex liegen die Gewichte (d. h. die Verbrauchsmengen) des Basisjahres zu Grunde. Mit dem Index wird der Preis eines Warenkorbs in der Zusammensetzung des Basisjahres zu Güterpreisen des Berichtsjahres bezogen auf den Preis des gleichen Warenkorbs zu Güterpreisen des Basisjahres ermittelt. Eine Überarbeitung des Verbraucherpreisindex erfolgt im Turnus von fünf Jahren. Im Januar 2013 erfolgte die Umstellung von der Basis 2005 auf das Basisjahr 2010.

1 Der Beitrag erschien in dieser Form erstmals in Statistische Monatshefte Rheinland-Pfalz Nr. 02/2010 als „Verbraucherpreise 2009" von Christine Schomaker.

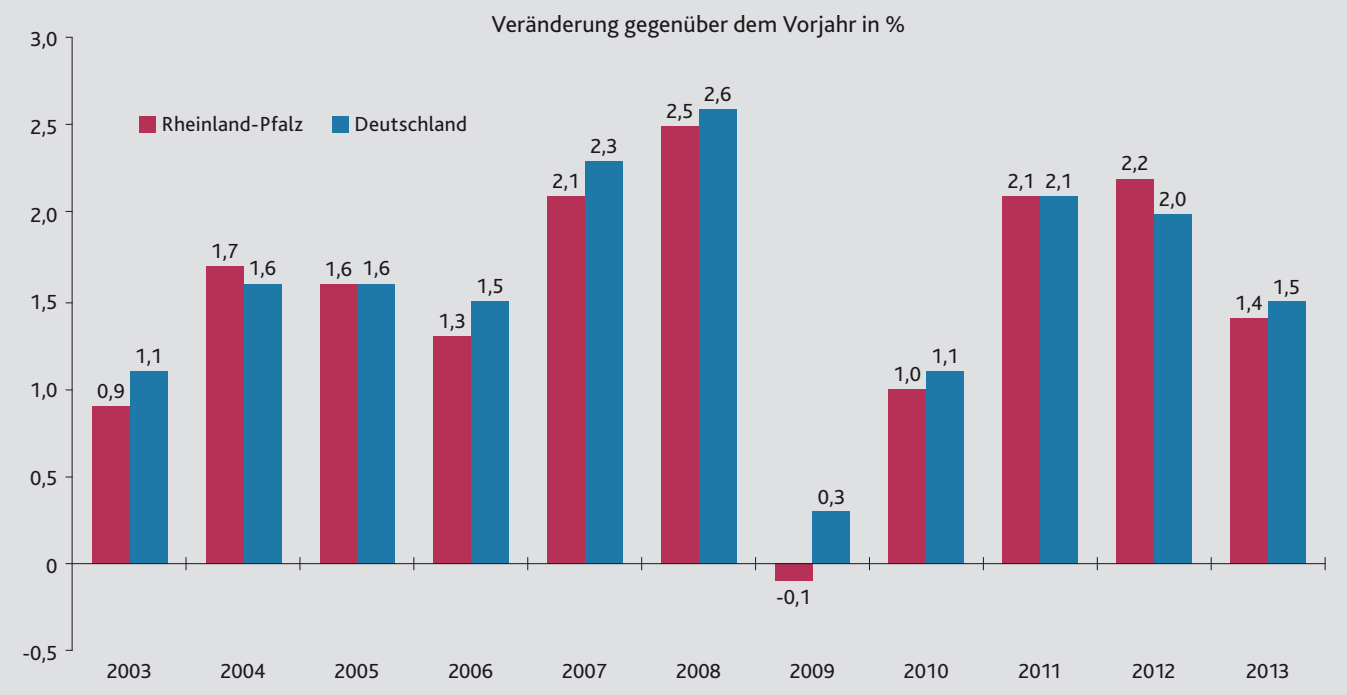
2 Detaillierte Informationen zum Wägungsschema: Statistisches Bundesamt: Verbraucherpreisindex für Deutschland. Wägungsschema für das Basisjahr 2010. Wiesbaden 2013.

Damit verbunden war eine Neuberechnung der Ergebnisse ab Januar 2010. Die Nutzer der Preisdaten erhalten so Zeitreihen, die über eine Spanne von mindestens drei Jahren unbeeinträchtigt von strukturellen oder methodischen Änderungen interpretiert werden können. Im Mittelpunkt der Überarbeitung des Verbraucherpreisindex steht die Aktualisierung des Wägungsschemas für die Waren und Dienstleistungen: Die Anteile der Ausgaben für die verschiedenen Waren- und Dienstleistungsgruppen werden den veränderten Verbrauchsgewohnheiten der privaten Haushalte angepasst. Bis zur nächsten turnusmäßigen Überarbeitung bleibt das neue Wägungsschema konstant. Demgegenüber kann die Auswahl der konkreten Waren und Dienstleistungen für die Preiserhebung auch zwischen den Revisionsterminen angepasst werden (z. B. bei Wegfall von Produkten oder Berichtsstellen, Auftreten neuer Produkte oder Berichtsstellen mit schnell wachsender Verbrauchsbedeutung). Die nächste turnusmäßige Umstellung erfolgt voraussichtlich im Januar 2018 auf das Basisjahr 2015. Ergebnisse für das Jahr 2013 werden im Folgenden mit Bezug auf das Basisjahr 2010 dargestellt.

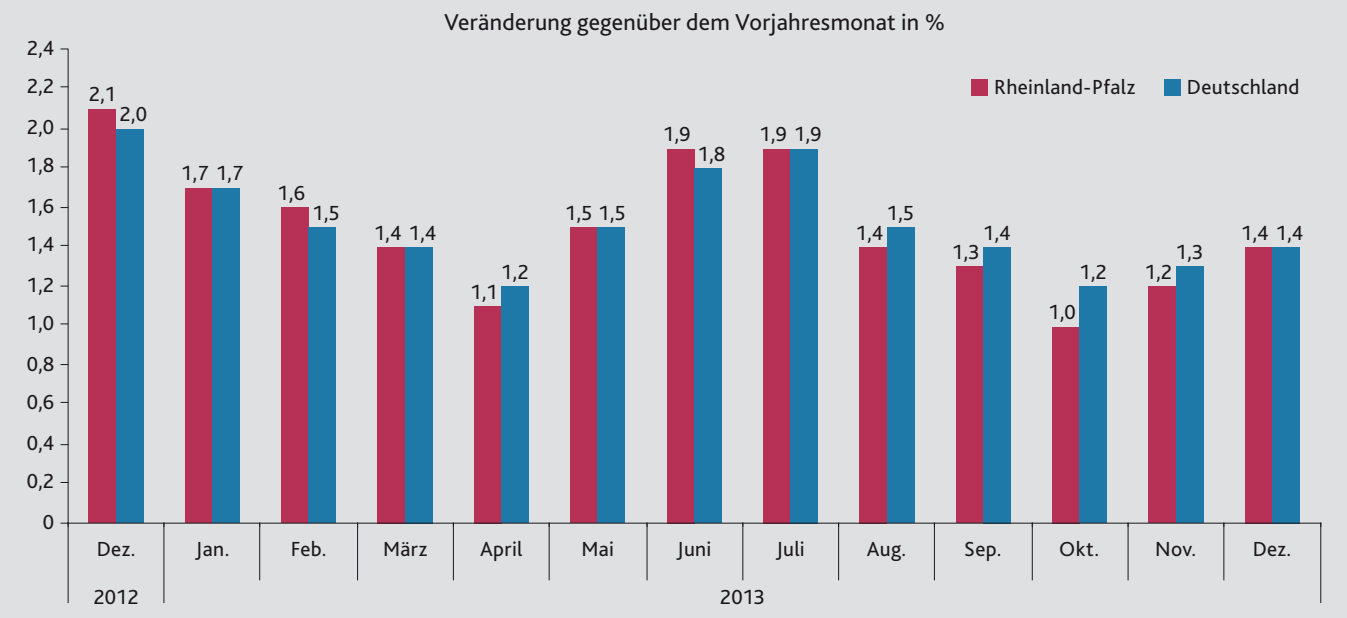
Vom Verbraucher wahrgenommene Inflation kann vom gemessenen Verbraucherpreisindex abweichen

Durch eine sorgfältige Stichprobenauswahl ist gewährleistet, dass die Konsumlandschaft realistisch abgebildet wird. Die „wahrgenommene Teuerung" dürfte allerdings für viele Menschen von der durch die amtliche Statistik berechneten Teuerungsrate abweichen. So entspricht der mit der Teuerungsrate wiedergegebene Durchschnittswert häufig nicht dem, was einzelne Konsumenten subjektiv wahrnehmen.

G 2 Durchschnittliche Teuerungsraten in Rheinland-Pfalz und in Deutschland 2003–2013



G 3 Durchschnittliche Teuerungsraten in Rheinland-Pfalz und in Deutschland 2012 und 2013 nach Monaten



Individuelle Teuerungsrate kann vom Durchschnitt abweichen

Das Wägungsschema ist repräsentativ für einen durchschnittlichen Haushalt. Den durchschnittlichen Konsumenten gibt es jedoch nur in der Theorie. Die amtlich berechnete Teuerung lässt sich daher nicht direkt auf die eigene Situation übertragen. Wer z. B. kein Kraftfahrzeug hat, wird auch kein Geld für Benzin ausgeben – Kraftstoffe gehören aber zum Warenkorb der Preisstatistik. Die Inflationsrate eines einzelnen Haushalts hängt somit in starkem Maße vom individuellen Konsumverhalten ab, d. h. davon, wie viel Geld er für welche Güter ausgibt.[3]

Verbraucherpreise 2013 gegenüber dem Vorjahr um 1,4 Prozent gestiegen

Der Verbraucherpreisindex für Rheinland-Pfalz ist im Jahresdurchschnitt 2013 gegenüber dem Vorjahr um 1,4 Prozent gestiegen. Die Teuerungsrate lag damit deutlich unter dem Vorjahreswert (+2,2 Prozent) und unter dem für die Geldpolitik wichtigen Schwellenwert von zwei Prozent.

Teuerungsrate in Rheinland-Pfalz unter dem Bundesdurchschnitt

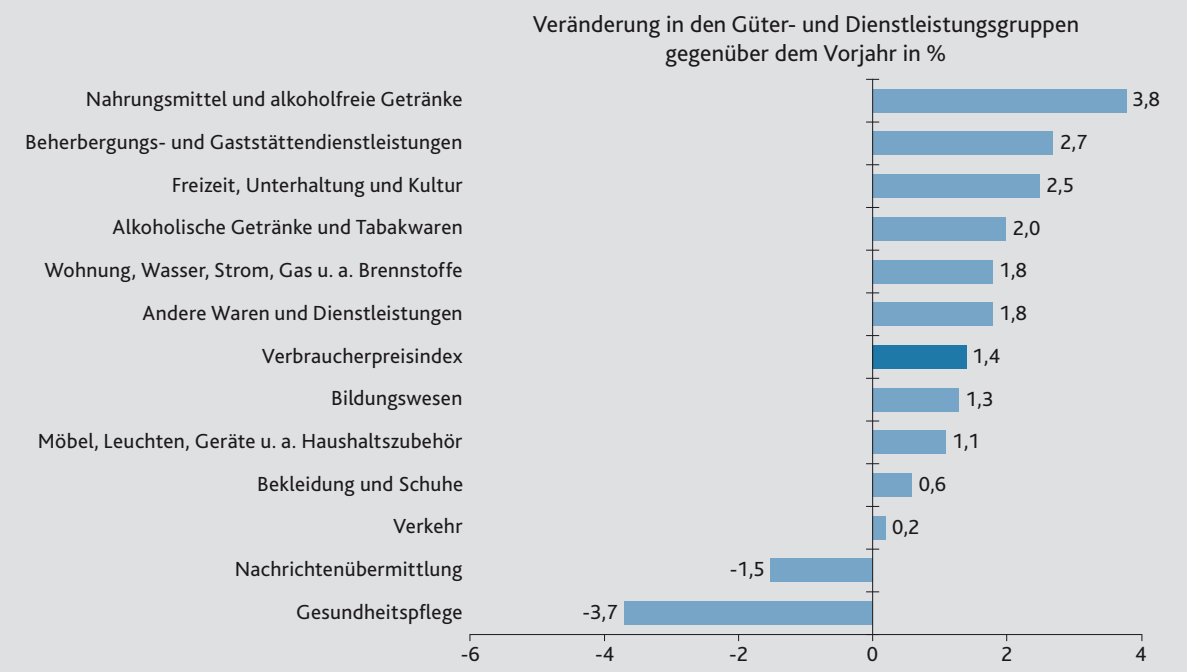
Bundesweit erhöhte sich der Verbraucherpreisindex im Jahresdurchschnitt 2013 gegenüber 2012 um 1,5 Prozent. Im Jahr 2012 hatte die Inflationsrate für Deutschland noch bei +2 Prozent gelegen.

Im Verlauf des Jahres 2013 sank die Inflationsrate in Rheinland-Pfalz von +1,7 Prozent im Januar auf +1,1 Prozent im April. Zur Jahresmitte wurde dann mit +1,9 Prozent der Jahreshöchstwert erreicht, der bis Oktober wieder auf +1 Prozent fiel. Im Dezember lag die Inflationsrate dann bei moderaten +1,4 Prozent.

Die Preise für die einzelnen Waren und Dienstleistungen entwickelten sich – wie im Folgenden gezeigt wird – recht unterschiedlich.

3 Die persönliche Inflationsrate lässt sich mit dem Inflationsrechner des Statistischen Bundesamtes ermitteln. Dieser findet sich unter: https://www.destatis.de/DE/Service/InteraktiveAnwendungen/InflationsrechnerSVG.svg?view=svg

G 4 Verbraucherpreisindex 2013



Nachlassender Druck bei Energiepreisen

Im Vergleich zum Jahr 2012 ließ im Jahr 2013 der Preisdruck bei Kraftstoffen und Haushaltsenergie deutlich nach (+0,9 Prozent, 2012: +5,7 Prozent). Dies geht insbesondere auf die rückläufige Preisentwicklung bei Mineralölprodukten zurück.

Kraftstoffpreise gesunken

Der Preis für Kraftstoffe sank im Durchschnitt des Jahres 2013 um 3,5 Prozent, wobei sich Superbenzin um 3,3 Prozent (2012: +5,5 Prozent) und Diesel um 4,3 Prozent (2012: +5 Prozent) gegenüber 2012 verbilligte. Der Erwerb eines neuen Autos verteuerte sich kaum (+0,1 Prozent), für Gebrauchtwagen musste sogar weniger bezahlt werden (–1,6 Prozent).

Bedingt durch diese Entwicklungen sank im Jahr 2013 auch der Kraftfahrer-Preisindex, welcher Waren und Dienstleistungen rund um die private Mobilität zusammenfasst (–0,3 Prozent; 2012: +2,2 Prozent).

Die Preise für die Personenbeförderung im Straßenverkehr (z. B. öffentlicher Personennahverkehr, Taxi, Mietwagen) erhöhten sich um 3,7 Prozent, die Preise für Personenbeförderung im Schienenverkehr (z. B. Bahntickets) legten um drei Prozent zu. Kaum gestiegen sind mit +0,2 Prozent die Preise für die Personenbeförderung im Luftverkehr (z. B. Flugreisen). Der Index in der Hauptgruppe Verkehr lag insgesamt lediglich 0,2 Prozent über dem Vorjahresniveau.

Preise rund ums Wohnen um 1,8 Prozent gestiegen

Überdurchschnittlich gestiegen sind die Preise für Waren und Dienstleistungen rund ums Wohnen (+1,8 Prozent), also für Haushaltsenergie, Mietzahlungen, Instandhaltung, Wasserversorgung und sonstige wohnungsbezogenen Dienstleistungen.

Strompreise um zehn Prozent gestiegen

Insbesondere Strom wurde deutlich teurer (+10,2 Prozent), aber auch die Umlage für Zentralheizung und Fernwärme zog spürbar an (+2,8 Prozent). Demgegenüber ver-

T 1 Preisspiegel für Haushaltsenergie und Kraftstoffe 2013

Güterart	Indexstand 2013 (Basis 2010=100)	Veränderung gegenüber 2012 in %
Haushaltsenergie insgesamt	120,4	3,5
Gas	112,5	0,9
Zentralheizung, Fernwärme	119,2	2,8
Feste Brennstoffe (Kohle, Kaminholz)	105,8	2,5
Strom	122,7	10,2
Heizöl	128,4	-5,9
Kraftstoffe insgesamt	113,5	-3,5
Dieselkraftstoffe	116,6	-4,3
Superbenzin	112,4	-3,3

teuerte sich Gas nur wenig (+0,9 Prozent), Heizöl war sogar um 5,9 Prozent billiger als im Jahr 2012.

Wohnungsmieten um 1,3 Prozent höher als im Vorjahr

Die Wohnungsmieten lagen im Jahr 2013 um 1,3 Prozent über dem Niveau des Vorjahres. Etwas stärker angezogen haben die Preise für die regelmäßige Instandhaltung und Reparatur der Wohnung (+2,2 Prozent) sowie für Wasserversorgung und andere wohnungsbezogene Dienstleistungen (+1,9 Prozent). Die Preise für Einrichtungsgegenstände (Möbel), Geräte und Ausrüstungen für den Haushalt stiegen im Jahr 2013 durchschnittlich um 1,1 Prozent.

Nahrungsmittel und alkoholfreie Getränke im Schnitt 3,8 Prozent teurer als 2012

Nahrungsmittelpreise insgesamt spürbar gestiegen

Obwohl die Nahrungsmittel im Ausgabenbudget eines durchschnittlichen Haushalts nicht an erster Stelle stehen, sind doch gerade deren Preise und ihre Entwicklung im Fokus der Öffentlichkeit. Die Preise in der Hauptgruppe „Nahrungsmittel und alkoholfreie Getränke" stiegen 2013 durchschnittlich um 3,8 Prozent gegenüber dem Vorjahr und wiesen damit die höchste Teuerungsrate der zwölf Hauptgruppen auf.

Starker Preisanstieg bei Speisefetten und -ölen

Deutlich teurer als im Vorjahr waren insbesondere Speisefette und Speiseöle (+10 Prozent), Obst (+6,3 Prozent), Gemüse (+5,1 Prozent) sowie Molkereiprodukte und Eier (+5,5 Prozent).

Weniger stark gestiegen sind die Preise für alkoholfreie Getränke (+1,5 Prozent). Der Teilindex für Kaffee, Tee und Kakao lag sogar unter dem Vorjahresniveau (–1,9 Prozent). Mineralwasser, Säfte und Limonaden wurden dagegen teurer (+3,1 Prozent). Die Preise für alkoholische Getränke stiegen im Jahresdurchschnitt insgesamt um ein Prozent, wobei die Preise für Bier leicht sanken (–0,1 Prozent) und die für Wein (+2,1 Prozent) und Spirituosen (+1,6 Prozent) stiegen.

T 2 Preisspiegel ausgewählter Nahrungs- und Genussmittel 2013

Güterart	Indexstand 2013 (Basis 2010=100)	Veränderung gegenüber 2012 in %
Tomaten	88,9	-7,6
Mehl	131,3	-3,7
Bohnenkaffee	115,6	-2,7
Margarine	123,5	-1,8
Pizza (tiefgefroren oder frisch)	100,8	-0,4
Bier	104,2	-0,1
Roggen- oder Mischbrot	105,2	0,4
Reis	104,8	1,0
Mineralwasser	99,8	1,1
Schokolade in Tafeln	104,4	1,3
Joghurt	107,7	1,7
Nudeln	108,6	1,7
Weintrauben	102,9	2,3
Emmentaler o. a. Hartkäse	109,1	2,6
Brötchen	104,3	2,9
Rinderrouladen	118,3	3,0
Weißwein	110,2	3,2
Dauerwurst	104,9	3,7
Bananen	112,0	4,8
Schweinebraten	120,3	5,6
Eier	105,6	6,2
Fruchtsaft aus Kernobst	126,4	7,6
Frische Vollmilch	115,8	15,2
Tafeläpfel	127,2	15,3
Butter	114,1	19,4
Speisekartoffeln	118,8	22,1

Preise für Tabakwaren 2013 um 2,9 Prozent gestiegen

Überdurchschnittlich fiel die Teuerung bei Tabakwaren (+2,9 Prozent) aus: Zigaretten verteuerten sich um 2,5 Prozent, Tabak um 5,6 Prozent.

Verbraucherfreundliche Entwicklung im Bereich Nachrichtenübermittlung

Nachrichtenübermittlung erneut billiger

Im Bereich der Nachrichtenübermittlung setzte sich der für die Verbraucherinnen und Verbraucher positive Trend auch im Jahr 2013 fort. Im Durchschnitt sanken die Preise im Vergleich zu 2012 um 1,5 Prozent.

Billiger wurden beispielsweise Prepaid-Handys (–6 Prozent) und Telefondienstleistungen (–1,6 Prozent). Preissteigerungen gab es bei Post- und Kurierdienstleistungen (+1,8 Prozent).

Gebühren für Studium, Lehrgänge und Kurse gestiegen

Der Preisanstieg in der Hauptgruppe Bildungswesen lag im Jahr 2013 mit +1,3 Prozent leicht unter dem Durchschnitt, wobei z. B. der Anstieg von Gebühren für Lehr- und Studiengänge (+2,6 Prozent) stärker ausfiel als bei Gebühren für weiterführende Schulen (+0,1 Prozent).

Niedrigere Preise für „Gesundheitspflege"

Der Preisindex der Hauptgruppe „Gesundheitspflege" sank gegenüber dem Vorjahr um 3,7 Prozent. Zur Gesundheitspflege zählen neben pharmazeutischen Erzeugnissen auch andere medizinische Produkte, therapeutische Geräte und Ausrüstungen, ärztliche Dienstleistungen, zahnärztliche Dienstleistungen, Dienstleistungen nichtärztlicher Gesundheitsdienstberufe sowie stationäre Gesundheitsdienstleistungen. Im Jahr 2013 sanken die Preise für ambulante Gesundheitsdienstleistungen um zwölf Prozent. Ursächlich hierfür ist die Abschaffung der Praxisgebühr. Demgegenüber stiegen die Preise für stationäre Gesundheitsdienstleistungen um 1,9 Prozent. Allerdings gehen in dieses Ergebnis bei gesetzlich Versicherten nur die Zuzahlungen ein. Beiträge zur gesetzlichen Krankenversicherung sind Sozialbeiträge und deshalb nicht Bestandteil der Verbrauchsausgaben.

Bekleidung und Schuhe stiegen im Preis

Bekleidung 0,2 Prozent teurer als 2012

Für Bekleidung und Schuhe stiegen die Preise insgesamt durchschnittlich um 0,6 Prozent. Während die Preise für Bekleidung lediglich 0,2 Prozent über dem Vorjahresniveau lagen, war bei Schuhen der Preisanstieg deutlich höher (+2,1 Prozent).

Sonderverkäufe zum Saisonwechsel haben einen großen Einfluss auf die Preisentwicklung bei Bekleidung und Schuhen innerhalb eines Jahres. Im Februar wird der Tiefpunkt zum Ende des Winters erreicht. Danach steigen die Preise für die Sommermode wieder an, bis der Schlussverkauf im Juli/August wieder für Preisnachlässe sorgt. Der Wechsel zur Wintermode ist wiederum mit einem Preisanstieg verbunden.

Deutliche saisonale Einflüsse bei „Freizeit, Unterhaltung und Kultur" sowie „Beherbergungs- und Gaststättendienstleistungen"

Preise für Pauschalreisen steigen um 2,5 Prozent

In den Hauptgruppen „Freizeit, Unterhaltung und Kultur" sowie „Beherbergungs- und Gaststättendienstleistungen" sind deutliche saisonale Schwankungen üblich. Im Jahresdurchschnitt 2013 stiegen die Preise für „Freizeit, Unterhaltung und Kultur" um

2,5 Prozent und für „Beherbergungs- und Gaststättendienstleistungen“ um 2,7 Prozent. Verbraucherinnen und Verbraucher mussten saisonüblich zu Beginn der Sommerferien deutlich mehr für Reisen zahlen. Im Jahresdurchschnitt waren Pauschalreisen 2,5 Prozent teurer als im Jahr 2012.

PCs: –13 Prozent

Die Preise bei audiovisuellen, fotografischen und Informationsverarbeitungsgeräten sowie deren Zubehör gingen um 5,4 Prozent zurück. So waren beispielsweise Fernsehgeräte 14 Prozent, Netbooks und Notebooks 9,5 Prozent, Desktop-PCs sogar 13 Prozent billiger als noch im Vorjahr.

Freizeit- und Kulturdienstleistungen waren fünf Prozent teurer als im Jahr zuvor. Hervorzuheben ist der deutliche Preisanstieg für Glücksspiele (+14 Prozent).

Zeitungen und Zeitschriften: +5,1 Prozent

Preisliche Veränderungen zeigten sich auch bei Kinoeintrittskarten (+2,2 Prozent). Die Gebühren für Rundfunk und Fernsehen blieben unverändert, ebenso wie die Preise für den Besuch von Sportveranstaltungen. Demgegenüber wurde der Besuch von Vergnügungsparks deutlich teurer (+3,9 Prozent). Auch die Preise für Bücher (+2,6 Prozent) sowie für Zeitungen und Zeitschriften stiegen merklich (+5,1 Prozent).

Die Preise für Beherbergungsdienstleistungen stiegen durchschnittlich um 2,2 Prozent, wobei sich die Preise für die Miete von Ferienwohnungen und -häusern stärker erhöhten (+3,3 Prozent) als jene für Übernachtungen in einem Doppelzimmer mit Frühstück (+1,3 Prozent). Preiserhöhungen ergaben sich zudem bei Ferien auf dem Lande (+1,8 Prozent), bei Campingplatzgebühren (+2,2 Prozent) und bei Übernachtungen in Jugendherbergen (+2,8 Prozent). Auch die Preise für Speisen in Mensen und Kantinen (+4,9 Prozent) sowie in Restaurants, Cafés o. ä. (+2,5 Prozent) zogen an.

Fazit

Inflationsrate zwischen +1,1 und +1,9 Prozent

Im Durchschnitt des Jahres 2013 lag die Teuerungsrate für Rheinland-Pfalz bei 1,4 Prozent und damit unter der geldpolitisch wichtigen Zwei-Prozent-Marke. Über die Monate des Jahres 2013 hinweg bewegte sich die Inflationsrate zwischen +1 und +1,9 Prozent.

Von besonderer Bedeutung für 2013 war die Entwicklung der Energiepreise. Hier war ein im Vergleich zum Vorjahr nachlassender Preisdruck bei Kraftstoffen und Haushaltsenergie zu beobachten.

Demgegenüber war bei Nahrungsmitteln und alkoholfreien Getränken ein überdurchschnittlicher Preisanstieg festzustellen. Hervorzuheben sind hier die gestiegenen Preise für Speisefette und Speiseöle sowie für Molkereiprodukte und Eier.

Bettina Link, Diplom-Soziologin und Magistra der Verwaltungswissenschaften, leitet das Referat „Bildung, Verdienste, Preise“.

Bundestagswahl 2013 – Die ungültige Stimmabgabe

Mehrheit der Ungültigwählerinnen und -wähler entscheidet sich bewusst für ungültige Stimmabgabe

Von Romy Siemens

Das Statistische Landesamt hat für die Bundestagswahl 2013 die ungültigen Stimmenzettel aus der Repräsentativen Wahlstatistik gesondert ausgewertet. Die Ergebnisse zeigen, dass in der Regel bewusst ungültig gewählt wird. Die meisten Ungültigwählerinnen und -wähler haben sich also entschieden, am demokratischen Prozess teilzunehmen und ihren Unmut über die Politik zu dokumentieren.

Datenbasis: Repräsentative Wahlstatistik

Rund 121 000 Stimmzettel ausgewertet

Grundlage für die Untersuchung der ungültigen Stimmabgabe sind die Ergebnisse der Repräsentativen Wahlstatistik 2013. Es wurden rund 121 000 Stimmzettel ausgewertet.

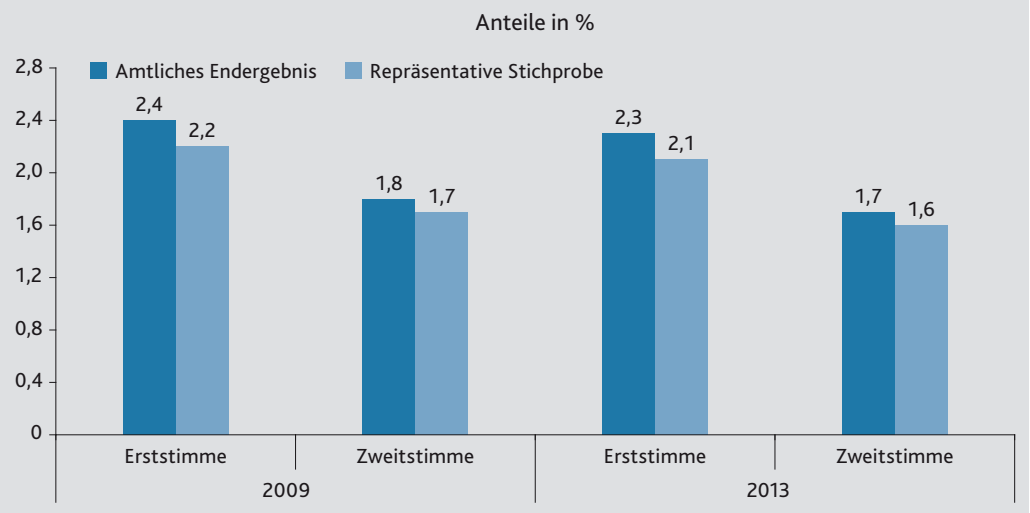
Bei der Repräsentativen Wahlstatistik sind die Stimmzettel mit einer Markierung zu Alter und Geschlecht der Wählerinnen und Wähler versehen. Das Wahlgeheimnis bleibt gewahrt. Es sind keine Rückschlüsse auf das Wahlverhalten von Einzelpersonen möglich, da nur Stimmbezirke mit mindestens 400 Wahlberechtigten in die Stichprobe einbezogen werden. Außerdem sind die einzelnen Geburtsjahrgänge zu Altersgruppen zusammengefasst. Schließlich ist die Veröffentlichung der Ergebnisse der Repräsentativen Wahlstatistik auf Wahlbezirks- bzw. Briefwahlbezirksebene ausgeschlossen.

Weniger ungültige Stimmen

Bei der Bundestagswahl 2013 wählten 50 715 Wählerinnen und Wähler mit ihrer Erststimme ungültig. Das waren 2,3 Prozent aller abgegebenen Erststimmen. Gegenüber der Bundestagswahl 2009 sank die Zahl der ungültigen Erststimmen. Damals bedeuteten 52 988 ungültige Erststimmen einen Anteil von 2,4 Prozent. Auch die Zahl der ungültigen Zweitstimmen ist zurückgegangen. Bei der Wahl 2013 gaben 37 482 Personen und damit 1,7 Prozent ungültige Zweitstimmen ab. Vier Jahre zuvor waren es noch 40 419 ungültige Zweitstimmen bzw. 1,8 Prozent.

Ein Vergleich der amtlichen Endergebnisse mit den Ergebnissen der Repräsentativen Wahlstatistik zeigt, dass die ungültigen Stimmen in der Stichprobe leicht unterrepräsentiert sind. In der Repräsentativen

G 1 Ungültige Stimmen bei den Bundestagswahlen 2009 und 2013



Wahlstatistik wurden 2 552 bzw. 2,1 Prozent der Erststimmen und 1 923 bzw. 1,6 Prozent der Zweitstimmen ungültig abgegeben.

Die meisten ungültigen Stimmen werden absichtlich ungültig abgegeben

Wie bei der Bundestagswahl 2009 entschied sich auch bei der Wahl 2013 die überwiegende Mehrheit der Wählerinnen und Wähler, die ungültige Stimmen abgaben, bewusst für diese Vorgehensweise. Die Stimmzettel enthielten entweder keine Markierungen, waren durchgestrichen oder mit Bemerkungen versehen. Da keine Wahlpflicht besteht, hätten diese Wählerinnen und Wähler auch der Wahlurne fernbleiben können. Sie haben sich aber bewusst entschieden, am demokratischen Prozess teilzunehmen und „ungültig" zu wählen.

18 Prozent der ungültigen Stimmen aus Versehen ungültig

Bei der Bundestagswahl 2013 lassen lediglich 704 der insgesamt 3 835 in der Stichprobe erfassten ungültigen Stimmen auf versehentliche Ungültigkeit schließen. Damit wurden von den ungültigen Stimmen 18 Prozent unbewusst und 82 Prozent bewusst ungültig abgegeben. Gegenüber der Bundestagswahl 2009 ist das ein leichter Zuwachs der versehentlichen Ungültigkeit; damals wurden 15 Prozent der Stimmen unbewusst und 85 Prozent bewusst ungültig abgegeben.

Unkenntnis des Wahlrechts

Obwohl sich dies mithilfe der Repräsentativen Wahlstatistik nicht abschließend klären lässt, gehen die meisten versehentlich ungültig abgegebenen Stimmen wohl auf Unkenntnis des Wahlrechts zurück. Die Wählerinnen und Wähler scheinen zwar zu wissen, dass sie bei der Wahl zum Bundestag zwei Stimmen abgeben dürfen. Anstatt eine Erst- und eine Zweitstimme zu vergeben, haben sie aber oft zwei Erst- oder zwei Zweitstimmen angekreuzt. Dabei ergaben sich die Kombinationen CDU/FDP (34 Prozent), SPD/GRÜNE (14 Prozent), SPD/CDU (21 Prozent) oder sonstige Kombinationen (31 Prozent).

Diese Erkenntnisse können als Ansatzpunkt für die Verhinderung der versehentlichen ungültigen Stimmabgabe dienen. Hier scheint eine gezielte Information besonders älterer Wählerinnen und Wähler erforderlich zu sein.

Ungültigkeit durch unzulässige Zusätze

Auf einigen Stimmzetteln mit mindestens einer gültigen Stimme waren neben dem Kreuz entweder Korrekturen oder Zusätze vermerkt, sodass diese Stimmen – trotz eindeutiger Wahlentscheidung – nach dem Wahlgesetz für ungültig erklärt werden mussten. In den Zusätzen wurden die gewählten Personen und/oder Parteien beschimpft oder gelobt. Bei der Bundestagswahl 2013 gaben einige Wählerinnen und Wähler ihre beiden Stimmen in Form von Smileys ab. Hier ist nicht eindeutig erkennbar, ob es sich um positive Zustimmung handelt oder ob sie die Wahlkreiskandidatinnen bzw. -kandidaten und die Partei lächerlich machen wollten. Daher mussten jeweils beide Stimmen für ungültig erklärt werden.

Den Wählerinnen und Wählern scheint die Konsequenz ihrer Kennzeichnung oft nicht bewusst zu sein. Ihnen fehlt offenbar die Information, dass die Stimmen durch solche Markierungen ungültig werden, sowie die Kenntnis, dass sie bei versehentlich falscher Markierung von den ehrenamtlichen Wahlhelferinnen und -helfern auf Nachfrage einen neuen Stimmzettel bekommen können.

Ältere Wählerinnen und Wähler geben häufiger ungültige Stimmen ab als jüngere

Junge Wählerinnen und Wähler zwischen 18 und 34 Jahren geben am seltensten ungültige Stimmen ab

Frauen und Männer wählten in etwa gleich häufig ungültig. Unterschiede bestehen aber zwischen den Altersgruppen. Je älter die Wählerschaft ist, desto höher ist der Anteil der ungültigen Stimmen. Bei der Bundestagswahl 2013 war der Anteil der ungültigen Stimmen an allen abgegebenen Stimmen bei den 70-Jährigen und Älteren doppelt so hoch (2,6 Prozent) wie bei den 18- bis 24-Jährigen (1,3 Prozent).

Repräsentative Wahlstatistik

Bei der Bundestagswahl am 22. September 2013 sind an Wählerinnen und Wähler in einigen ausgewählten Wahlbezirken Stimmzettel mit einer Markierung zu Geschlecht und Geburtsjahr ausgegeben worden. Mithilfe der gekennzeichneten Stimmzettel können Erkenntnisse über das geschlechts- und altersspezifische Wählerverhalten gewonnen werden.

Das Wahlgeheimnis wird durch die Kennzeichnung der Stimmzettel und die Auswertung der Wählerverzeichnisse nicht verletzt. Für die repräsentative Stichprobe dürfen nur Stimmbezirke mit mehr als 400 Wahlberechtigten ausgewählt werden. Für die Untersuchung der Wahlbeteiligung sind die einzelnen Geburtsjahre zu zehn Altersgruppen und für die Untersuchung des Wählerverhaltens zu sechs großen Altersgruppen zusammengefasst. Ein Rückschluss auf die Wahlbeteiligung eines einzelnen Wahlberechtigten bzw. auf die Stimmabgabe eines einzelnen Wählers ist somit ausgeschlossen.

Rechtsgrundlage für die Repräsentative Wahlstatistik ist das Gesetz über die allgemeine und die repräsentative Wahlstatistik bei der Wahl zum Deutschen Bundestag und bei der Wahl der Abgeordneten des Europäischen Parlaments aus der Bundesrepublik Deutschland vom 21. Mai 1999 (BGBl. I S. 1023). Es trat am 1. Juni 1999 in Kraft und wurde zuletzt durch Artikel 1a des Gesetzes vom 27. April 2013 (BGBl. I S. 962) geändert.

Die Informationen der Repräsentativen Wahlstatistik über die Wahlbeteiligung und das Wählerverhalten sind für Bürger wie für Politik und Medien, aber auch für die Wahlforschungsinstitute von großem Interesse.

Der Vorteil der Repräsentativen Wahlstatistik der statistischen Ämter gegenüber den Wahluntersuchungen anderer Institute besteht zum einen in der sehr breiten Zahlenbasis. Zum anderen wird in der Repräsentativen Wahlstatistik nicht das „beabsichtigte" oder das nach dem Wahlvorgang „bekundete" Wählerverhalten von Befragten untersucht, sondern es wird die tatsächliche Stimmabgabe der Wählerinnen und Wähler in den ausgewählten Stimmbezirken anhand der abgegebenen Stimmzettel nach dem Geschlecht und sechs Altersgruppen festgestellt. Außerdem kann durch die Auswertung der Wählerverzeichnisse in den entsprechenden Stimmbezirken für zehn Altersgruppen ermittelt werden, wie viele wahlberechtigte Frauen und Männer aus einer Altersgruppe tatsächlich gewählt haben.

Ungültige Stimmzettel mit Beschimpfungen meistens von älteren Männern

Mit 48 Prozent wurde fast die Hälfte der ungültigen Stimmen von über 60-jährigen Wählerinnen und Wählern abgegeben. Dabei liegt der Anteil dieser Personengruppe an der gesamten Wählerschaft nur bei gut 37 Prozent. Auffällig ist, dass in dieser Altersgruppe die unabsichtlich ungültig abgegebenen Stimmzettel häufiger auftreten als in den anderen Altersgruppen. Auch bei den bewusst ungültig abgegebenen Stimmzetteln zeigen sich große Unterschiede zwischen den jüngeren und älteren Wählerinnen und Wählern. So brachten ältere Wählerinnen und Wähler häufiger Bemerkungen auf den Stimmzetteln an, Männer häufiger als Frauen. Beschimpfungen auf dem Stimmzettel gingen insbesondere von älteren Männern über 60 Jahren aus: Etwa die Hälfte aller Beschimpfungen kam aus dieser Personengruppe. Am häufigsten wurden die Politiker dabei als Lügner oder Betrüger bezeichnet.

Häufigster Grund der Ungültigkeit sind leere oder durchgestrichene Stimmzettel

Der größte Teil der ungültigen Stimmen wird in Form von leeren Stimmzetteln abgegeben

Die Wählerinnen und Wähler gaben ihre Stimmen am häufigsten ungültig ab, indem sie die Stimmzettel leer ließen oder durchstrichen. Rund 70 Prozent der ungültigen Stimmen wurden in einer dieser beiden Varianten abgegeben, fast genauso häufig wie 2009.

Die Kommentare auf den Stimmzetteln sind gegenüber der letzten Wahl zurückgegangen. Während bei der Bundestagswahl 2009 noch acht Prozent der ungültigen Stimmzettel Kommentare enthielten, waren es 2013 nur noch fünf Prozent. Es handelte sich meistens um Begründungen für die ungültige Wahl oder um Beschimpfungen. In vielen Fällen haben die Wählerinnen und Wähler auch das Wort „ungültig" auf dem Stimmzettel vermerkt.

Eigene Wahlvorschläge

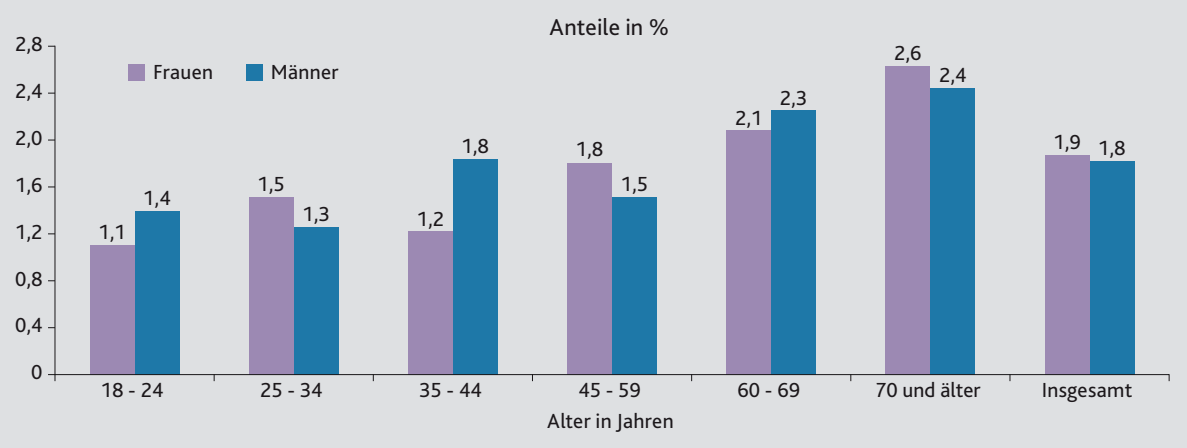
In der Vergangenheit waren eigene Wahlvorschläge ein häufiger Grund für die Ungültigkeit der Stimmabgabe. Insbesondere bei der Bundestagswahl 2009 wurde bei vielen eigenen Wahlvorschlägen immer wieder ein bekannter Schauspieler genannt, der sich in einem Spielfilm, der kurz vor der Bundestagswahl 2009 anlief, als Kanzlerkandidat aufstellen lassen wollte. Damals gingen 3,5 Prozent der ungültigen Stimmen auf einen auf dem Stimmzettel angebrachten eigenen Wahlvorschlag zurück. Bei der Bundestagswahl 2013 wurde lediglich auf 0,4 Prozent der Wahlzettel ein eigener Kandidat genannt, wobei der Schauspieler aus dem Jahr 2009 auch wieder mit dabei war. Bei dieser Form der Ungültigkeit ist eindeutig, dass es sich um eine bewusste Ungültigwahl handelt.

Manche Wählerinnen und Wähler machten mehr als zwei Kreuze, andere kreuzten sogar alle Direktkandidaten und Parteien an. Etliche Stimmzettel waren lediglich mit einem Fragezeichen versehen. Insgesamt hat aber die „Kreativität" der Ungültigwählerinnen und -wähler gegenüber der vorangegangenen Bundestagswahl nachgelassen. Wurden früher noch viele Zeichnungen angefertigt oder auch Zeitungsartikel eingeklebt, hat diese Form der Ungültigkeit deutlich nachgelassen.

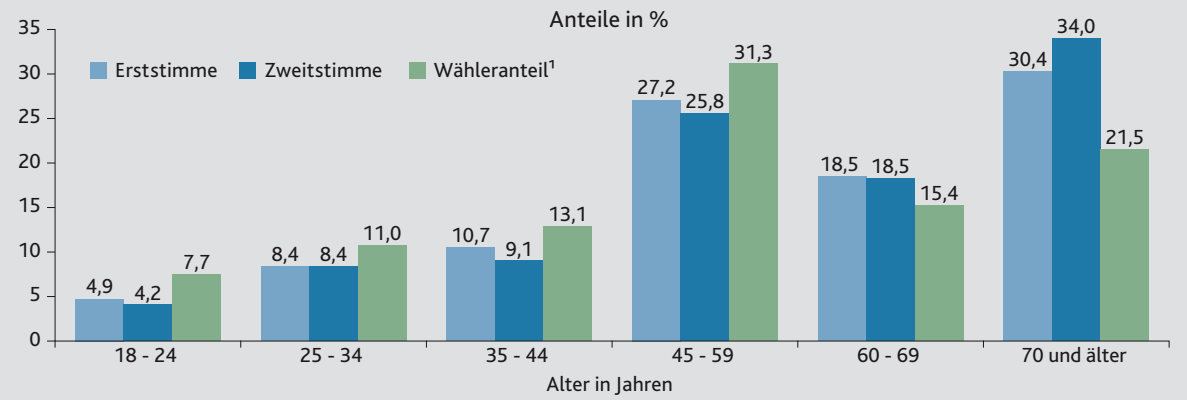
Enttäuschung häufiger Grund für ungültige Stimmabgabe

In einigen Kommentaren wurde explizit die Enttäuschung über die Politik oder die Kandidatin bzw. den Kandidaten als Grund für die ungültige Stimmabgabe genannt. So klagten einige Wählerinnen und Wähler, kein Vertrauen mehr in die Politik zu haben und von allen Parteien enttäuscht zu sein.

G 2 Ungültige Stimmen bei der Bundestagswahl 2013 nach Geschlecht und Altersgruppen

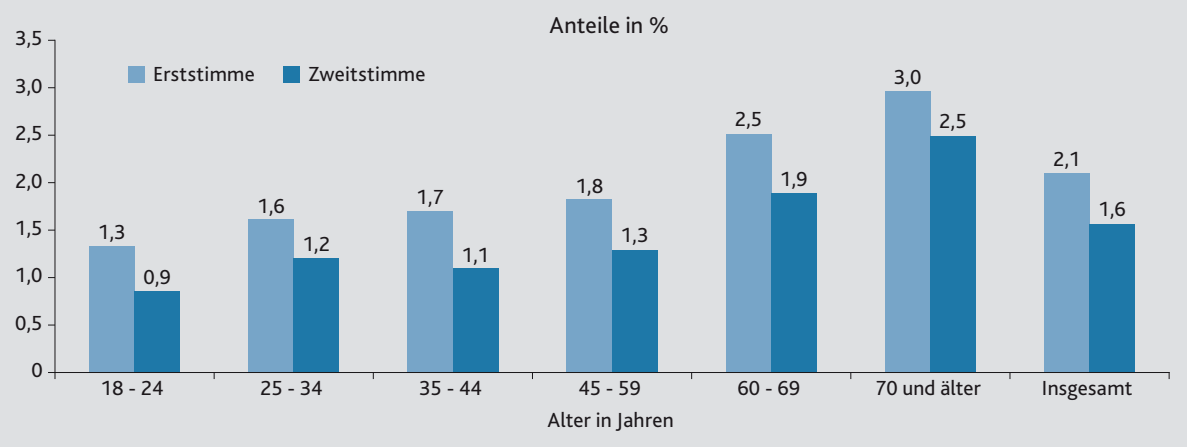


G 3 Struktur der ungültigen Stimmen bei der Bundestagswahl 2013 nach Erst- und Zweitstimme und Altersgruppen



1 Anteil der Wählerinnen und Wähler der jeweiligen Altersgruppe an der gesamten Wählerschaft.

G 4 Ungültige Stimmen bei der Bundestagswahl 2013 nach Erst- und Zweitstimme



T 1 Ungültige Stimmen bei den Bundestagswahlen 2009 und 2013 nach Ungültigkeitsgrund

Form der Ungültigkeit	Bundestagswahl 2009		Bundestagswahl 2013	
	Erststimme	Zweitstimme	Erststimme	Zweitstimme
	%			
Leer	47,8	28,5	50,2	30,2
Durchgestrichen	26,9	34,7	23,8	32,9
Alle angekreuzt	3,2	3,6	4,2	6,1
Zwei und mehr Kreuze, aber nicht alle	15,1	23,8	15,4	22,7
Beschimpfung/Scherz/Begründung	2,8	3,8	2,9	4,0
Eigener Wahlvorschlag	2,9	4,0	0,5	0,3
Nur die Bemerkung „Ungültig“	0,6	0,6	0,7	0,9
Zeichnung	0,6	0,9	1,3	1,7
Sonstiges	0,1	-	1,0	1,4
Insgesamt	100	100	100	100

Begründungen für ungültige Stimmen

Es gibt bestimmte Themen, die die Ungültigwählerinnen und -wähler besonders beschäftigen. Diese hängen oft mit dem aktuellen politischen Geschehen zusammen. Ein sehr wichtiger Grund für die Abgabe ungültiger Stimmen sind immer wieder die Renten. Dieses Thema wurde naturgemäß vor allem von den älteren Wählerinnen und Wählern angesprochen. Bei beiden Wahlen war dieses Thema – trotz der Erhöhungen jeweils kurz vor der Wahl – ein häufiger Grund für die Abgabe ungültiger Stimmen. Die Rentnerinnen und Rentner waren auch der Meinung, dass die Erhöhung zu gering ausfiel.

Zugenommen haben die Anfeindungen gegenüber bestimmten Personengruppen. So wurden Ausländerinnen und Ausländer, Menschen in den neuen Bundesländern und Muslime Ziel von rhetorischen Entgleisungen der Ungültigwählerinnen und -wähler.

Einige Wählerinnen und Wähler veranlasste der Abhörskandal der NSA und die Reaktion der Bundesregierung dazu, eine ungültige Stimme abzugeben.

Insgesamt weniger Kommentare auf den ungültigen Stimmzetteln

Im Vergleich zur Bundestagswahl 2009 wurden insgesamt aber deutlich weniger Kommentierungen auf den ungültigen Stimmzetteln angebracht.

CDU und SPD profitiert vom Stimmensplitting mit einer ungültigen Erst- und einer gültigen Zweitstimme

Das Stimmensplitting mit einer gültigen und einer ungültigen Stimme wurde bei den untersuchten Wahlen hauptsächlich genutzt, um mit der Zweitstimme eine Partei zu wählen, ohne eine Erststimme an einen Direktkandidaten zu vergeben. Davon profitierten bei dieser Wahl die größeren Parteien. Von den Wählerinnen und Wählern, die eine gültige Zweitstimme zusammen mit einer ungültigen Erststimme abgegeben haben, erhielt die CDU 31,1 Prozent der Zweitstimmen, die SPD 19,3 Prozent, die GRÜNEN 3,7 Prozent, die Partei DIE LINKE 3,3 Prozent und die FDP 2,6 Prozent. Der hohe Anteil für die Christdemokraten geht insbesondere auf die Frauen zurück (37,1 Prozent). Kleinere Parteien sind sowohl bei Männern als auch bei Frauen bei dieser Splittingvariante sehr beliebt. Insgesamt bekamen die sonstigen Parten 40 Prozent der Zweitstimmen dieser Wählergruppe. Dabei stimmten 46,3 Prozent der Männer, die eine ungültige Erststimme mit einer gültigen Zweitstimme abgaben, für eine der sonstigen Parteien. Bei Frauen lag der Anteil bei 33,8 Prozent. Eine Ursache für den hohen Anteil der sonstigen Parteien bei dieser Splittingvariante mag sein, dass kleinere Parteien

T 2 Stimmensplitting mit einer ungültigen Stimme bei den Bundestagswahlen 2009 und 2013 nach Alter und Geschlecht

Alter in Jahren	Bundestagswahl 2009		Bundestagswahl 2013	
	ungültige			
	Erststimme	Zweitstimme	Erststimme	Zweitstimme
	%			
Insgesamt				
18 - 24	6,7	3,5	2,8	5,2
25 - 34	9,3	5,0	5,5	7,0
35 - 44	13,1	9,2	5,5	10,9
45 - 59	27,0	22,2	25,0	28,5
60 - 69	44,0	60,1	18,4	18,5
70 und älter	x	x	42,7	29,9
Insgesamt	100	100	100	100
Frauen				
18 - 24	6,3	4,0	3,3	4,8
25 - 34	8,3	5,2	6,0	7,7
35 - 44	11,6	9,5	6,6	7,9
45 - 59	22,7	19,2	24,6	28,0
60 - 69	51,1	62,2	16,5	17,4
70 und älter	x	x	43,1	34,2
Zusammen	100	100	100	100
Männer				
18 - 24	7,2	3,0	2,1	5,6
25 - 34	10,4	4,7	4,7	6,3
35 - 44	14,9	8,9	3,6	13,9
45 - 59	32,3	26,3	25,9	28,9
60 - 69	35,3	57,2	21,8	19,7
70 und älter	x	x	42,0	25,6
Zusammen	100	100	100	100

nicht in allen Wahlkreisen Kandidatinnen oder Kandidaten für die Erststimme aufgestellt haben.

Ungültige Stimmen bei der Urnenwahl häufiger

Unbewusste Ungültigkeit bei der Urnenwahl häufiger

Der Anteil der ungültigen Stimmen ist bei der Urnenwahl mit 1,9 Prozent höher als bei der Briefwahl (1,6 Prozent). Dies ist möglicherweise darauf zurückzuführen, dass sich die Wählerinnen und Wähler bei der Briefwahl mehr Zeit nehmen können und ein eventueller „Zeitdruck", wie er im Wahllokal empfunden werden könnte, entfällt. Dafür spricht auch, dass bei der Briefwahl die ungültigen Stimmzettel deutlich häufiger bewusst ungültig abgegeben worden sind als bei der Urnenwahl. Der Anteil leerer oder durchgestrichener Stimmen an den ungültigen Stimmen beläuft sich bei der Briefwahl auf 80 Prozent, bei der Urnenwahl auf 68 Prozent. Auch nahmen sich die Briefwählerinnen und -wähler zu Hause mehr Zeit für Begründungen, Zeichnungen und sonstige Anmerkungen auf den Stimmzetteln.

Fazit

Die Auswertung der Stimmzettel im Rahmen der Repräsentativen Wahlstatistik hat gezeigt, dass auch bei der Bundestagswahl 2013 die Abgabe von ungültigen Stimmen in den meisten Fällen bewusst geschieht. Die Wählerinnen und Wähler, die eine oder beide Stimmen ungültig abgeben, sind nicht politisch desinteressiert. Oft ist das Gegenteil der Fall: Sie haben ihre Stimme wohlüberlegt ungültig abgegeben. Insofern stellen sie ein Wählerpotenzial dar, das von der Politik noch erreicht werden kann.

Romy Siemens, Diplom-Kauffrau, leitet das Referat „Veröffentlichungen".

Hochschulen 2012/13

Teil II: Ein Drittel der Studierenden in mathematischen, naturwissenschaftlichen oder technischen Fächern

Von Bettina Link

Innerhalb der letzten fünf Jahre strömten so viele Menschen an die Hochschulen wie nie zuvor. In der Folge haben die Hochschulen ihre Studienplatzkapazitäten massiv erweitert. Die Entwicklung der Zahl der Studienberechtigten, Studienanfängerinnen und -anfänger, Studierenden sowie Absolventinnen und Absolventen wurde bereits in der Januar-Ausgabe des Statistischen Monatsheftes dargestellt. Der vorliegende Beitrag befasst sich mit den Themen Studienfachwahl, Studierendenwanderungsverhalten, Frauen an Hochschulen sowie mit dem Bereich Personal.

MINT-Fächer – noch immer Männerdomäne

In der bildungspolitischen Diskussion nehmen die sogenannten MINT-Fächer, also die Fächer Mathematik, Informatik, Naturwissenschaften und Technik, eine besondere Stellung ein. Absolventinnen und Absolventen dieser Fachrichtungen gelten als besonders wichtig für die Sicherung des Bedarfs an qualifizierten Fachkräften.

Ein Drittel aller Studierenden belegt MINT-Fächer

In der amtlichen Statistik entsprechen die MINT-Fächer den Fächergruppen Ingenieurwissenschaften und Mathematik/Naturwissenschaften. Im Wintersemester 2012/13 absolvierten in Rheinland-Pfalz 40 571 Personen und damit etwa ein Drittel aller Studierenden ein Studium in einem der MINT-Fächer.

Zu den beliebtesten naturwissenschaftlich-technischen Studienbereichen zählten Informatik, Maschinenbau/Verfahrenstechnik und Mathematik.

Studentinnen im MINT-Bereich unterrepräsentiert

Frauen entschieden sich relativ selten für ein MINT-Fach. Lediglich 22 Prozent der Studentinnen des Wintersemesters 2012/13 waren in einem entsprechenden Studiengang eingeschrieben. Bei den Männern lag dieser Anteil mit 45 Prozent doppelt so hoch.

Frauen wählen häufig sprachwissenschaftliche und pädagogische Fächer

Insgesamt dominierten bei den am häufigsten von Frauen gewählten Studiengängen auch im Wintersemester 2012/13 die sprachwissenschaftlichen und pädagogischen Fächer, während Studenten häufig in technischen und ingenieurwissenschaftlichen Fächern eingeschrieben waren. Eine zahlenmäßig hohe Bedeutung für beide

T 1 Eckdaten zu MINT-Fächern[1] 2002–2012

Jahr[2]	Studienanfängerinnen und -anfänger			Studierende			Absolventinnen und -absolventen		
	insgesamt	Frauen		insgesamt	Frauen		insgesamt	Frauen	
	Anzahl		%	Anzahl		%	Anzahl		%
2002	5 621	2 013	35,8	27 227	9 105	33,4	2 727	917	33,6
2003	6 259	2 122	33,9	29 350	9 937	33,9	2 728	891	32,7
2004	5 989	2 029	33,9	30 622	10 438	34,1	2 940	1 057	36,0
2005	6 197	2 092	33,8	31 870	10 814	33,9	3 351	1 176	35,1
2006	6 195	2 211	35,7	32 314	10 997	34,0	3 354	1 229	36,6
2007	7 074	2 583	36,5	33 919	11 613	34,2	3 674	1 370	37,3
2008	7 141	2 452	34,3	34 751	11 822	34,0	4 020	1 511	37,6
2009	7 581	2 686	35,4	36 781	12 462	33,9	4 608	1 578	34,2
2010	7 812	2 717	34,8	37 842	12 913	34,1	5 040	1 783	35,4
2011	8 761	2 634	30,1	39 385	12 990	33,0	5 695	2 124	37,3
2012	8 201	2 770	33,8	40 571	13 383	33,0	6 295	2 380	37,8

1 Fächergruppen Mathematik/Naturwissenschaften und Ingenieurwissenschaften. – 2 Studienanfängerinnen und -anfänger: Kalenderjahr; Studierende: Wintersemester; Absolventinnen und Absolventen: Prüfungsjahr.

Geschlechter hatten die Fächer Betriebswirtschaftslehre und Rechtswissenschaften.

Mit vielfältigen Initiativen versuchen Akteure in Politik und Wirtschaft seit Jahren den Anteil der Studierenden in MINT-Fächern zu erhöhen und insbesondere mehr Frauen für ein Studium in diesem Bereich zu gewinnen. Ein Beispiel hierfür ist der 2008 im Rahmen der Qualifizierungsinitiative der Bundesregierung verabschiedete „Nationale Pakt für Frauen in MINT-Berufen". Ziel dieses Paktes zwischen Politik, Wirtschaft, Wissenschaft und Medien ist es, eine Veränderung des Bildes der MINT-Berufe in der Gesellschaft zu erreichen und hierdurch die Zahl der „MINT-Studentinnen" zu erhöhen und zudem mehr Hochschulabsolventinnen für eine Karriere in der Wirtschaft zu gewinnen.

Kaum Veränderungen des MINT-Anteils bei Studentinnen

Gemessen an dem anhaltend geringen MINT-Anteil der weiblichen Studierenden haben diese Initiativen kaum nachhaltige Veränderungen bewirkt. Nach Ansicht des Wissenschaftsrates liegt das auch daran, dass sie mehrheitlich darauf ausgerichtet waren, Schülerinnen zur Aufnahme eines MINT-Studiums zu motivieren, während eine Reform der Studienstrukturen nur selten angegangen wurde. Es sei aber ebenso bedeutend, die Curricula weiterzuentwickeln, so dass sie auch für Frauen attraktiv werden, beispielsweise durch Integration von „interdisziplinären Themen mit gesellschaftlicher Relevanz".[1]

Die Daten des Wintersemesters 2012/13 zeigen, dass es unter den MINT-Fächern gleichwohl Studienbereiche gibt, in denen Studentinnen einen wesentlichen Anteil stellen. So waren die Männer in den ingenieurwissenschaftlichen und technischen Studienbereichen Elektrotechnik, Maschinenbau und Informatik zwar weitgehend unter sich. In den klassischen Lehramtsfächern Biologie, Mathematik und Geografie, in den Fächern Architektur/Innenarchitektur und Raumplanung sowie im pharmazeutischen Bereich war der Frauenanteil aber relativ groß. Insgesamt waren ein Drittel der Studierenden in MINT-Fächern Frauen (33 Prozent).

1 Wissenschaftsrat: Fünf Jahre Offensive für Chancengleichheit von Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftlern – Bestandsaufnahme und Empfehlungen. Bremen 2012. S.37.

G 1 Beliebteste Studienfächer im Wintersemester 2012/13 nach Geschlecht

1 Mit wirtschaftswissenschaftlichem Schwerpunkt.

Nur jede fünfte Professur von einer Frau besetzt

55 Prozent aller Absolventinnen und Absolventen sind Frauen

Frauen sind bei den Studienanfängerinnen und -anfängern (52 Prozent), den Studierenden (50,3 Prozent) sowie den Absolventinnen und Absolventen mittlerweile in der Mehrzahl (55 Prozent).

Trotz ihrer starken Präsenz in der Studierendenschaft gilt für die akademische Laufbahn jedoch noch immer: Je höher die „Statusgruppe", desto geringer der Frauenanteil.

Anteil der Frauen steigt bei den Promotionen

Relativ ausgeglichen ist die Geschlechterrelation bei den erfolgreich abgeschlossenen Promotionen – dem Ausgangspunkt einer Hochschulkarriere. Hier wuchs der Frauenanteil in den vergangenen fünf Jahren um 3,5 Prozentpunkte auf 47 Prozent. Insgesamt schlossen im vergangenen Prüfungsjahr 526 Frauen und 592 Männer ein Promotionsverfahren erfolgreich ab.

Bei den Habilitationen schwankte die Gesamtzahl wie auch der Frauenanteil in den vergangenen Jahren recht stark. Im Jahr 2012 wurden zwölf der insgesamt 36 Habilitationen von Frauen abgeschlossen. Fünf Jahre zuvor waren es 19 von insgesamt 67.

Ein Drittel der Habilitationen 2012 von Frauen abgelegt

Unter den wissenschaftlich/künstlerisch Beschäftigten an den Hochschulen konnten die Frauen in den vergangenen Jahren merklich aufholen. Weiterhin gering ist der Frauenanteil allerdings in der Professorenschaft. Lediglich jede fünfte Professur wird derzeit von einer Frau besetzt.

Die Gründe hierfür sind vielfältig. So sind beispielsweise die häufig zeitlich befristeten Beschäftigungsverhältnisse im Hochschulbereich insbesondere für Frauen in der Familiengründungsphase wenig attraktiv. In seiner im Mai 2012 veröffentlichten Bestandsaufnahme zur Chancengleichheit von Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftlern verweist der Wissenschaftsrat zudem wiederholt auf die informellen Rekrutierungs- und Förderpraktiken im Hochschulbetrieb, die sich für Frauen eher nachteilig auswirken.[2]

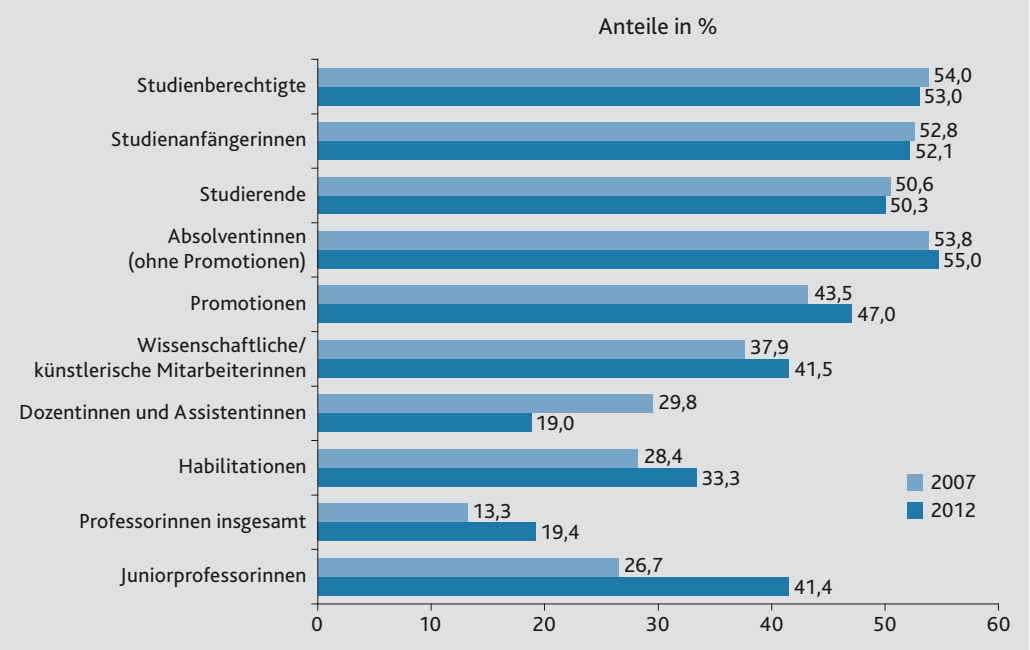
2 Ebenda. S. 25ff.

T 2 Studierende in MINT-Fächern im Wintersemester 2012/13 nach Studienbereichen und Geschlecht

Studienbereich	Insgesamt	Frauen		Männer	
		Anzahl	%	Anzahl	%
Informatik	6 553	1 146	17,5	5 407	82,5
Maschinenbau/Verfahrenstechnik	6 134	964	15,7	5 170	84,3
Mathematik	3 950	2 030	51,4	1 920	48,6
Biologie	3 557	2 257	63,5	1 300	36,5
Bauingenieurwesen	2 483	515	20,7	1 968	79,3
Chemie	2 465	1 063	43,1	1 402	56,9
Architektur, Innenarchitektur	2 313	1 454	62,9	859	37,1
Geografie	2 294	1 153	50,3	1 141	49,7
Ingenieurwesen allgemein	2 126	383	18,0	1 743	82,0
Elektrotechnik	1 935	169	8,7	1 766	91,3
Physik, Astronomie	1 589	330	20,8	1 259	79,2
Wirtschaftsingenieurwesen[1]	1 513	238	15,7	1 275	84,3
Raumplanung	1 433	643	44,9	790	55,1
Geowissenschaften	817	328	40,1	489	59,9
Pharmazie	594	420	70,7	174	29,3
Mathematik, Naturwissenschaften allgemein	472	243	51,5	229	48,5
Vermessungswesen	243	44	18,1	199	81,9
Verkehrstechnik, Nautik	100	3	3,0	97	97,0
Insgesamt	40 571	13 383	33,0	27 188	67,0

1 Mit ingenieurwissenschaftlichem Schwerpunkt.

G 2 Frauen an Hochschulen 2007 und 2012



41 Prozent aller Juniorprofessuren von Frauen besetzt

Als faktisches Gleichstellungsinstrument erwies sich die 2002 eingeführte sogenannte Juniorprofessur. Diese eröffnete jungen Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftlern einen Weg zur Professur, ohne hierfür eine Habilitation vorauszusetzen. Im Jahr 2012 waren 41 Prozent der Juniorprofessuren mit Frauen besetzt. Dieser Anteil ist mehr als doppelt so hoch, wie der in der gesamten Professorenschaft.

Zurzeit vollzieht sich an den Hochschulen ein Generationenwechsel – ein großer Teil der Professorinnen und Professoren wird in den nächsten zehn Jahren das Ruhestandsalter erreichen. Durch diesen Generationenwechsel kann sich der Frauenanteil in wissenschaftlichen Spitzenpositionen erhöhen.

Der Erhöhung des Frauenanteils sind allerdings in jenen Disziplinen Grenzen gesetzt, die nur selten von Frauen studiert werden. Hierzu zählen, wie bereits dargestellt, insbesondere die sogenannten MINT-Fächer.

55 Prozent aller Studierenden sind keine „Landeskinder"

Viele Studierende aus Hessen, Nordrhein-Westfalen und Baden-Württemberg

Die Hochschulen in Rheinland-Pfalz sind auch für Abiturientinnen und Abiturienten anderer Bundesländer attraktiv. Im Wintersemester 2012/13 waren 55 Prozent aller Studierenden keine „Landeskinder". Unter den „Zugewanderten" stellten neben den Studierenden aus dem Ausland (6,8 Prozent) die Studierenden, die ihre Hochschulreife in Hessen (13 Prozent), Nordrhein-Westfalen (9,5 Prozent) und Baden-Württemberg (9 Prozent) erlangt hatten, die größten Anteile.

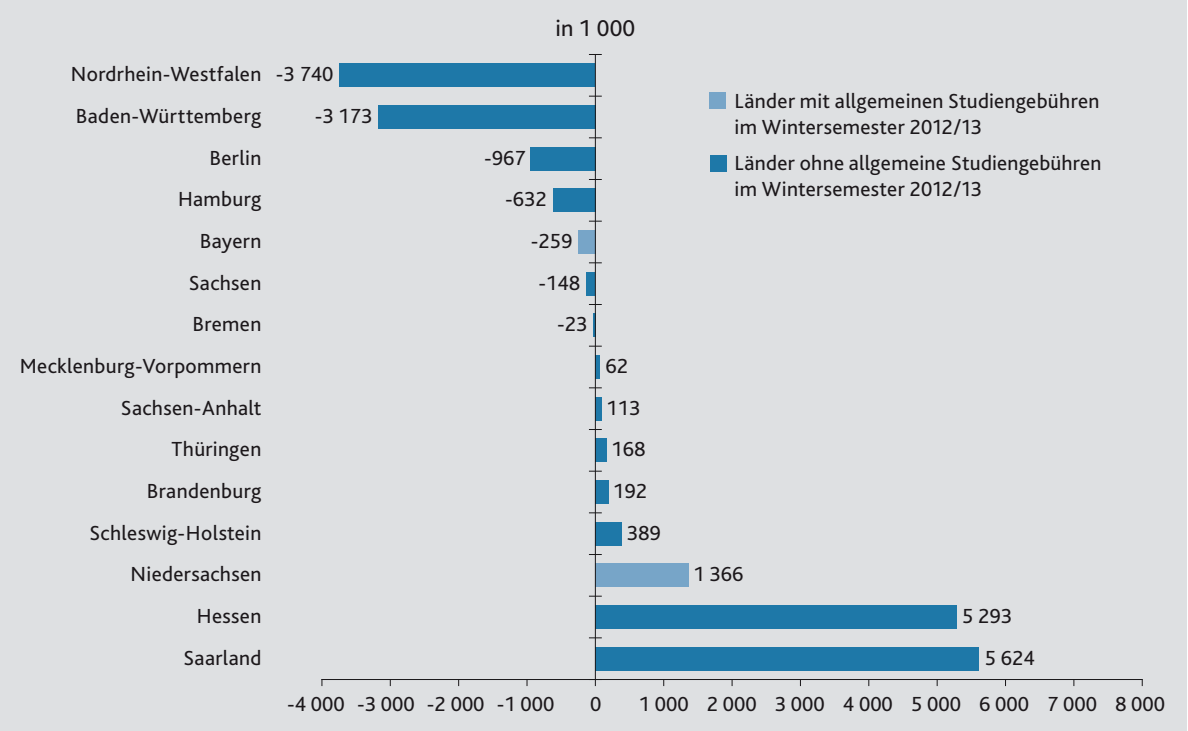
Bei den rheinland-pfälzischen Studienberechtigten, die ihr Studium in einem anderen Bundesland aufnahmen, waren die Hochschulen in Nordrhein-Westfalen am beliebtesten. Hier studierten 14 Prozent der Studienberechtigten aus Rheinland-Pfalz. Ebenfalls viele Studienberechtigte hatten sich für Hochschulen in Baden-Württemberg (13 Prozent) und Hessen (9,7 Prozent)

T 3 Studierende im Wintersemester 2012/13 nach dem Land des Erwerbs der Hochschulzugangsberechtigung (HZB)[1] und dem Land des Studienortes

Land	Aus Rheinland-Pfalz studieren in …		In Rheinland-Pfalz studieren aus …		Wanderungsüberschuss/-defizit
	Anzahl	%	Anzahl	%	Anzahl
Innerhalb des Bundesgebietes	108 581	100	112 846	93,2	4 265
Baden-Württemberg	14 014	12,9	10 841	9,0	-3 173
Bayern	3 347	3,1	3 088	2,6	-259
Berlin	2 044	1,9	1 077	0,9	-967
Brandenburg	373	0,3	565	0,5	192
Bremen	228	0,2	205	0,2	-23
Hamburg	1 148	1,1	516	0,4	-632
Hessen	10 484	9,7	15 777	13,0	5 293
Mecklenburg-Vorpommern	330	0,3	392	0,3	62
Niedersachsen	1 296	1,2	2 662	2,2	1 366
Nordrhein-Westfalen	15 212	14,0	11 472	9,5	-3 740
Rheinland-Pfalz	54 946	50,6	54 946	45,4	-
Saarland	2 918	2,7	8 542	7,1	5 624
Sachsen	938	0,9	790	0,7	-148
Sachsen-Anhalt	381	0,4	494	0,4	113
Schleswig-Holstein	362	0,3	751	0,6	389
Thüringen	560	0,5	728	0,6	168
Außerhalb des Bundesgebietes und ohne Angaben[2]	.	.	8 222	6,8	.
Insgesamt	108 581	100	121 068	100	.

1 Einschließlich Feststellungsprüfung an einem deutschen Studienkolleg. – 2 Angaben zu deutschen Studierenden im Ausland werden nicht erfasst.

G 3 Rheinland-pfälzischer Studierendenwanderungssaldo mit anderen Bundesländern im Wintersemester 2012/13



entschieden. Nicht berücksichtigt sind Wanderungen ins Ausland, da diese von der Hochschulstatistik nicht erfasst werden.

Wanderungssaldo: +4 265 Studierende

Aus der Gegenüberstellung der aus dem Bundesgebiet nach Rheinland-Pfalz zugewanderten Studierenden und den rheinland-pfälzischen Studienberechtigten, die zum Studium in andere Bundesländer abgewandert sind, ergibt sich der rheinland-pfälzische Wanderungssaldo. Dieser lag im Wintersemester 2012/13 bei +4 265 Studierenden. Das heißt, dass die Zahl derer, die aus anderen Bundesländern zum Studium nach Rheinland-Pfalz kommen, deutlich höher ist, als die Zahl derjenigen, die für das Studium in ein anderes Bundesland wechseln.

Die höchsten Wanderungsgewinne unter den Flächenländern verzeichneten Nordrhein-Westfalen (+26 401), Sachsen (+13 487) und Hessen (+4 278), die höchsten Wanderungsverluste Niedersachsen (–50 758), Baden-Württemberg (–20 810) und Brandenburg (–14 081).

Der Zuwanderungsgewinn kann als Zeichen der Attraktivität des Hochschulstandorts Rheinland-Pfalz in Deutschland interpretiert werden. Er wurde sicherlich auch durch die bundesweit unterschiedliche Praxis bei der Erhebung von Studiengebühren beeinflusst. Allerdings gab es im Wintersemester 2012/13 nur noch in Bayern und Niedersachsen allgemeine Studiengebühren.[3] Die größten Wanderungsverluste verzeichnete Rheinland-Pfalz gegenüber Nordrhein-Westfalen und Baden-Württemberg, die größten Überschüsse gab es gegenüber dem Saarland und Hessen.

3 In Bayern werden ab dem Wintersemester 2013/14 und in Niedersachsen ab dem Wintersemester 2014/15 keine allgemeinen Studiengebühren mehr erhoben.

T 4 **Bildungsinländerinnen und -inländer sowie Bildungsausländerinnen und -ausländer in den Wintersemestern 2002/03–2012/13**

Winter-semester	Bildungsausländerinnen und -ausländer				Bildungsinländerinnen und -inländer			
	ins-gesamt	Anteil an allen Studie-renden	Anteil an …		ins-gesamt	Anteil an allen Studie-renden	Anteil an …	
			Univer-sitäten[1]	Fachhoch-schulen			Univer-sitäten[1]	Fachhoch-schulen
	Anzahl	%			Anzahl	%		
2002/03	7 758	8,5	10,1	5,1	2 589	2,8	2,7	3,2
2003/04	8 454	8,8	10,2	5,8	2 671	2,8	2,6	3,1
2004/05	8 816	8,9	10,1	6,3	2 714	2,7	2,6	3,0
2005/06	8 972	8,8	9,6	7,1	2 712	2,7	2,6	2,9
2006/07	9 154	8,9	9,5	7,5	2 748	2,7	2,5	3,0
2007/08	9 373	8,9	9,1	8,5	2 837	2,7	2,5	3,1
2008/09	9 417	8,8	8,8	8,8	2 865	2,7	2,5	3,1
2009/10	8 939	8,2	8,1	8,3	3 037	2,8	2,6	3,2
2010/11	8 554	7,6	7,5	7,7	3 123	2,8	2,5	3,2
2011/12	8 335	7,1	7,2	6,9	3 334	2,8	2,6	3,3
2012/13	8 273	6,8	7,0	6,4	3 609	3,0	2,7	3,5

1 Einschließlich sonstiger wissenschaftlicher und theologischer Hochschulen.

Anteil der Bildungsausländerinnen und -ausländer bei 6,8 Prozent

Studierende mit ausländischer Staatsangehörigkeit, die ihre Hochschulreife außerhalb Deutschlands erlangt und gegebenenfalls an einem deutschen Studienkolleg ergänzt haben, werden als „Bildungsausländerinnen und -ausländer" bezeichnet. Ihr Anteil gibt einen Hinweis auf die Attraktivität der rheinland-pfälzischen Hochschulen für Studierende aus dem Ausland. Der Anteil der „Bildungsausländerinnen und -ausländer" lag im Wintersemester 2012/13 bei 6,8 Prozent und damit 2,1 Prozentpunkte unter dem Wert des Wintersemesters 2007/08.

Luxemburgerinnen und Luxemburger stellen größte Gruppe

Unter den „Bildungsausländerinnen und -ausländern" stellten im Wintersemester 2012/13 die Studierenden mit luxemburgischer Staatsangehörigkeit die größte Gruppe (842), gefolgt von Studentinnen und Studenten aus China (630) und Russland (487).

Studierende mit ausländischer Staatsangehörigkeit, die ihre Hochschulzugangsberechtigung in Deutschland erlangt haben, werden als „Bildungsinländerinnen und -inländer" bezeichnet. Der Anteil dieser Personengruppe an den Hochschulen in Rheinland-Pfalz lag im Wintersemester 2012/13 bei drei Prozent und damit leicht über dem Wert des Wintersemesters 2007/08 (2,7 Prozent).

T 5 **Bildungsausländerinnen und -ausländer im Wintersemester 2012/13 nach Herkunftsland**

Land der Staatsangehörigkeit	Anzahl
Luxemburg	842
China	630
Russische Föderation	487
Kamerun	461
Marokko	400
Ukraine	390
Bulgarien	284
Polen	284
Indien	229
Spanien	223
Übrige	4 043
Insgesamt	8 273

Erläuterungen

Wanderungssaldo

Der Wanderungssaldo errechnet sich aus dem Verhältnis der ab- und zuwandernden Studierenden. Er gibt an, in welchem Ausmaß die Länder Bildungsleistungen für Studierende erbringen, die ihre Hochschulreife in einem anderen Bundesland erworben haben.

Vollzeitäquivalente

Vollzeitäquivalente sind standardisierte Vergleichsgrößen, auf deren Grundlage Personalkapazitäten beurteilt werden können. Bei der Berechnung der Vollzeitäquivalente an Hochschulen wird das vollzeitbeschäftigte hauptberufliche Personal mit dem Faktor 1, das teilzeitbeschäftigte mit 0,5 und das nebenberufliche Personal mit 0,2 gewichtet.

Betreuungsrelation

Diese Kennzahl beschreibt das zahlenmäßige Verhältnis der Studierenden zum wissenschaftlich/künstlerischen Personal in Vollzeitäquivalenten. Nicht berücksichtigt wird hierbei das drittmittelfinanzierte Personal. Die Berechnung erfolgt zudem ohne Verwaltungsfachhochschulen.

Weitere Informationen und Erläuterungen zum Bereich der Hochschulstatistik finden Sie in den statistischen Berichten zu:

- Studienanfängerinnen und -anfängern,
- Studierenden, Gasthörerinnen und Gasthörern,
- Abschlussprüfungen,
- Personal- und Personalstellen sowie Habilitationen,
- Hochschulfinanzen und
- Deutschlandstipendium

auf den Seiten des Statistischen Landesamtes Rheinland-Pfalz unter www.statistik.rlp.de/staat-und-gesellschaft/bildung

Mehr Beschäftigte an Hochschulen des Landes

Die Hochschulen des Landes Rheinland-Pfalz sowie die Universitätsmedizin der Johannes Gutenberg-Universität in Mainz beschäftigten im Jahr 2012 insgesamt 25 039 Personen und damit 4 756 mehr als im Jahr 2007. Von den Beschäftigten waren 13 416 dem wissenschaftlich/künstlerischen und 11 623 dem Verwaltungspersonal zugeordnet.

31 Prozent mehr wissenschaftlich/künstlerisches Personal

Seit 2007 verzeichnen die Hochschulen einen deutlichen Zuwachs des wissenschaftlich/künstlerischen Personals (+31 Prozent). Dieser fiel allerdings in den einzelnen Personalgruppen sehr unterschiedlich aus. So wuchs insbesondere die Zahl der wissenschaftlichen Hilfskräfte (+174 Prozent) und die der wissenschaftlichen und künstlerischen Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter (+44 Prozent).

Deutlich zurückgegangen ist dagegen die Zahl der Assistentinnen und Assistenten sowie Dozentinnen und Dozenten (–83 Prozent). Die generelle Zunahme der Beschäftigtenzahlen ist nicht zuletzt auf die seit Jahren wachsende Teilzeitquote zurückzuführen.

Hoher Anteil Teilzeitbeschäftigter

Der Anteil der Teilzeitbeschäftigten ist in den vergangenen fünf Jahren um 3,7 Prozentpunkte auf nunmehr 61 Prozent gestiegen. Um die Personalkapazitäten der Hochschulen trotz dieser „Teilzeiteffekte" vergleichen zu können, lassen sich sogenannte Vollzeitäquivalente berechnen. Hierfür wird das Personal in fiktive Vollzeitkräfte umgerechnet.

Für das wissenschaftlich/künstlerische Personal ergibt sich nach dieser Berechnung eine Personalkapazität von 7 886 Vollzeitäquivalenten im Jahr 2012. Gegenüber dem Jahr 2007 war ein Anstieg von 26 Prozent

T 6 Wissenschaftliches und künstlerisches Hochschulpersonal 2007 und 2012

Beschäftigte	2007				2012				Veränderung VZÄ[1] 2012 gegenüber 2007 in %
	insgesamt	Teilzeit		VZÄ[1]	insgesamt	Teilzeit		VZÄ[1]	
		Anzahl	%			Anzahl	%		
Hauptberufliches Personal	6 676	2 311	34,6	5 521	8 651	3 436	39,7	6 933	25,6
Professorinnen bzw. Professoren	1 675	78	4,7	1 636	1 987	142	7,1	1 916	17,1
Dozentinnen bzw. Dozenten und Assistentinnen bzw. Assistenten	124	23	18,5	113	21	5	23,8	19	-83,2
wissenschaftliche und künstlerische Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter	4 315	1 954	45,3	3 338	6 227	3 079	49,4	4 688	40,4
Lehrkräfte für besondere Aufgaben	562	256	45,6	434	416	210	50,5	311	-28,3
Nebenberufliches Personal	3 580	3 580	100	716	4 765	4 765	100	953	33,1
Gastprofessorinnen bzw. -professoren, Emeriti	41	41	100	8	52	52	100	10	25,0
Lehrbeauftragte	2 987	2 987	100	597	3 202	3 202	100	640	7,2
wissenschaftliche Hilfskräfte (ohne studentische Hilfskräfte)	552	552	100	110	1 511	1 511	100	302	174,5
Insgesamt	10 256	5 891	57	6 237	13 416	8 201	61	7 886	26,4

1 VZÄ (Vollzeitäquivalente): Bei der Berechnung wird das vollzeitbeschäftigte hauptberufliche Personal mit dem Faktor 1, das teilzeitbeschäftigte mit 0,5 und das nebenberufliche Personal mit 0,2 gewichtet.

zu verzeichnen. Zudem zeigt sich, dass insbesondere die Personalkapazitäten der wissenschaftlichen Hilfskräfte sowie die der wissenschaftlich/künstlerischen Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter aufgestockt wurden.

Der gegenüber dem Jahr 2007 deutliche Rückgang der in Vollzeitäquivalente umgerechneten Zahl an Assistentinnen und Assistenten sowie Dozentinnen und Dozenten (–83 Prozent) ist Folge des 2003 in Kraft getretenen rheinland-pfälzischen Hochschulgesetzes. Entsprechend dieser Regelung ist die Neubegründung von Dozenten- und Assistentendienstverhältnissen nicht mehr zulässig.

Eine Lehrkraft betreut 19 Studierende

Um das Verhältnis des Lehrpersonals zur Studierendenentwicklung abzubilden, lassen sich verschiedene Betreuungsrelationen (siehe Erläuterungen) errechnen. Rein rechnerisch betreute im Jahr 2012 eine Lehrkraft 19 Studierende.[4] Auf eine Professorin bzw. auf einen Professor kamen im Schnitt 64 Studierende.

Im Vergleich zum Jahr 2007 hat sich damit das Verhältnis von Studierenden pro Lehrkraft leicht verbessert (–1).[5] Gleiches gilt für die Relation von Studierenden je Professorin bzw. Professor (–0,3). Deutliche Unter-

4 Ohne drittmittelfinanziertes Personal und ohne Verwaltungsfachhochschulen.

5 Für die Jahre 2003–2010 kann das drittmittelfinanzierte Personal der Universitätsmedizin der Johannes Gutenberg-Universität nicht differenziert ausgewiesen werden.

T 7 Betreuungsrelationen 2012 nach Fächergruppen und Hochschularten

Fächergruppe	Hochschulen insgesamt[1]		Wissenschaftliche Hochschulen		Fachhochschulen[1]	
	Studierende[2] je					
	Lehrperson[3]	Professorin bzw. Professor	Lehrperson[3]	Professorin bzw. Professor	Lehrperson[3]	Professorin bzw. Professor
Agrar-, Forst- und Ernährungswissenschaften	19,2	32,5	-	-	19,2	32,5
Humanmedizin/Gesundheitswissenschaften	4,5	52,6	3,8	52,0	28,4	55,3
Ingenieurwissenschaften	24,4	46,8	19,5	69,2	26,9	41,8
Kunst, Kunstwissenschaft	16,2	36,4	15,2	44,9	18,3	27,5
Mathematik, Naturwissenschaften	18,6	55,1	16,9	57,9	32,3	45,7
Rechts-, Wirtschafts- und Sozialwissenschaften	30,1	72,2	30,2	99,8	29,9	53,1
Sport	34,5	171,5	34,5	171,5	-	-
Sprach- und Kulturwissenschaften	27,1	98,3	26,9	98,2	55,4	105,3
Insgesamt (einschließlich zentrale Einrichtungen)	19,1	63,7	16,9	77,7	26,8	45,5

1 Ohne Verwaltungsfachhochschulen. – 2 Studierende im Wintersemester 2012/13. – 3 Wissenschaftliches Hochschulpersonal in Vollzeitäquivalenten (ohne drittmittelfinanziertes Personal und studentische Hilfskräfte) nach der organisatorischen Zugehörigkeit.

T 8 Hochschulen 2012[1]

Hochschule	Studienanfängerinnen und -anfänger 1. Hochschulsemester		Studierende		Absolventinnen und Absolventen		Wissenschaftliches und künstlerisches Personal	
	Anzahl	Vorjahres-vergleich in %	Anzahl	Vorjahres-vergleich in %	Anzahl	Vorjahres-vergleich in %	Anzahl	Vorjahres-vergleich in %
Johannes Gutenberg-Universität Mainz	5 861	-5,1	37 039	2,4	5 755	20,4	3 669	8,1
Universitätsmedizin der Johannes Gutenberg-Universität Mainz	-	-	-	-	-	-	1 769	2,1
Technische Universität Kaiserslautern	2 132	-20,1	13 513	1,0	1 971	5,6	1 723	0,7
Universität Trier	2 793	-13,2	15 074	0,0	2 337	13,7	1 571	4,0
Universität Koblenz-Landau	2 514	11,8	14 133	7,3	2 525	7,6	1 150	1,0
Theologische Fakultät Trier	50	-27,5	390	-6,5	18	-10,0	36	5,9
Phil.-Theol. Hochschule Vallendar	21	133,3	244	11,4	28	-22,2	50	4,2
Deutsche Universität für Verwaltungswissenschaften, Speyer	4	-33,3	336	9,4	63	10,5	142	-0,7
Wissenschaftliche Hochschule für Unternehmensführung, Vallendar	244	7,0	932	26,8	300	2,0	222	-1,8
Fachhochschule Bingen	583	-11,7	2 596	2,2	428	-0,5	135	-6,3
Fachhochschule Kaiserslautern	1 311	8,7	5 622	2,3	963	1,6	465	1,3
Fachhochschule Koblenz	1 992	6,4	8 110	9,0	1 358	5,2	555	2,6
Hochschule Ludwigshafen am Rhein	930	-7,0	4 287	0,1	1 074	16,4	384	20,0
Fachhochschule Mainz	1 111	2,0	4 773	8,7	962	0,9	380	8,6
Fachhochschule Trier	1 719	-7,9	7 321	4,4	981	8,2	538	7,4
Fachhochschule Worms	712	-11,7	3 126	4,5	567	20,6	226	-1,7
Katholische Fachhochschule, Mainz	260	-5,1	1 089	6,1	227	1,3	120	8,1
Hochschule der Deutschen Bundesbank, Hachenburg	92	-4,2	317	0,6	92	16,5	119	36,8
Fachhochschule für öffentliche Verwaltung Rheinland-Pfalz	451	-16,6	1 692	1,6	485	2,5	130	0,8
Fachhochschule für Finanzen, Edenkoben	156	9,1	474	2,2	137	-4,9	32	3,2
Sonstige deutsche Hochschule[2]	-	-	-	-	104	-1,0	-	-
Hochschule im Ausland[2]	-	-	-	-	32	-20,0	-	-
Insgesamt	22 936	-5,1	121 068	3,4	20 407	10,7	13 416	4,5

1 Studienanfänger: Kalenderjahr 2012; Studierende: Wintersemester 2012/13; Absolventen: Prüfungsjahr 2012; Personal: Wintersemester 2012/13. – 2 In der Prüfungsstatistik wird die Hochschule der Letztimmatrikulation erhoben.

Betreuungsrelation an Fachhochschulen günstiger als an Universitäten

schiede finden sich zwischen den Hochschularten. So entfielen im Jahr 2012 an den wissenschaftlichen Hochschulen wesentlich mehr Studierende (78) auf eine Professorin bzw. einen Professor als an den Fachhochschulen (46). Hier spiegelt sich unter anderem die unterschiedliche Ausrichtung der Universitäten und der Fachhochschulen wider. Letztere beschäftigen aufgrund des geringeren Forschungsanteils üblicherweise weniger sonstiges wissenschaftlich/künstlerisches Personal. Fachhochschulprofessorinnen und -professoren unterrichten zudem etwa doppelt so viele Stunden wie ihre Kolleginnen und Kollegen an wissenschaftlichen Hochschulen.

Auch zwischen den Fächergruppen gibt es große Unterschiede der Betreuungsrelationen. So gehört beispielsweise der Bereich Humanmedizin/Gesundheitswissenschaften mit 4,5 Studierenden pro Lehrkraft zu den betreuungsintensivsten. In der Fächergruppe Sport werden dagegen durchschnittlich 35 Studierende von einer Lehrperson betreut.

Bettina Link, Diplom-Soziologin und Magistra der Verwaltungswissenschaften, leitet das Referat „Bildung, Verdienste, Preise“.

Hochschulen 2012/13 – Teil I

In der Januarausgabe des Statistischen Monatsheftes wurden bereits Ergebnisse der Hochschulstatistik 2012/13 vorgestellt. Die Schwerpunkte dieses Beitrags lagen bei der Entwicklung der Zahl der Studienberechtigten, der Studienanfängerinnen und Studienanfänger, der Studierenden sowie der Absolventinnen und Absolventen.

Wirtschaft in Rheinland-Pfalz

Von Dr. Ludwig Böckmann und Thomas Kirschey

Unternehmen zu Jahresbeginn in bester Stimmung

Geschäftsklimaindex steigt zum dritten Mal in Folge

Die Unternehmen in Deutschland sind optimistisch in das neue Jahr gestartet. Der ifo Geschäftsklimaindex stieg im Januar 2014 zum dritten Mal in Folge. Der Indexwert erhöhte sich von 109,5 auf 110,6 Punkte. Sowohl die Beurteilung der aktuellen Geschäftslage als auch die Erwartungen für die kommenden sechs Monate fielen günstiger aus. Der Lageindex stieg um 0,8 Punkte; der Erwartungsindex verbesserte sich um 1,5 Punkte. Im verarbeitenden Gewerbe, im Bauhauptgewerbe und im Großhandel war die Stimmung besser als im Vormonat. Lediglich im Einzelhandel hat sich das Klima etwas eingetrübt.

ZEW-Index sinkt leicht

Anders als bei den Unternehmen haben sich die Konjunkturerwartungen der Finanzmarktexperten leicht verschlechtert. Der ZEW-Indexwert gab um 0,3 auf 61,7 Punkte nach, liegt damit aber immer noch auf einem hohen Niveau.

Verbraucher starten mit guter Stimmung ins neue Jahr

Bei den Konsumenten in Deutschland hält die optimistische Stimmung an. Ihre Konjunktur- und Einkommenserwartung haben sich ebenso verbessert wie ihre Anschaffungsneigung. Der Prognosewert des GfK-Konsumklimaindex für Februar 2014 verbesserte sich auf 8,2 Punkte (+0,5 Punkte gegenüber Januar).

Verarbeitendes Gewerbe: Produktion gestiegen – Auftragseingänge rückläufig

Für das verarbeitende Gewerbe in Rheinland-Pfalz signalisieren die harten Konjunkturdaten der amtlichen Statistik für den Berichtsmonat November 2013 eine steigende Produktion. Diese Entwicklung wird von der Konsumgüter- und der Investitionsgüterindustrie getragen. Die Auftragslage war im verarbeitenden Gewerbe dagegen etwas ungünstiger als zuletzt. Dieser Rückgang geht ausschließlich auf die sinkende Nachfrage aus dem Ausland zurück.

Produktionsleistung des verarbeitenden Gewerbes: +2,1 Prozent

Im November stieg der preis-, kalender- und saisonbereinigte Produktionsindex für die Industrie im Vergleich zum Vormonat um 2,1 Prozent. Im Vorjahresvergleich zog der Güterausstoß ebenfalls an (+7,3 Prozent). Der bereinigte Produktionsindex zeigte zuletzt einen leicht steigenden Trend für die Outputentwicklung.

Produktion in der Vorleistungsgüterindustrie: –0,7 Prozent

Für Rheinland-Pfalz ist die Vorleistungsgüterindustrie die mit großem Abstand wichtigste industrielle Hauptgruppe (Anteil am gesamten Umsatz des verarbeitenden Gewerbes 2012: 57 Prozent). Im November 2013 verringerte sich der bereinigte Output in diesem Bereich gegenüber dem Vormonat um 0,7 Prozent. Im Vergleich zum November 2012 erhöhte sich die Produktion dagegen um 3,2 Prozent.

Produktion in der Investitionsgüterindustrie: +2,6 Prozent

Die Investitionsgüterindustrie (Umsatzanteil: 25 Prozent) verzeichnete im Berichtsmonat preis-, kalender- und saisonbereinigt eine höhere Produktion als im Oktober (+2,6 Prozent). Im Vorjahresvergleich ergab sich sogar eine kräftige Verbesserung um 19 Prozent.

Produktion in der Konsumgüterindustrie: +7,2 Prozent

In der Konsumgüterindustrie (Umsatzanteil: 18 Prozent) stieg der bereinigte Produktionsindex im November um 7,2 Prozent gegenüber dem Vormonatsergebnis. Im Vergleich zum Vorjahr erhöhte sich der Güterausstoß um 2,3 Prozent.

Produktion in der chemischen Industrie: –3 Prozent

Die chemische Industrie, die größte Branche des verarbeitenden Gewerbes in Rheinland-Pfalz (Umsatzanteil: 33 Prozent), stellt überwiegend Vorleistungsgüter her. Ihre Produktion wurde im November preis-, kalender- und saisonbereinigt um drei Prozent zurückgefahren. Im Vergleich zum Vorjahr ergab sich dagegen noch ein Anstieg um 6,4 Prozent.

Produktion im Fahrzeugbau: –0,7 Prozent

Der größte Investitionsgüterproduzent im Land ist der Fahrzeugbau (Umsatzanteil: 13 Prozent). Er verzeichnete im November preis-, kalender- und saisonbereinigt einen leichten Produktionsrückgang (–0,7 Prozent). Im Vorjahresvergleich verbesserte sich der Güterausstoß allerdings erheblich (+33 Prozent).

Produktion im Maschinenbau: +6,7 Prozent

Im Maschinenbau (Umsatzanteil: neun Prozent), der ebenfalls Investitionsgüter herstellt, konnte die Produktion im November sowohl gegenüber dem Vormonat (+6,7 Prozent) als auch im Vergleich zum Vorjahr (+6,1 Prozent) deutlich ausgeweitet werden.

Auftragseingänge im verarbeitenden Gewerbe: –0,9 Prozent

Die Auftragseingänge geben einen Hinweis darauf, wie sich die Produktion in den kommenden Monaten entwickeln könnte. Im November 2013 verringerten sich die Bestellungen preis-, kalender- und saisonbereinigt im Vergleich zum Oktober leicht um 0,9 Prozent. Dieser Rückgang ist ausschließlich auf die schlechtere Auslandsnachfrage zurückzuführen (–2,1 Prozent). Die Inlandsnachfrage blieb dagegen geringfügig über dem Vormonatsergebnis (+0,5 Prozent). Im Vorjahresvergleich gab es mehr Aufträge als im November 2012 (+3,8 Prozent). Sowohl im Inlandsgeschäft (+1,7 Prozent) als auch im Auslandsgeschäft (+5,2 Prozent) wurde ein Anstieg der Bestellungen registriert.

Steigende Auftragszahlen bei den Konsumgüter- und Vorleistungsgüterproduzenten

Im November 2013 stieg die preis-, kalender- und saisonbereinigte Nachfrage gegenüber dem Vormonat bei den Herstellern von Konsumgütern (+2,5 Prozent) sowie von Vorleistungsgütern (+0,6 Prozent). In der Investitionsgüterindustrie wurden dagegen weniger Aufträge registriert (–4 Prozent). Gegenüber dem Vorjahr verbesserte sich die Auftragslage in allen Industriehauptgruppen. Den stärksten Anstieg verzeichneten die Vorleistungsgüterproduzenten (+4,4 Prozent). Die Konsumgüterproduzenten (+3,3 Prozent) sowie die Investitionsgüterproduzenten (+ 3,1 Prozent) verbuchten ebenfalls mehr Bestellungen als vor Jahresfrist.

Auftragseingänge in der chemischen Industrie: +0,5 Prozent

Die chemische Industrie registrierte im Berichtsmonat preis-, kalender- und saisonbereinigt eine geringfügige Verbesserung ihrer Auftragslage (+0,5 Prozent). Während die Inlandsbestellungen deutlich anzogen (+8,8 Prozent), blieb das Auslandsgeschäft hinter dem Ergebnis vom Oktober zurück (–3,4 Prozent). Im Vergleich zum Vorjahr verbuchten die Hersteller chemischer Produkte eine Auftragssteigerung von 5,5 Prozent.

Auftragseingänge im Fahrzeugbau: –11 Prozent

Im Fahrzeugbau gingen die Auftragseingänge im November preis-, kalender- und saisonbereinigt um elf Prozent gegenüber dem Vormonat zurück. Sowohl die Nachfrage aus dem Inland (–9,7 Prozent) als auch das Auslandsgeschäft (–12 Prozent) gaben deutlich nach. Im Vergleich zum November 2012 verzeichnete der Fahrzeugbau ebenfalls einen erheblichen Auftragsrückgang (–8,5 Prozent).

Auftragseingänge im Maschinenbau: +5,8 Prozent

Der Maschinenbau verbuchte im Berichtsmonat ein bereinigtes Auftragsplus von 5,8 Prozent. Die Inlandsbestellungen erhöhten sich um acht Prozent. Im Auslandsgeschäft gab es einen Anstieg um 4,8 Prozent. Im Vorjahresvergleich zogen die Auftragseingänge sogar um 20 Prozent an.

Auftragseingänge im Bauhauptgewerbe deutlich gesunken

Auftragseingänge im Bauhauptgewerbe: –11 Prozent

Im Bauhauptgewerbe sind die Auftragseingänge im November 2013 gegenüber dem Vormonat kalender- und saisonbereinigt deutlich gesunken (–11 Prozent). Im Vergleich zum Vorjahresmonat wurde ebenfalls eine spürbare Verschlechterung registriert (–12 Prozent).

Auftragseingänge im Hochbau: –7 Prozent

Im Hochbau (Anteil an den Auftragseingängen des Bauhauptgewerbes 2012: 49 Prozent) war im November gegenüber dem Vormonat ein Rückgang um sieben Prozent zu verzeichnen. Mit Ausnahme des öffentlichen Hochbaus (+94 Prozent) verschlechterte sich kalender- und saisonbereinigt die Auftragslage. Im Wohnungsbau (–28 Prozent) sowie im gewerblichen Hochbau (–22 Prozent) erhielten die Unternehmen deutlich weniger Aufträge als zuletzt. Im Vergleich zum November 2012 verringerten sich im Hochbau die Bestellungen um zwölf Prozent. Vor allem im Wohnungsbau (–36 Prozent) sowie im gewerblichen Hochbau (–14 Prozent) gab es kräftige Auftragseinbußen. Dagegen wies der öffentliche Hochbau ein Plus von 8,2 Prozent auf.

Auftragseingänge im Tiefbau: –16 Prozent

Im Tiefbau (Anteil an den Auftragseingängen: 51 Prozent) waren im November im Vormonatsvergleich erhebliche Einbußen von 16 Prozent zu verzeichnen. Vor allem der Straßenbau meldete kräftig sinkende Auftragszahlen (–27 Prozent). Im öffentlichen sowie im gewerblichen Tiefbau gab es ebenfalls weniger Aufträge als im Oktober (–9 bzw. –1,7 Prozent). Gegenüber November 2012 kam es im Tiefbau ebenfalls zu einem kalender- und saisonbereinigten Auftragsrückgang (–11 Prozent). Dieser wurde durch kräftige Einbußen im Straßenbau verursacht (–33 Prozent). Dagegen verzeichneten der gewerbliche und der öffentliche Tiefbau deutliche Auftragssteigerungen (+20 bzw. +14 Prozent).

Umsätze im Einzelhandel und im Gastgewerbe weiter rückläufig

Umsatz im Einzelhandel: –3,3 Prozent

Der gleitende Drei-Monats-Durchschnitt der preisbereinigten Einzelhandelsumsätze (ohne Kfz-Handel) wies im Oktober 2013 einen Rückgang um 3,3 Prozent gegenüber dem Vorjahr auf. Damit werden im Einzelhandel bereits seit August 2012 sinkende Umsatzzahlen registriert.

Erläuterungen

Der **ifo Geschäftsklimaindex** und die **ZEW Konjunkturerwartungen** sind qualitative Frühindikatoren für die Stimmungslage in der deutschen Wirtschaft. Für den ifo Index befragt das ifo Institut München monatlich 7 000 Unternehmen nach der Einschätzung ihrer aktuellen Geschäftslage und ihren Geschäftserwartungen für die kommenden sechs Monate. Das ZEW Mannheim befragt monatlich 350 Finanzexperten nach ihrer mittelfristigen Einschätzung der Konjunkturentwicklung.

Der **Konsumklimaindex** ist ein Indikator für die Konsumneigung der Privathaushalte in Deutschland. Die GfK Nürnberg befragt monatlich 2 000 repräsentativ ausgewählte Personen nach ihrer Konjunkturerwartung, ihrer Einkommenserwartung und ihrer Konsum- und Ausgabenneigung.

Der **Produktionsindex** misst die preisbereinigte monatliche Produktionsleistung des verarbeitenden Gewerbes. Er gilt als quantitativer Referenzindikator, der annähernd zeitgleich mit der Konjunktur läuft.

Die **Auftragseingänge** im verarbeitenden Gewerbe und im Bauhauptgewerbe sind quantitative Frühindikatoren der Konjunkturentwicklung; sie laufen der Konjunktur um mehrere Monate voraus.

Die **Umsätze** – vor allem die Einzelhandelsumsätze – sind Einzelindikatoren, die fast zeitgleich mit der Konjunktur laufen.

Preisindizes – insbesondere der Index der Verbraucherpreise – gelten als Spannungsindikatoren, welche die „Erhitzung" oder „Entspannung" der Konjunktur anzeigen.

Die **Zahl der Arbeitslosen** ist ein nachlaufender Indikator, der weniger über die künftige konjunkturelle Entwicklung aussagt, dafür aber einen wichtigen Indikator für die Wirtschaftspolitik darstellt.

Für den ifo Index, die ZEW Konjunkturerwartungen, den GfK Konsumklimaindex, den Verbraucherpreisindex und die Arbeitsmarktkennzahlen werden zur Beurteilung der Konjunkturentwicklung die **Originalwerte** herangezogen.

Die Originalwerte der preisbereinigten Indizes im verarbeitenden Gewerbe sowie der nominalen Messzahlen im Bauhauptgewerbe werden von kalendarischen (Arbeitstage, Ferien, u. ä.), saisonalen und irregulären Einflüssen (z. B. Großaufträge) überlagert. Deshalb werden zur Beurteilung der Konjunkturentwicklung Zeitreihen herangezogen, die mithilfe des Berliner Verfahrens (BV4.1) **kalender- und saisonbereinigt** werden.

Für die Indikatoren der Konjunkturentwicklung im Handel und Gastgewerbe werden die gleitenden **Drei-Monats-Durchschnitte** der Originalwerte verwendet.

Umsatz im Kfz-Handel: +2,9 Prozent

Der Kraftfahrzeughandel verzeichnete im Oktober 2013 ein Umsatzplus von 2,9 Prozent gegenüber dem Vorjahreswert. Bereits im August (+0,8 Prozent) und im September (+0,3 Prozent) waren die bereinigten Umsätze im Kraftfahrzeughandel leicht gestiegen. Davor hatte es seit Dezember 2011 rückläufige Umsatzzahlen gegeben.

Umsatz im Großhandel: +0,1 Prozent

Im Großhandel sind die geglätteten preisbereinigten Umsätze im Oktober 2013 gegenüber dem Vorjahresmonat geringfügig gestiegen (+0,1 Prozent). Zuvor war es im August (+1,6 Prozent) sowie im September (+0,2 Prozent) ebenfalls zu leichten Verbesserungen gekommen.

Umsatz im Gastgewerbe: –7,1 Prozent

Im Gastgewerbe sanken die geglätteten Umsätze der Hotels, Pensionen, Gaststätten usw. im Oktober 2013 gegenüber dem Vorjahreswert um 7,1 Prozent. Die Umsätze in diesem Wirtschaftsbereich sind damit seit Januar 2012 rückläufig.

Jahresteuerungsrate im Januar bei 1,3 Prozent

Anstieg des Verbraucherpreisindex deutlich unter der Zwei-Prozent-Marke

Der rheinland-pfälzische Verbraucherpreisindex lag im Januar 2014 um 1,3 Prozent über dem Vorjahresniveau. Damit setzte sich die Entwicklung des abgelaufenen Jahres fort. Der Anstieg der Verbraucherpreise blieb in Rheinland-Pfalz seit Januar 2013 unter der für die Geldpolitik der Europäischen Zentralbank bedeutsamen Zwei-Prozent-Marke. Im Jahr 2013 hatte es die niedrigste Teuerungsrate im Oktober gegeben (+1 Prozent), die höchste wurde im Juni und Juli registriert (jeweils +1,9 Prozent).

Bei den Energiepreisen (–1,5 Prozent) zeigten sich auch im Januar 2014 zum Teil gegenläufige Entwicklungen. Während die Strompreise im Vorjahresvergleich mit +3,7 Prozent weiter anzogen, waren Kraftstoffe (–4,3 Prozent) und Heizöl (–7,5 Prozent) deutlich günstiger als im Vorjahr. Der als Kerninflationsrate bezeichnete „Gesamtindex ohne Nahrungsmittel und Energie“ wies einen Anstieg von 1,7 Prozent auf.

Preisentwicklung in den Waren- und Dienstleistungsgruppen uneinheitlich

Den höchsten Preisanstieg im Vorjahresvergleich gab es in der Indexhauptgruppe „Alkoholische Getränke und Tabakwaren“ (+4,3 Prozent). Außerdem verteuerten sich unter anderem die Waren und Dienstleistungen in den Bereichen „Freizeit, Unterhaltung und Kultur“ (+3,2 Prozent), „Nahrungsmittel und alkoholfreie Getränke“ (+1,9 Prozent), „Gesundheitspflege“ (+1,8 Prozent) sowie „Beherbergungs- und Gaststättendienstleistungen“ (+1,7 Prozent) überdurchschnittlich. In den Hauptgruppen „Verkehr“ (–0,3 Prozent) sowie „Nachrichtenübermittlung“ (–1,1 Prozent) wurden niedrigere Preise als im Vorjahr festgestellt.

Arbeitslosigkeit im Januar gestiegen

Zahl der Arbeitslosen um elf Prozent höher als im Vormonat

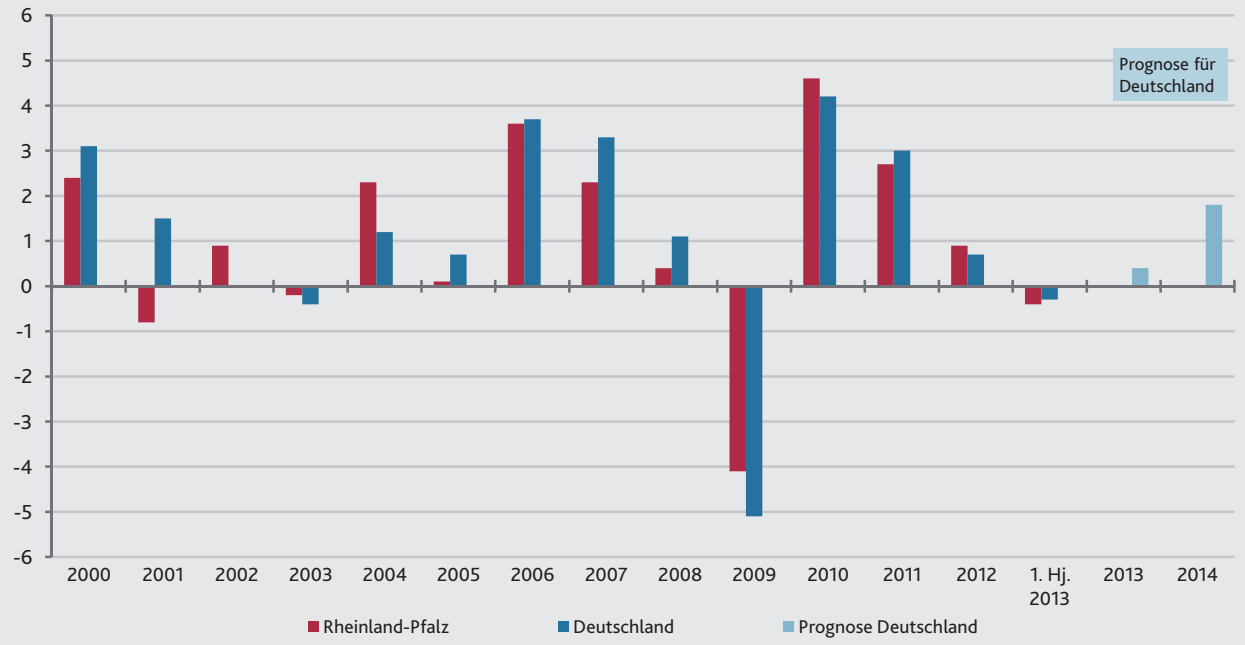
Die Arbeitslosigkeit ist in Rheinland-Pfalz zu Jahresbeginn weiter gestiegen. Im Januar waren 125 200 Frauen und Männer arbeitslos gemeldet. Gegenüber dem Vormonat erhöhte sich die Arbeitslosenzahl um 12 500 Personen (+11 Prozent). Im Vergleich zum Januar 2013 hat sich ihre Zahl um 1 600 Personen erhöht (+1,3 Prozent). Die Regionaldirektion Rheinland-Pfalz-Saarland der Bundesagentur für Arbeit führt diese Entwicklung vor allem auf jahreszeitliche Effekte zurück.

Arbeitslosenquote steigt auf 5,9 Prozent

Die Arbeitslosenquote, d. h. der Anteil der Arbeitslosen an allen zivilen Erwerbspersonen, stieg im Januar 2014 gegenüber dem Vormonat um 0,6 Prozentpunkte auf 5,9 Prozent. Im Vergleich zum Januar 2013 hat sich die Quote nicht geändert.

Dr. Ludwig Böckmann leitet die Referatsgruppe „Analysen, Gesamtrechnungen, Veröffentlichungen, Forschungsdatenzentrum“. Thomas Kirschey, Diplom-Volkswirt, ist als Referent im Referat „Analysen“ tätig.

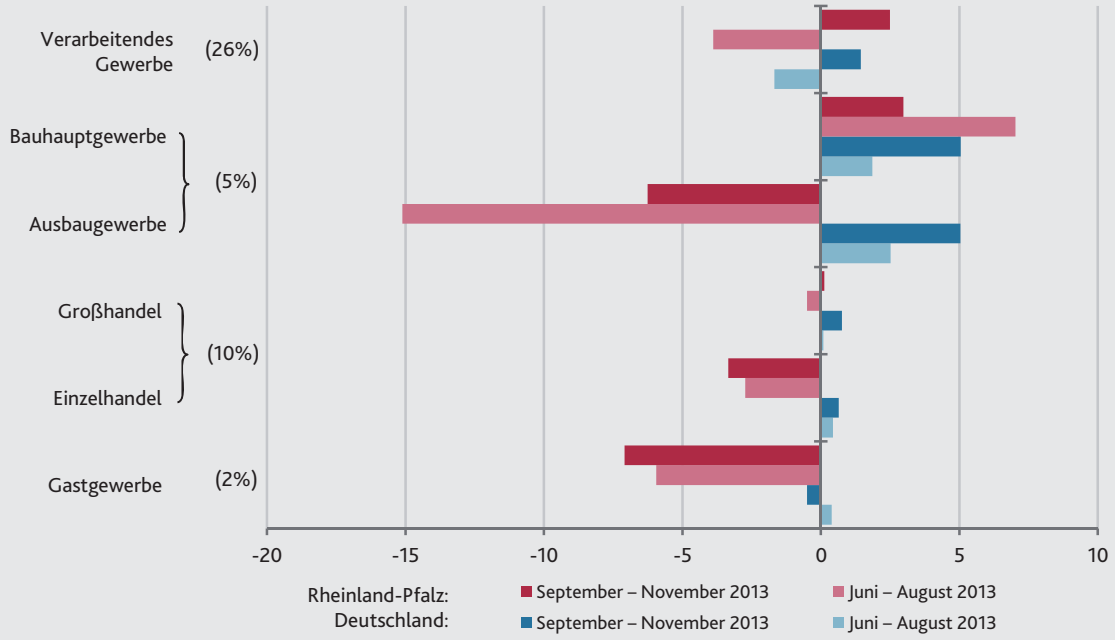
Preisbereinigtes Bruttoinlandsprodukt in Rheinland-Pfalz und in Deutschland[1]
Veränderung gegenüber dem Vorjahr in %



1 Berechnungsstand des Statistischen Bundesamtes: August 2013; nächster Fortschreibungstermin: März 2014. Quelle Prognosewert 2013/2014: Projektgruppe Gemeinschaftsdiagnose – Gemeinschaftsdiagnose Herbst 2013.

Statistisches Landesamt Rheinland-Pfalz

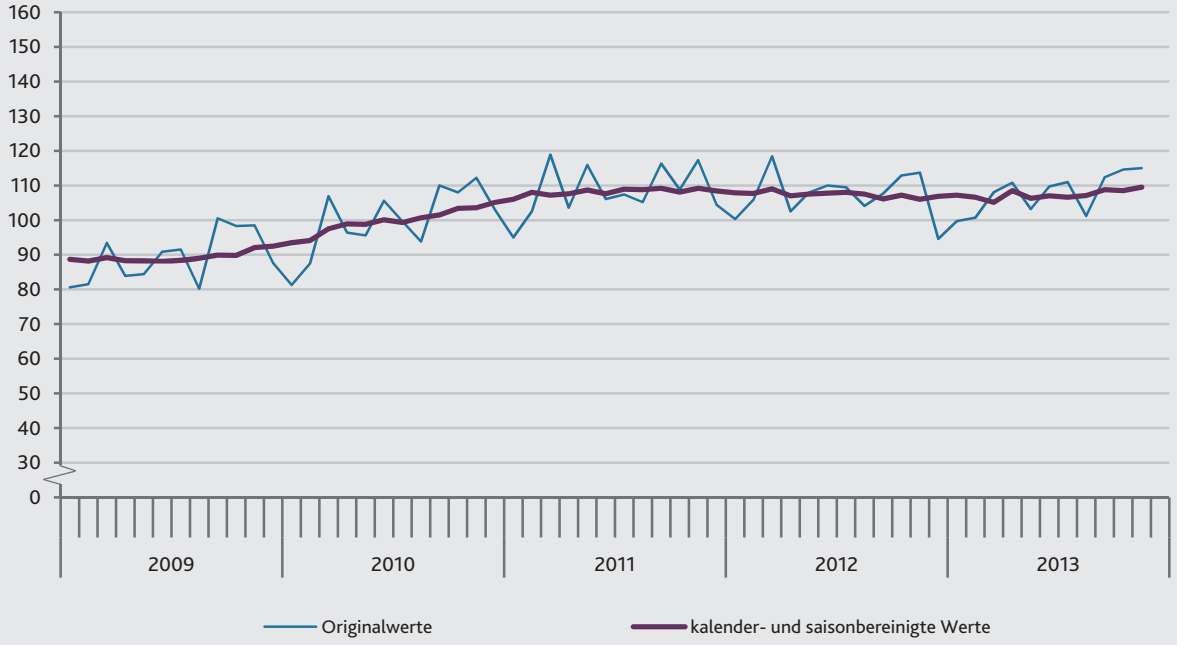
Umsatz nach ausgewählten Wirtschaftsbereichen[1] in Rheinland-Pfalz und in Deutschland
3-Monats-Durchschnitte[2,3] – Veränderung gegenüber dem Vorjahr in %



1 Anteil der Wirtschaftsbereiche an der Bruttowertschöpfung in Rheinland-Pfalz 2012. – 2 Ausbaugewerbe: Quartale. – 3 Der Durchschnittswert wird in der Mitte des jeweiligen 3-Monats-Zeitraumes dargestellt.

Statistisches Landesamt Rheinland-Pfalz

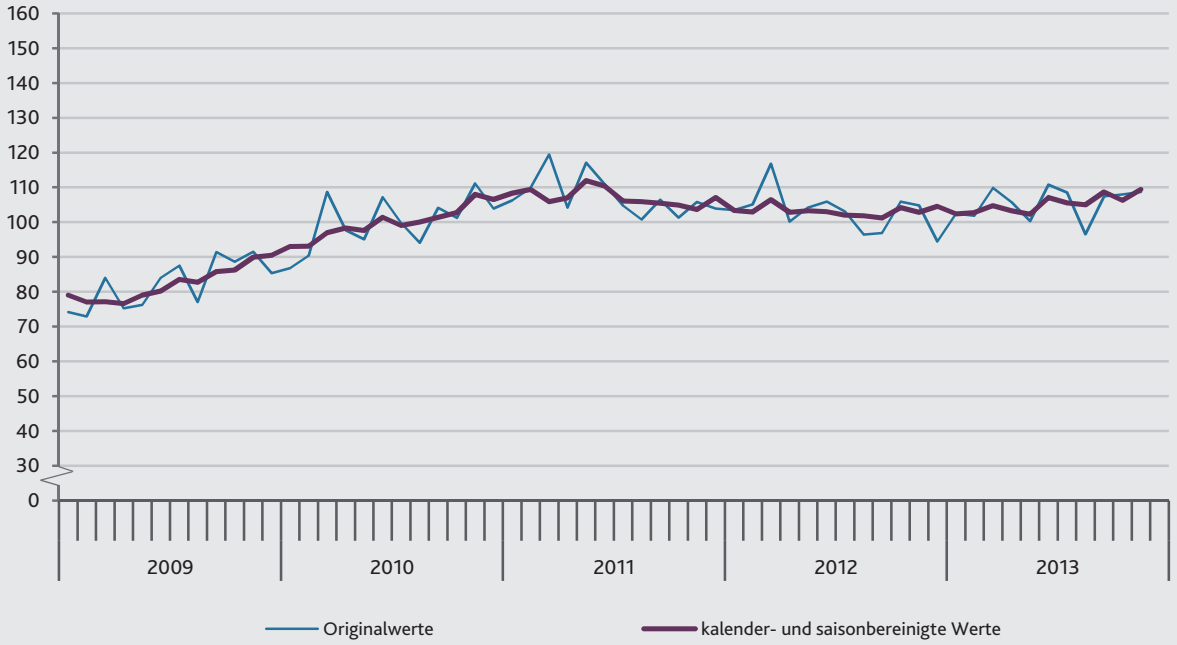
Produktionsindex (preisbereinigt)[1] im verarbeitenden Gewerbe in Deutschland
Insgesamt
Monatswerte (Originalwerte), kalender- und saisonbereinigte Werte



1 Messzahl: 2010=100

Statistisches Landesamt Rheinland-Pfalz

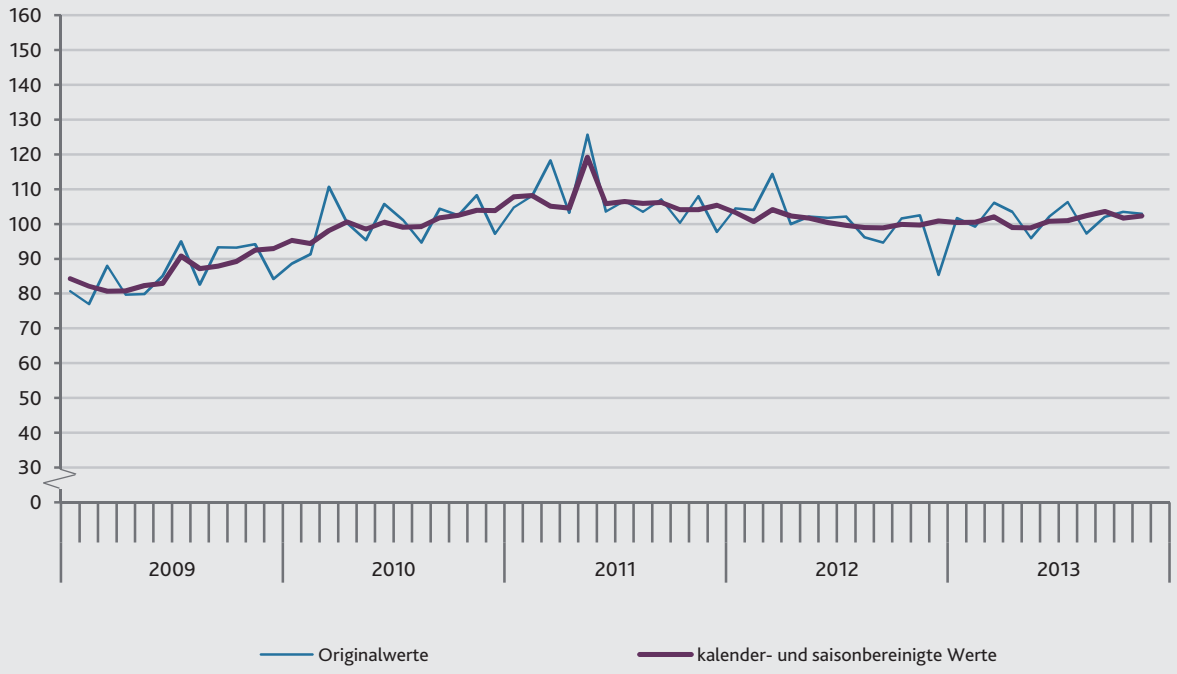
Auftragseingang (Volumenindex)[1] im verarbeitenden Gewerbe in Deutschland
Insgesamt
Monatswerte (Originalwerte), kalender- und saisonbereinigte Werte



1 Messzahl: 2010=100

Statistisches Landesamt Rheinland-Pfalz

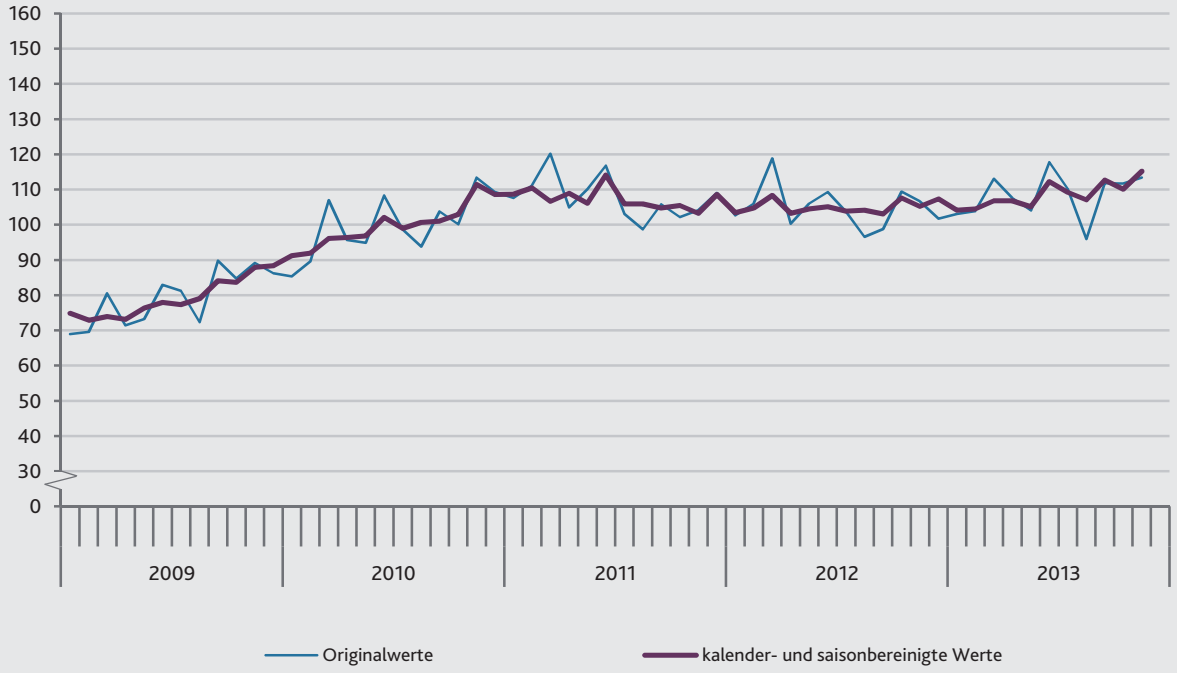
Auftragseingang (Volumenindex)[1] im verarbeitenden Gewerbe in Deutschland
Inland
Monatswerte (Originalwerte), kalender- und saisonbereinigte Werte



1 Messzahl: 2010=100

Statistisches Landesamt Rheinland-Pfalz

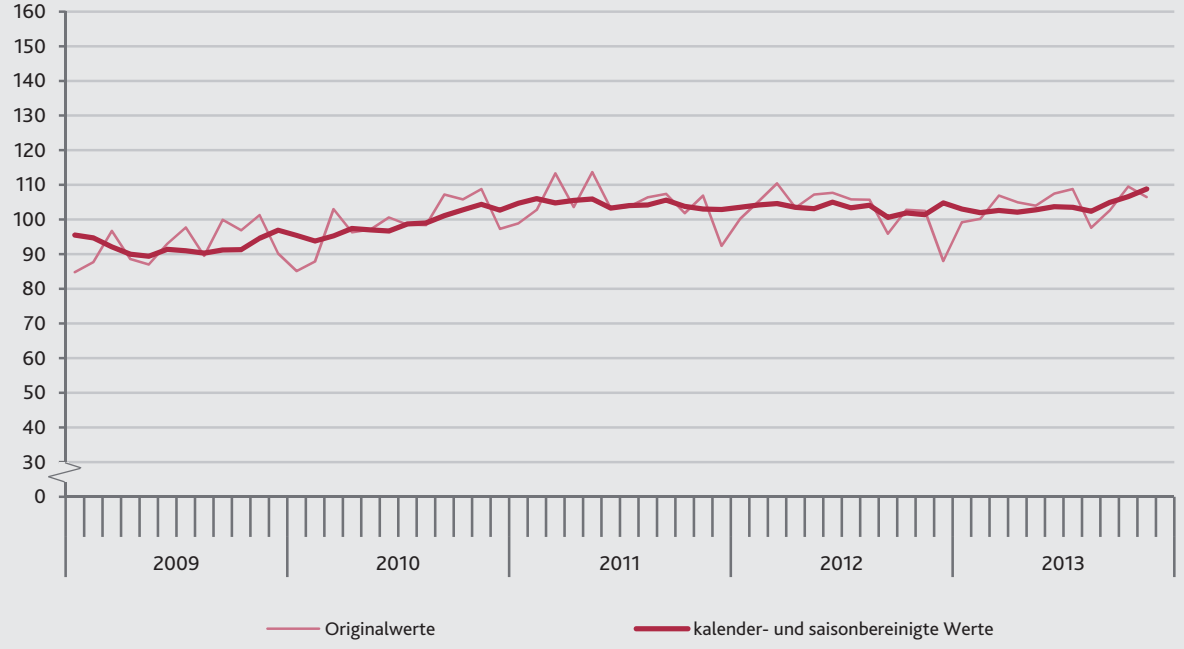
Auftragseingang (Volumenindex)[1] im verarbeitenden Gewerbe in Deutschland
Ausland
Monatswerte (Originalwerte), kalender- und saisonbereinigte Werte



1 Messzahl: 2010=100

Statistisches Landesamt Rheinland-Pfalz

Produktionsindex (preisbereinigt)[1] im verarbeitenden Gewerbe in Rheinland-Pfalz
Insgesamt
Monatswerte (Originalwerte), kalender- und saisonbereinigte Werte



1 Messzahl: 2010=100

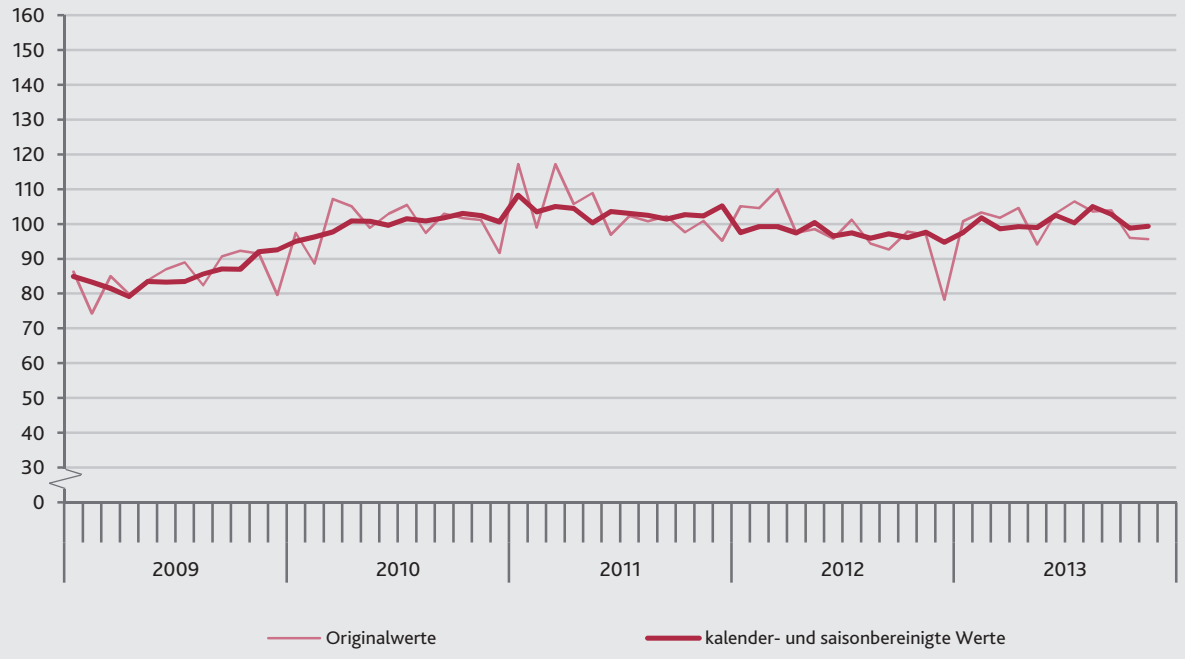
Statistisches Landesamt Rheinland-Pfalz

Auftragseingang (Volumenindex)[1] im verarbeitenden Gewerbe in Rheinland-Pfalz
Insgesamt
Monatswerte (Originalwerte), kalender- und saisonbereinigte Werte

1 Messzahl: 2010=100

Statistisches Landesamt Rheinland-Pfalz

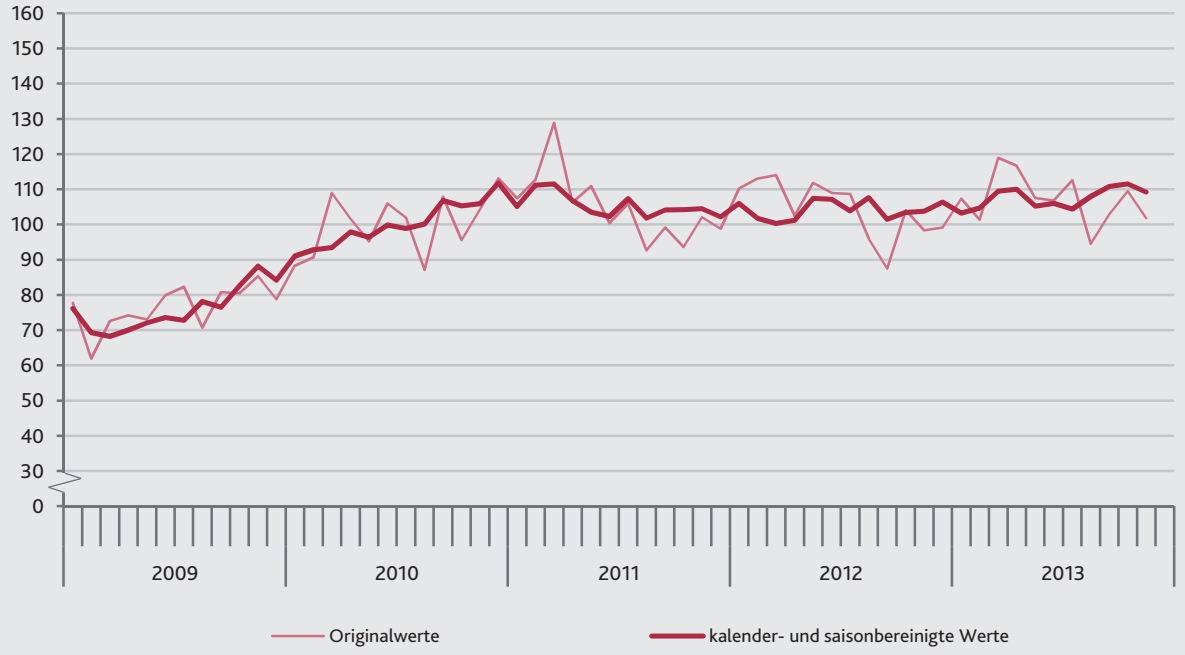
Auftragseingang (Volumenindex)[1] im verarbeitenden Gewerbe in Rheinland-Pfalz
Inland
Monatswerte (Originalwerte), kalender- und saisonbereinigte Werte



1 Messzahl: 2010=100

Statistisches Landesamt Rheinland-Pfalz

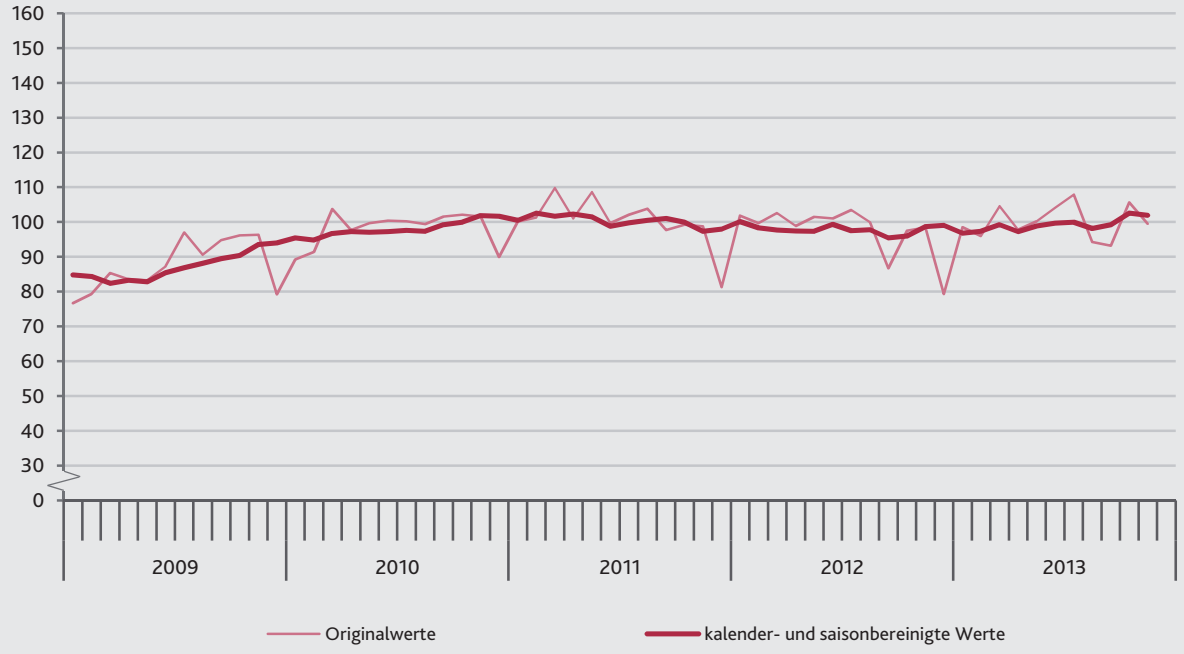
Auftragseingang (Volumenindex)[1] im verarbeitenden Gewerbe in Rheinland-Pfalz
Ausland
Monatswerte (Originalwerte), kalender- und saisonbereinigte Werte



1 Messzahl: 2010=100

Statistisches Landesamt Rheinland-Pfalz

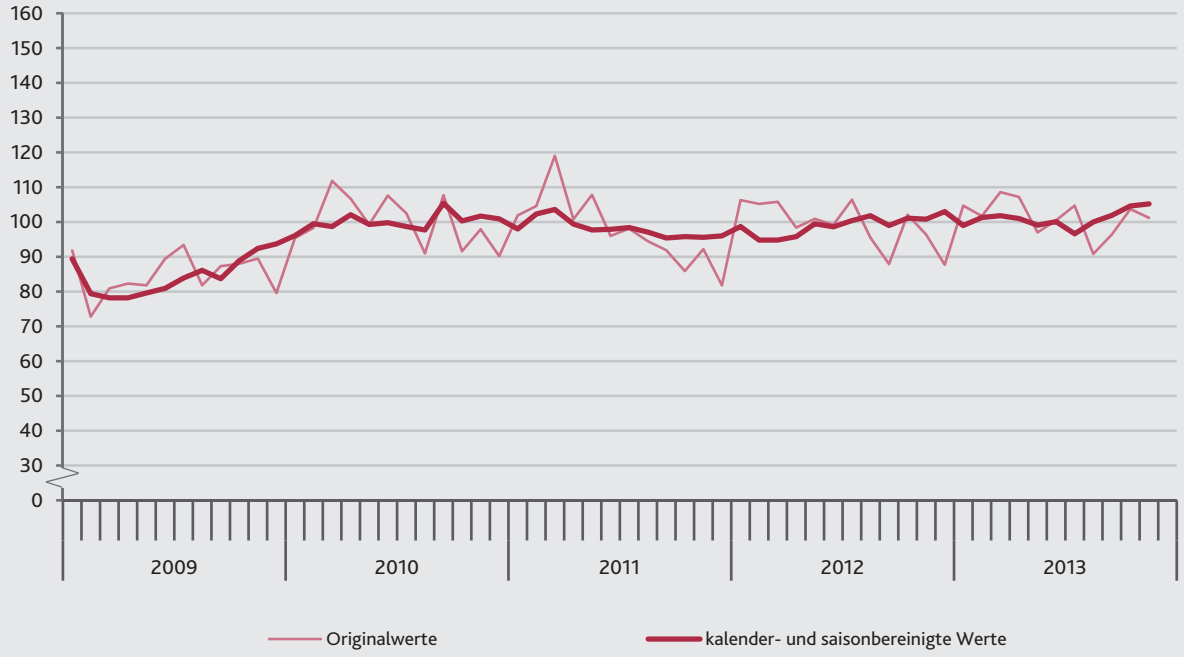
Produktionsindex (preisbereinigt)[1] im verarbeitenden Gewerbe in Rheinland-Pfalz
Vorleistungsgüterindustrie
Monatswerte (Originalwerte), kalender- und saisonbereinigte Werte



1 Messzahl: 2010=100

Statistisches Landesamt Rheinland-Pfalz

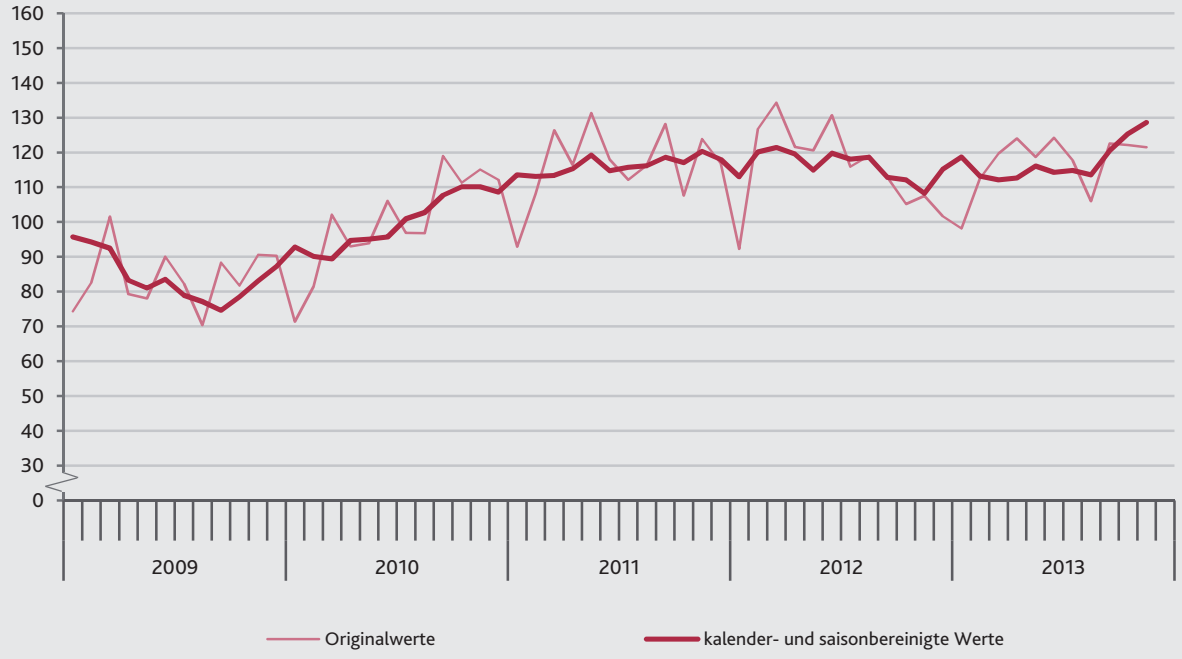
Auftragseingang (Volumenindex)[1] im verarbeitenden Gewerbe in Rheinland-Pfalz
Vorleistungsgüterindustrie
Monatswerte (Originalwerte), kalender- und saisonbereinigte Werte



1 Messzahl: 2010=100

Statistisches Landesamt Rheinland-Pfalz

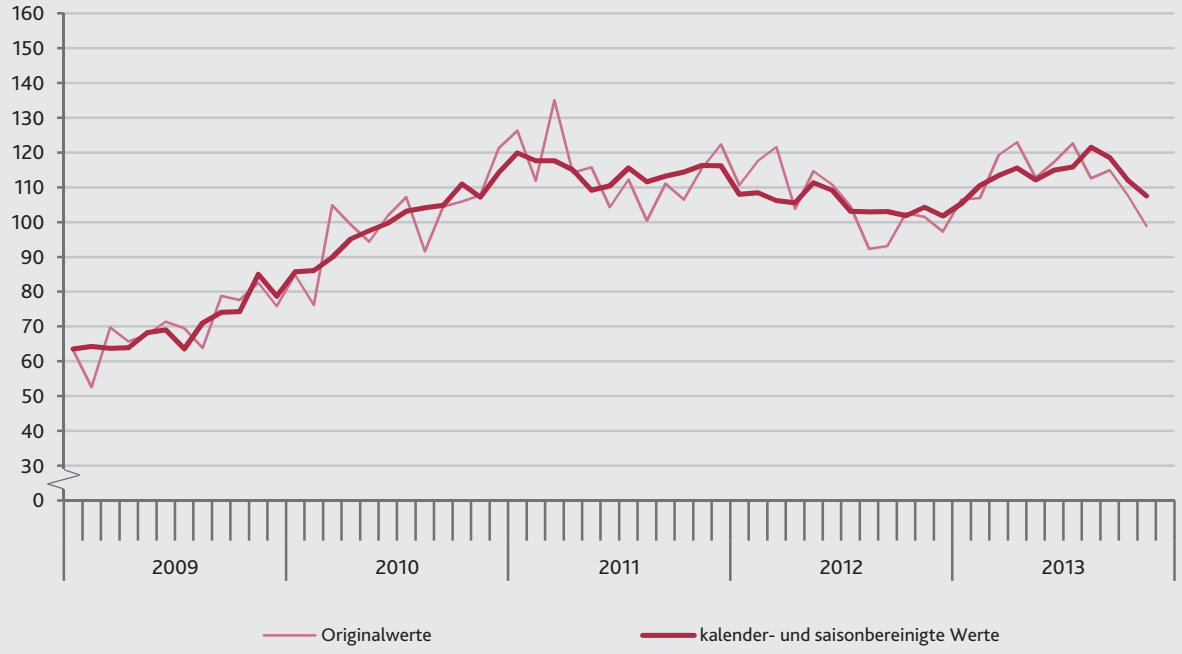
Produktionsindex (preisbereinigt)[1] im verarbeitenden Gewerbe in Rheinland-Pfalz
Investitionsgüterindustrie
Monatswerte (Originalwerte), kalender- und saisonbereinigte Werte



1 Messzahl: 2010=100

Statistisches Landesamt Rheinland-Pfalz

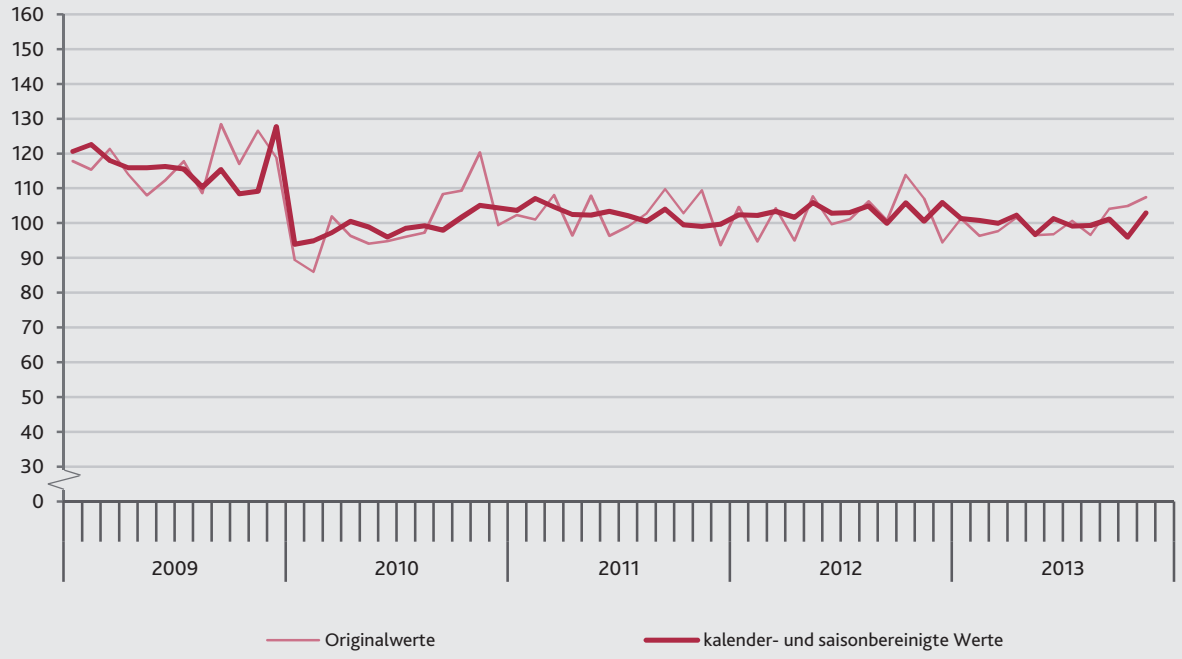
Auftragseingang (Volumenindex)[1] im verarbeitenden Gewerbe in Rheinland-Pfalz
Investitionsgüterindustrie
Monatswerte (Originalwerte), kalender- und saisonbereinigte Werte



1 Messzahl: 2010=100

Statistisches Landesamt Rheinland-Pfalz

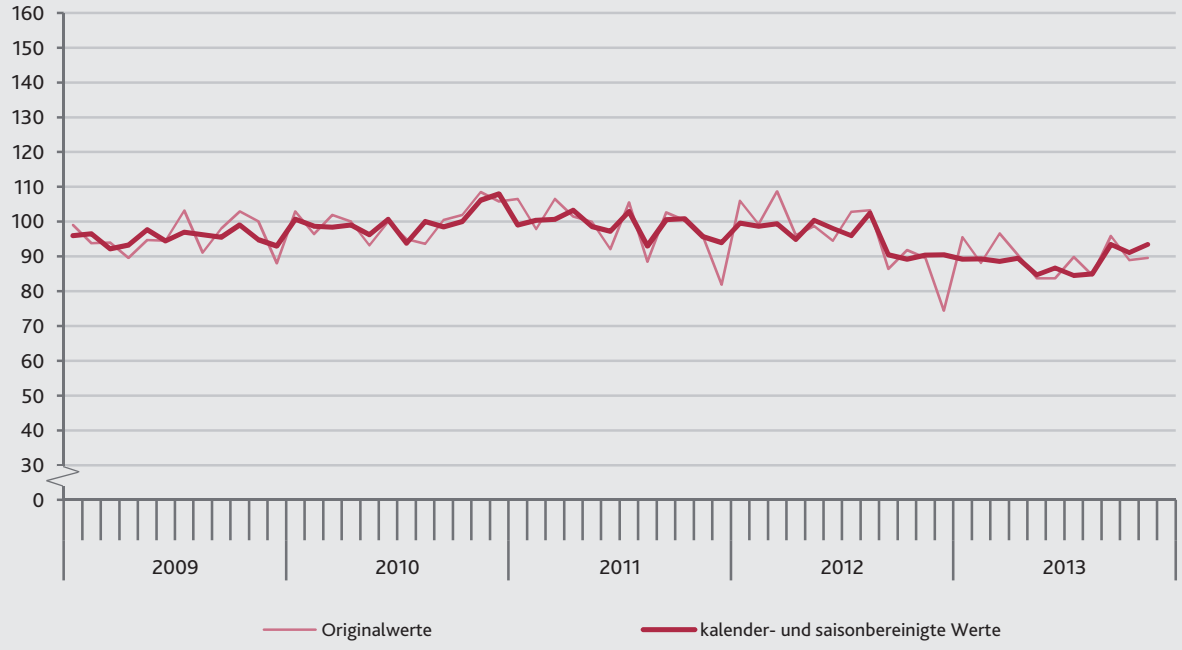
Produktionsindex (preisbereinigt)[1] im verarbeitenden Gewerbe in Rheinland-Pfalz
Konsumgüterindustrie
Monatswerte (Originalwerte), kalender- und saisonbereinigte Werte



1 Messzahl: 2010=100

Statistisches Landesamt Rheinland-Pfalz

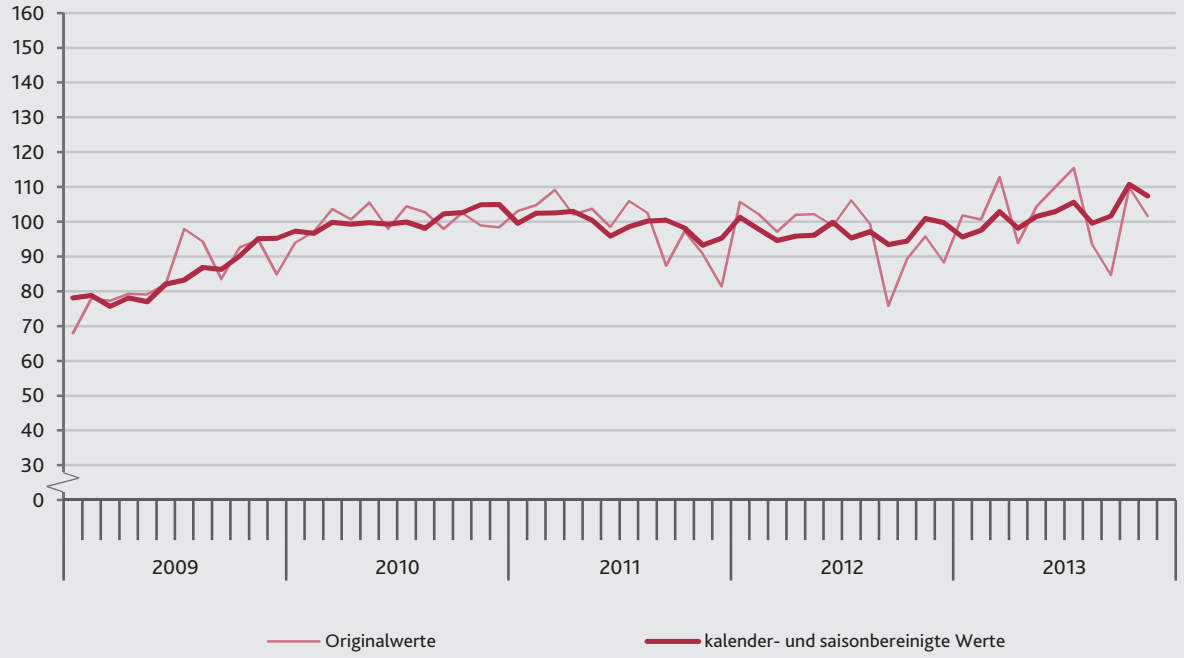
Auftragseingang (Volumenindex)[1] im verarbeitenden Gewerbe in Rheinland-Pfalz
Konsumgüterindustrie
Monatswerte (Originalwerte), kalender- und saisonbereinigte Werte



1 Messzahl: 2010=100

Statistisches Landesamt Rheinland-Pfalz

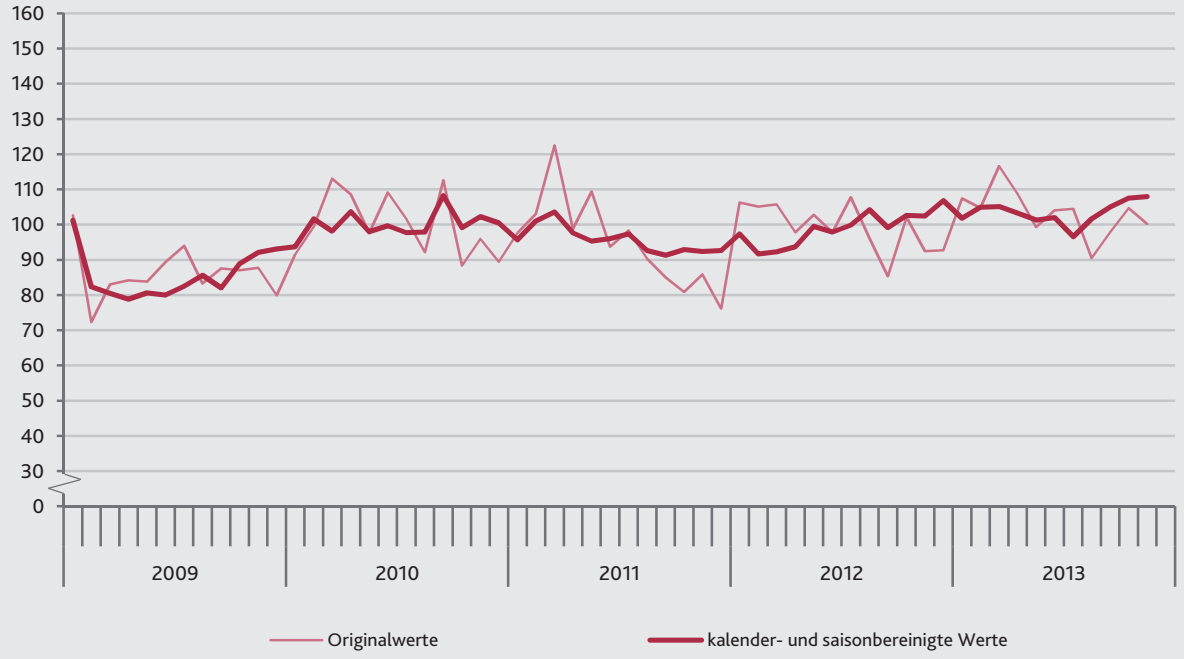
Produktionsindex (preisbereinigt)[1] im verarbeitenden Gewerbe in Rheinland-Pfalz
Herstellung von chemischen Erzeugnissen
Anteil am Gesamtumsatz 2012: 33%
Monatswerte (Originalwerte), kalender- und saisonbereinigte Werte



1 Messzahl: 2010=100

Statistisches Landesamt Rheinland-Pfalz

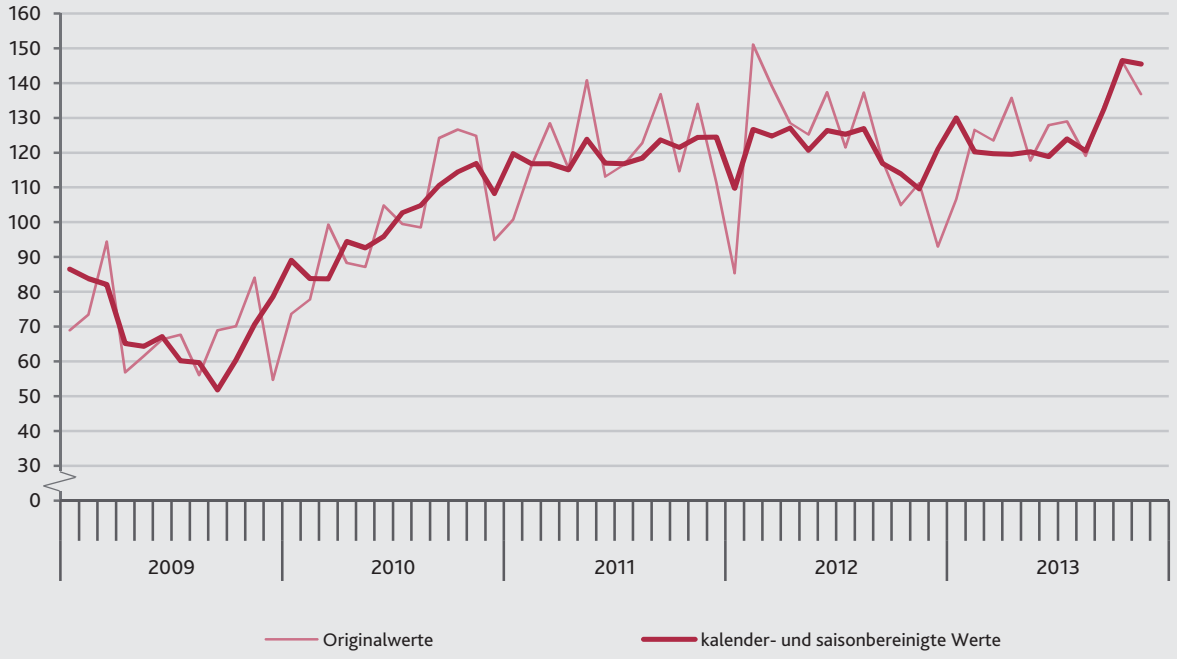
Auftragseingang (Volumenindex)[1] im verarbeitenden Gewerbe in Rheinland-Pfalz
Herstellung von chemischen Erzeugnissen
Anteil am Gesamtumsatz 2012: 33%
Monatswerte (Originalwerte), kalender- und saisonbereinigte Werte



1 Messzahl: 2010=100

Statistisches Landesamt Rheinland-Pfalz

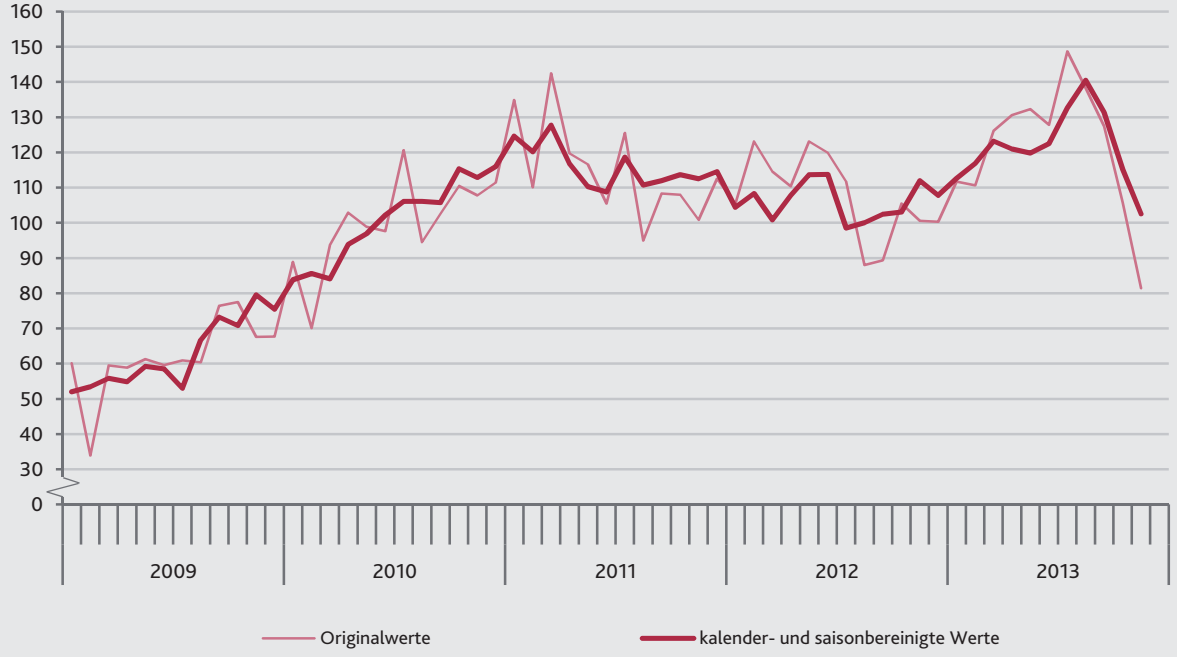
Produktionsindex (preisbereinigt)[1] im verarbeitenden Gewerbe in Rheinland-Pfalz
Herstellung von Kraftwagen und Kraftwagenteilen
Anteil am Gesamtumsatz 2012: 13%
Monatswerte (Originalwerte), kalender- und saisonbereinigte Werte



1 Messzahl: 2010=100

Statistisches Landesamt Rheinland-Pfalz

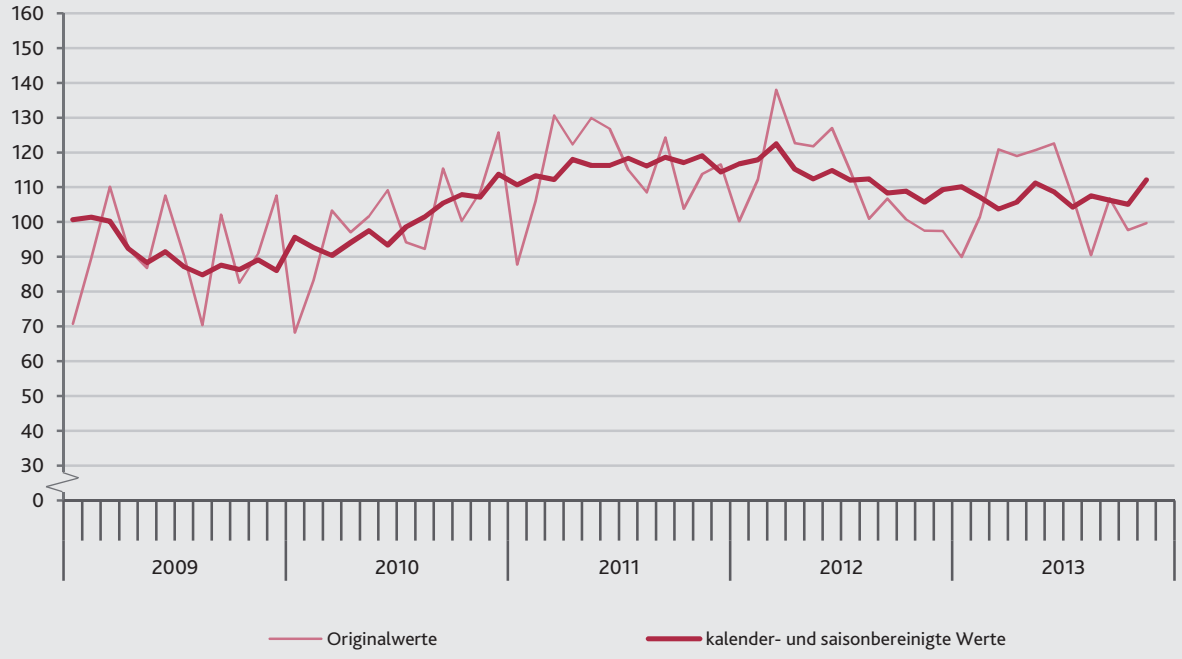
Auftragseingang (Volumenindex)[1] im verarbeitenden Gewerbe in Rheinland-Pfalz
Herstellung von Kraftwagen und Kraftwagenteilen
Anteil am Gesamtumsatz 2012: 13%
Monatswerte (Originalwerte), kalender- und saisonbereinigte Werte



1 Messzahl: 2010=100

Statistisches Landesamt Rheinland-Pfalz

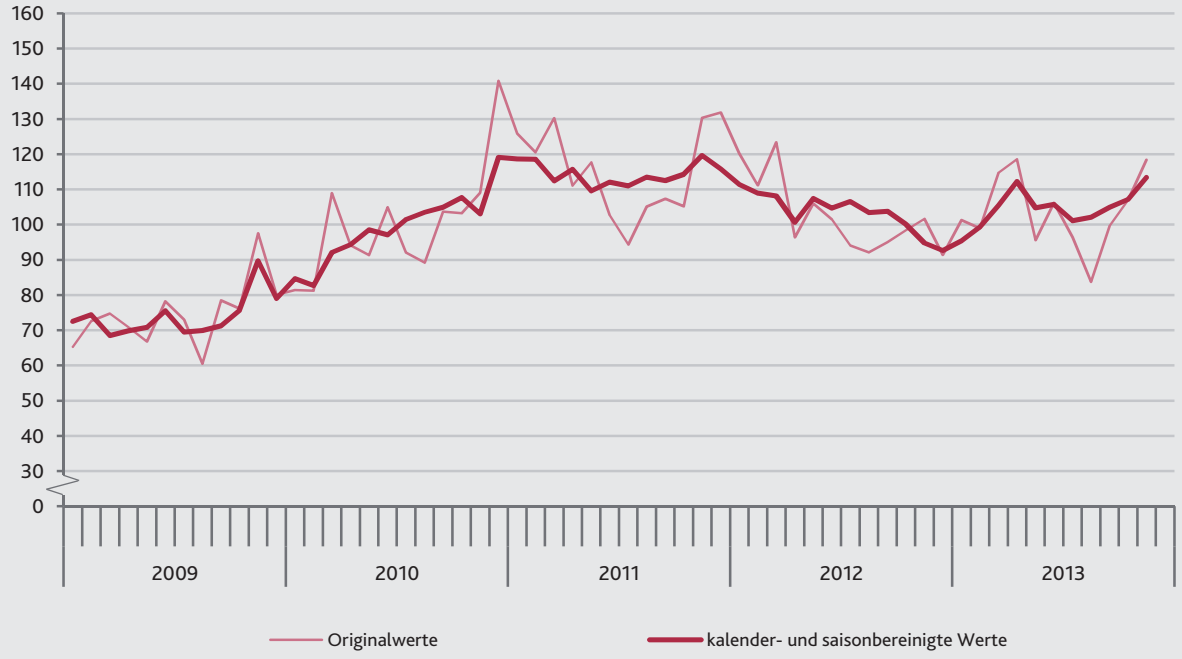
Produktionsindex (preisbereinigt)[1] im verarbeitenden Gewerbe in Rheinland-Pfalz
Maschinenbau
Anteil am Gesamtumsatz 2012: 9%
Monatswerte (Originalwerte), kalender- und saisonbereinigte Werte



1 Messzahl: 2010=100

Statistisches Landesamt Rheinland-Pfalz

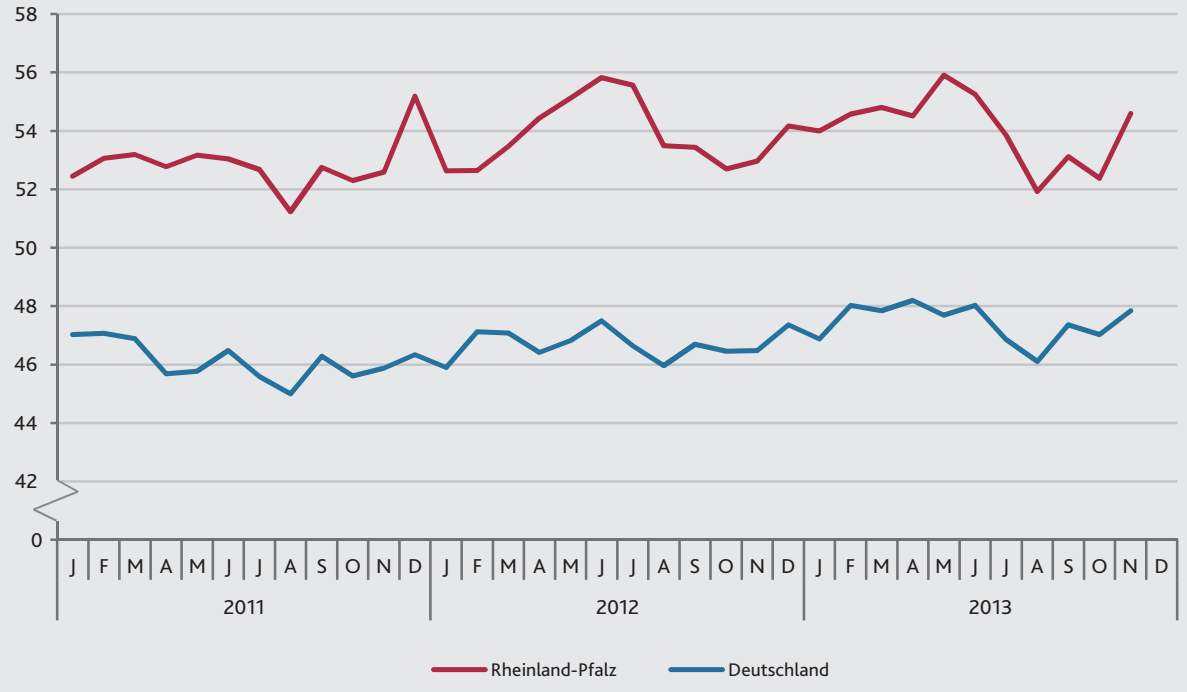
Auftragseingang (Volumenindex)[1] im verarbeitenden Gewerbe in Rheinland-Pfalz
Maschinenbau
Anteil am Gesamtumsatz 2012: 9%
Monatswerte (Originalwerte), kalender- und saisonbereinigte Werte



1 Messzahl: 2010=100

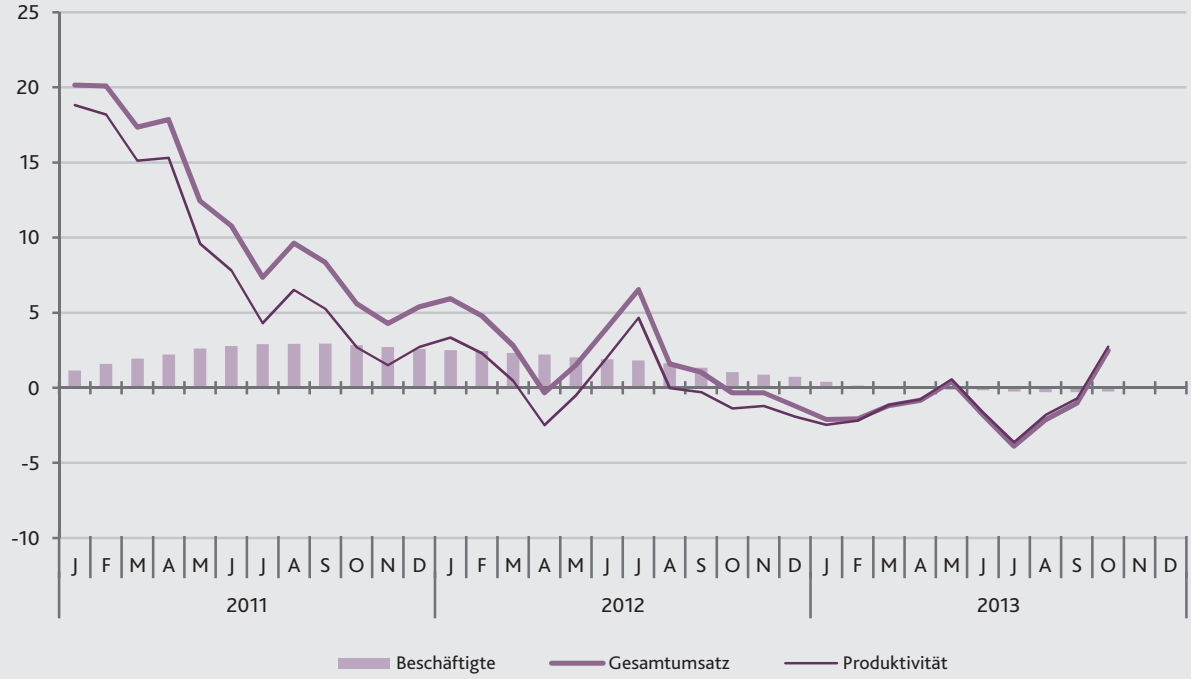
Statistisches Landesamt Rheinland-Pfalz

Exportquote im verarbeitenden Gewerbe in Rheinland-Pfalz und in Deutschland
Anteil des Auslandsumsatzes am Gesamtumsatz in %



Statistisches Landesamt Rheinland-Pfalz

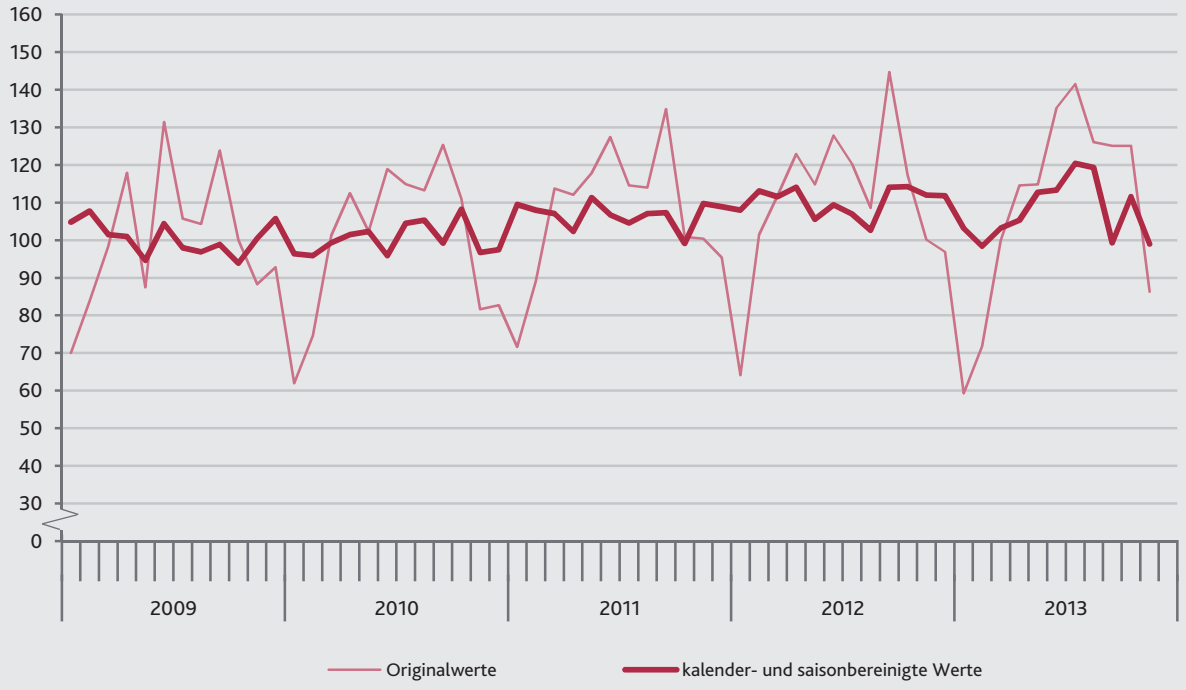
Beschäftigte, Umsatz (nominal) und Produktivität[1] im verarbeitenden Gewerbe
Gleitende 3-Monats-Durchschnitte[2] – Veränderung gegenüber dem Vorjahr in %



1 Umsatz je Beschäftigten.
2 Der Durchschnittswert wird in der Mitte des jeweiligen 3-Monats-Zeitraumes dargestellt.

Statistisches Landesamt Rheinland-Pfalz

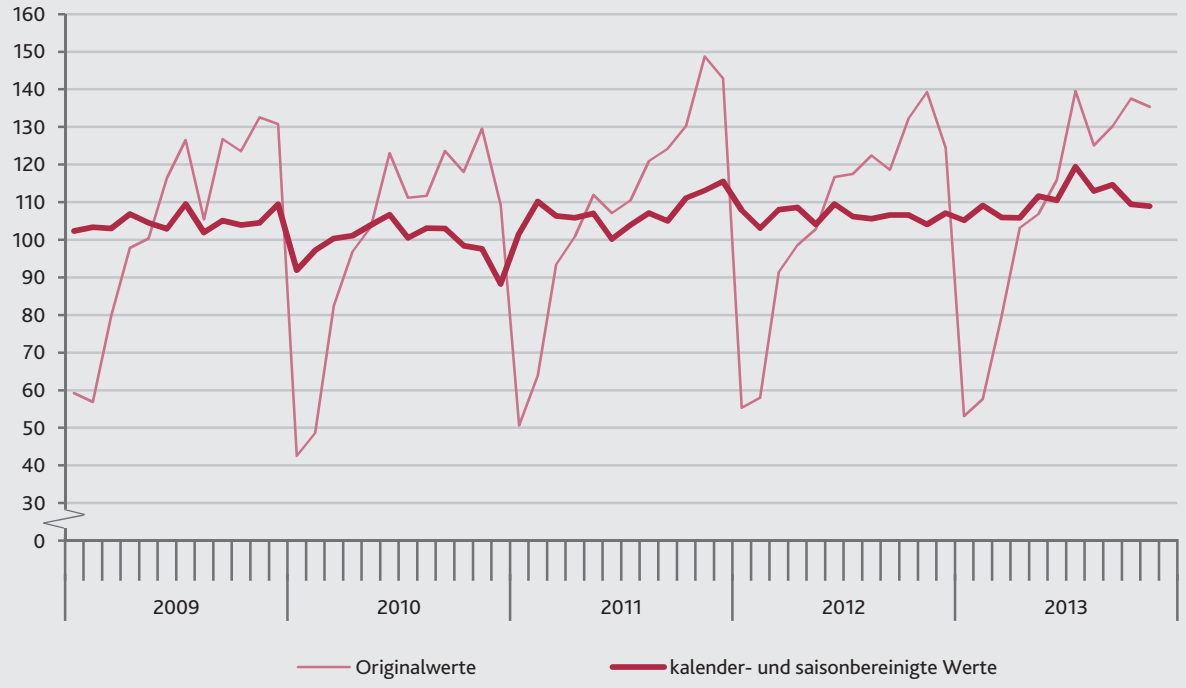
Auftragseingang (nominal)[1] im Bauhauptgewerbe in Rheinland-Pfalz
Monatswerte (Originalwerte), kalender- und saisonbereinigte Werte



1 Messzahl: 2010=100

Statistisches Landesamt Rheinland-Pfalz

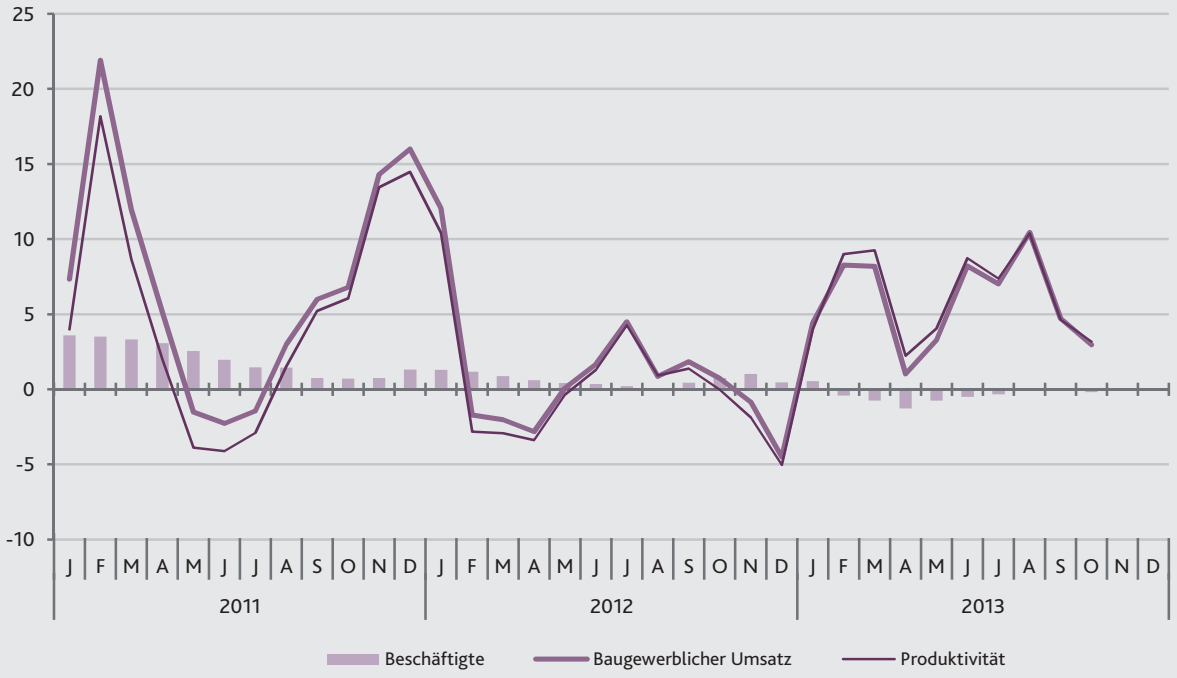
Baugewerblicher Umsatz (nominal)[1] im Bauhauptgewerbe in Rheinland-Pfalz
Monatswerte (Originalwerte), kalender- und saisonbereinigte Werte



1 Messzahl: 2010=100

Statistisches Landesamt Rheinland-Pfalz

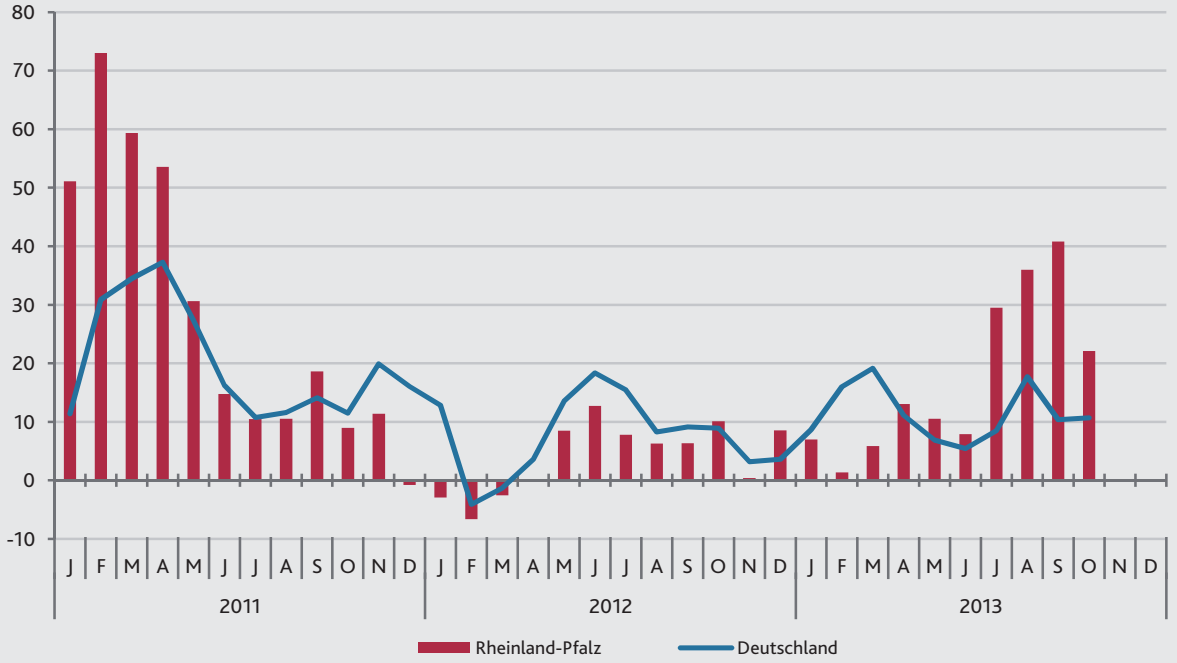
Beschäftigte, Umsatz (nominal) und Produktivität[1] im Bauhauptgewerbe
Gleitende 3-Monats-Durchschnitte[2] – Veränderung gegenüber dem Vorjahr in %



1 Baugewerblicher Umsatz je Beschäftigten. – 2 Der Durchschnittswert wird in der Mitte des jeweiligen 3-Monats-Zeitraumes dargestellt.

Statistisches Landesamt Rheinland-Pfalz

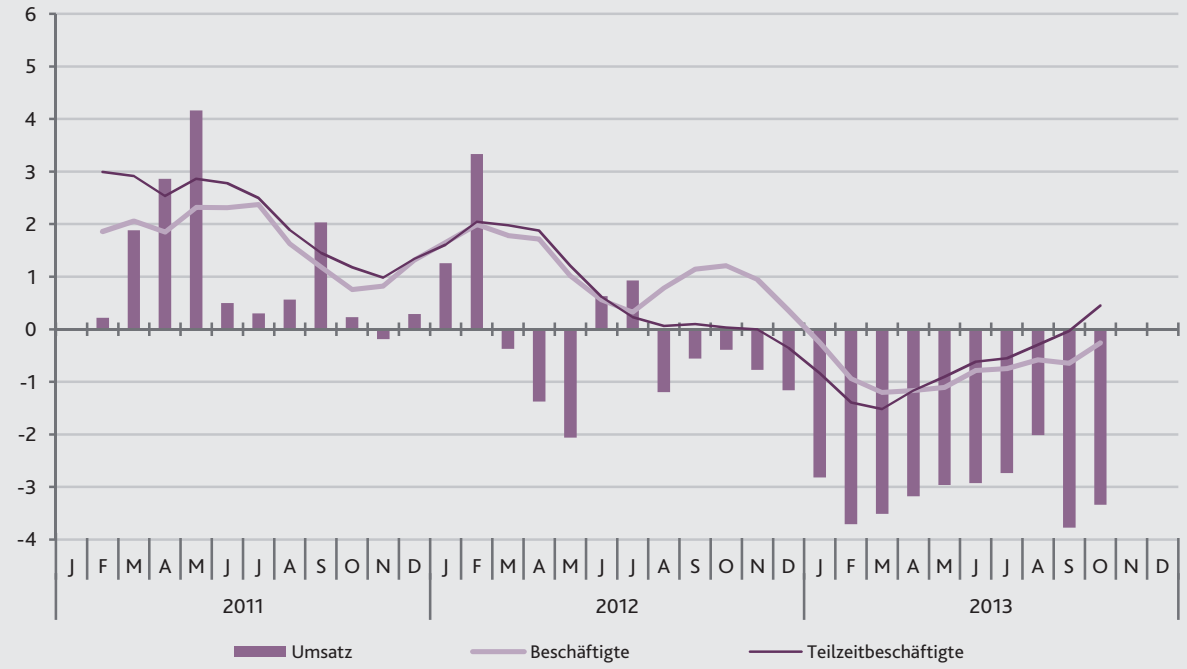
Baugenehmigungen[1] in Rheinland-Pfalz und in Deutschland
Gleitende 3-Monats-Durchschnitte[2] – Veränderung gegenüber dem Vorjahr in %



1 Baugenehmigungen für neue Wohngebäude, Anzahl der Wohnungen.
2 Der Durchschnittswert wird in der Mitte des jeweiligen 3-Monats-Zeitraumes dargestellt.

Statistisches Landesamt Rheinland-Pfalz

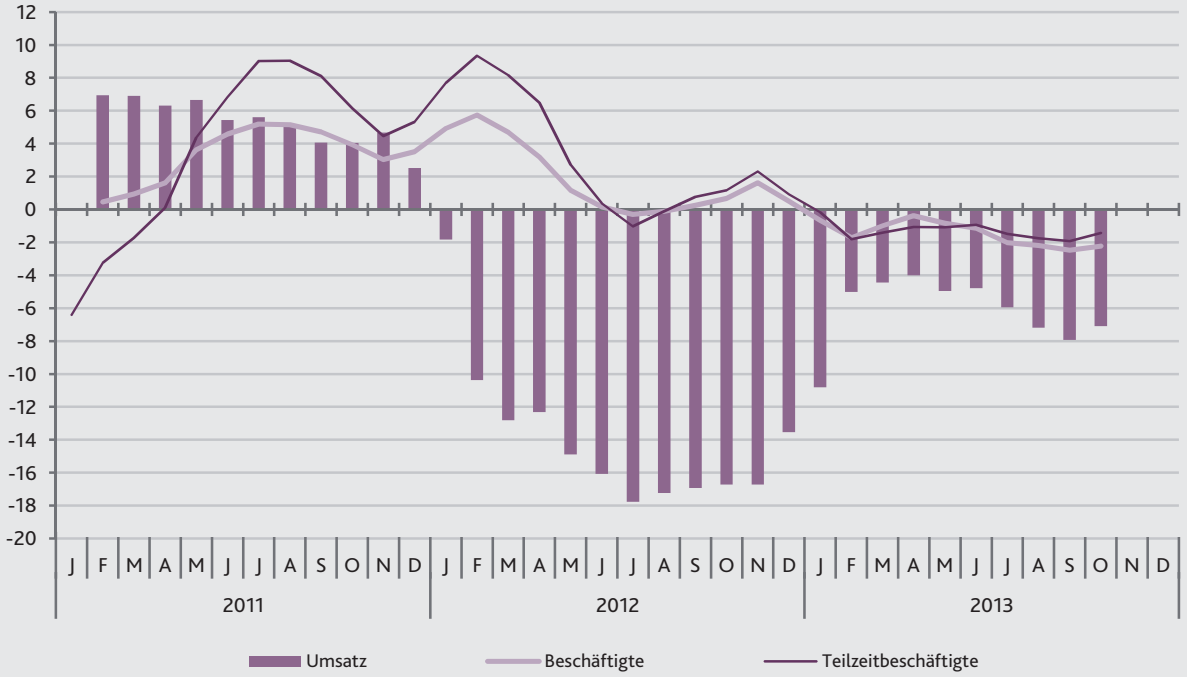
Umsatz und Beschäftigte im Einzelhandel
Gleitende 3-Monats-Durchschnitte[1 2] – Veränderung gegenüber dem Vorjahr in %



1 Der Durchschnittswert wird in der Mitte des jeweiligen 3-Monats-Zeitraumes dargestellt. 2 2010=100, Vergleichbarkeit zu Vorjahren nicht möglich.

Statistisches Landesamt Rheinland-Pfalz

Umsatz und Beschäftigte im Gastgewerbe
Gleitende 3-Monats-Durchschnitte[1] – Veränderung gegenüber dem Vorjahr in %

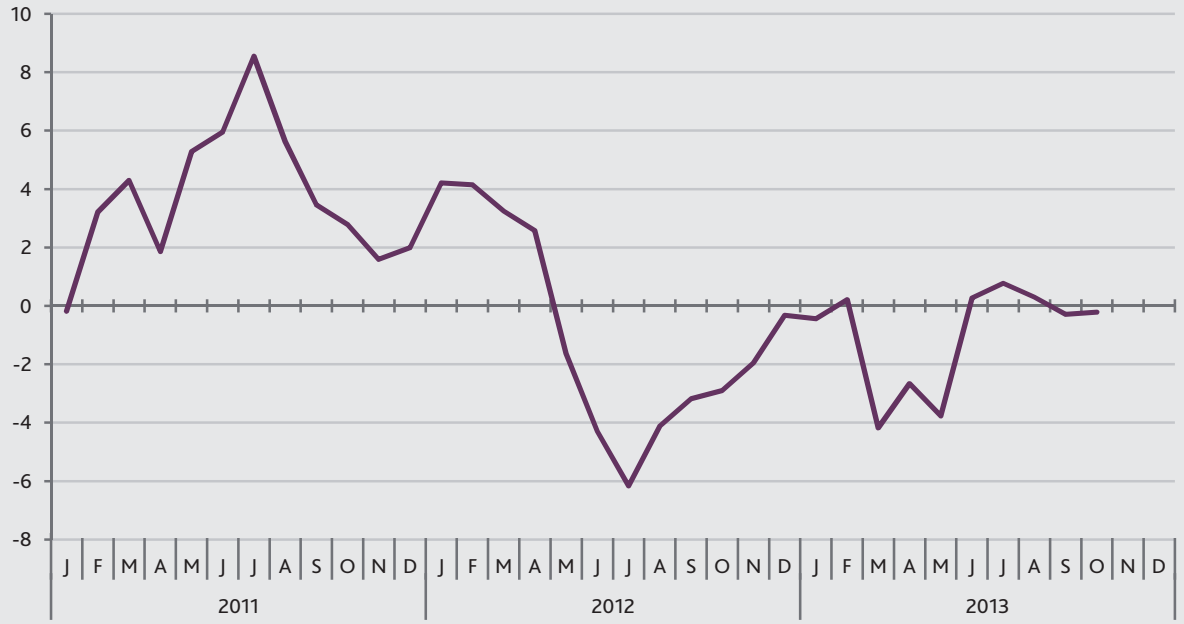


1 Der Durchschnittswert wird in der Mitte des jeweiligen 3-Monats-Zeitraumes dargestellt.

Statistisches Landesamt Rheinland-Pfalz

Gästeübernachtungen

Gleitende 3-Monats-Durchschnitte[1] – Veränderung gegenüber dem Vorjahr in %

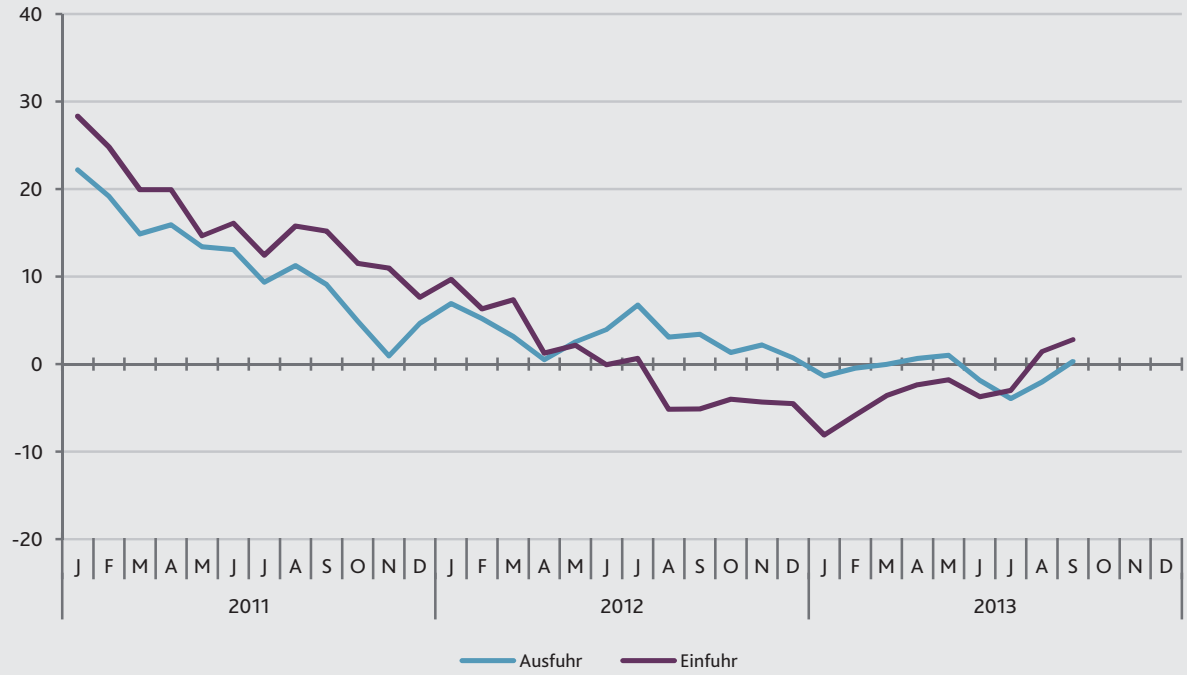


1 Der Durchschnittswert wird in der Mitte des jeweiligen 3-Monats-Zeitraumes dargestellt.

Statistisches Landesamt Rheinland-Pfalz

Außenhandel[1] in Rheinland-Pfalz

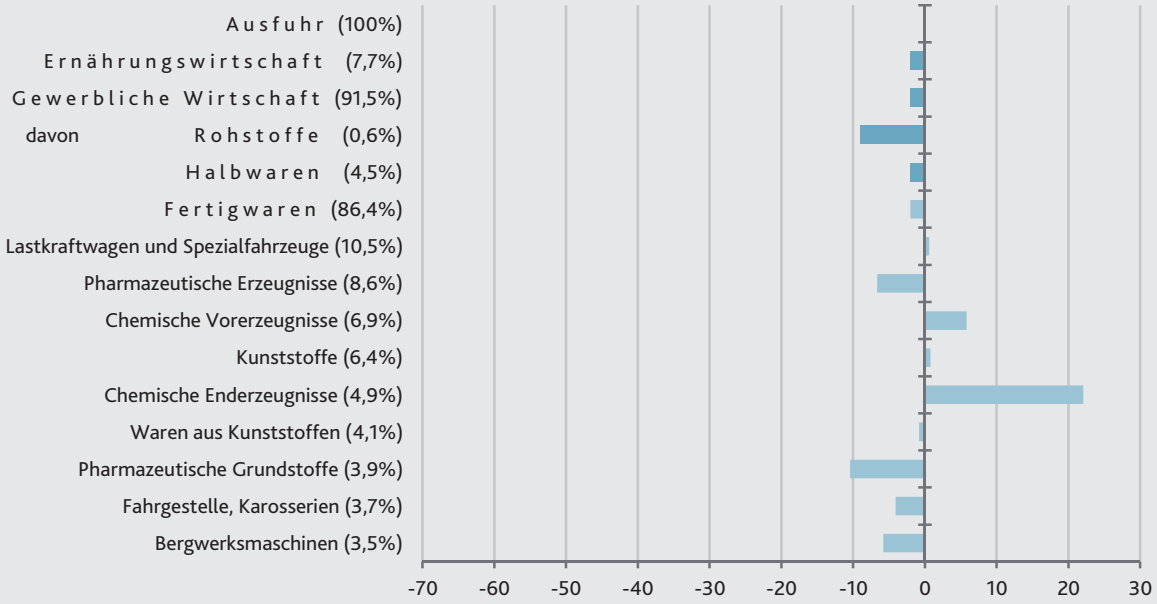
Gleitende 3-Monats-Durchschnitte[2] - Veränderung gegenüber dem Vorjahr in %



1 Grenzüberschreitender Warenverkehr der Bundesrepublik Deutschland.
2 Der Durchschnitt wird in der Mitte des jeweiligen 3-Monats-Zeitraumes dargestellt.

Statistisches Landesamt Rheinland-Pfalz

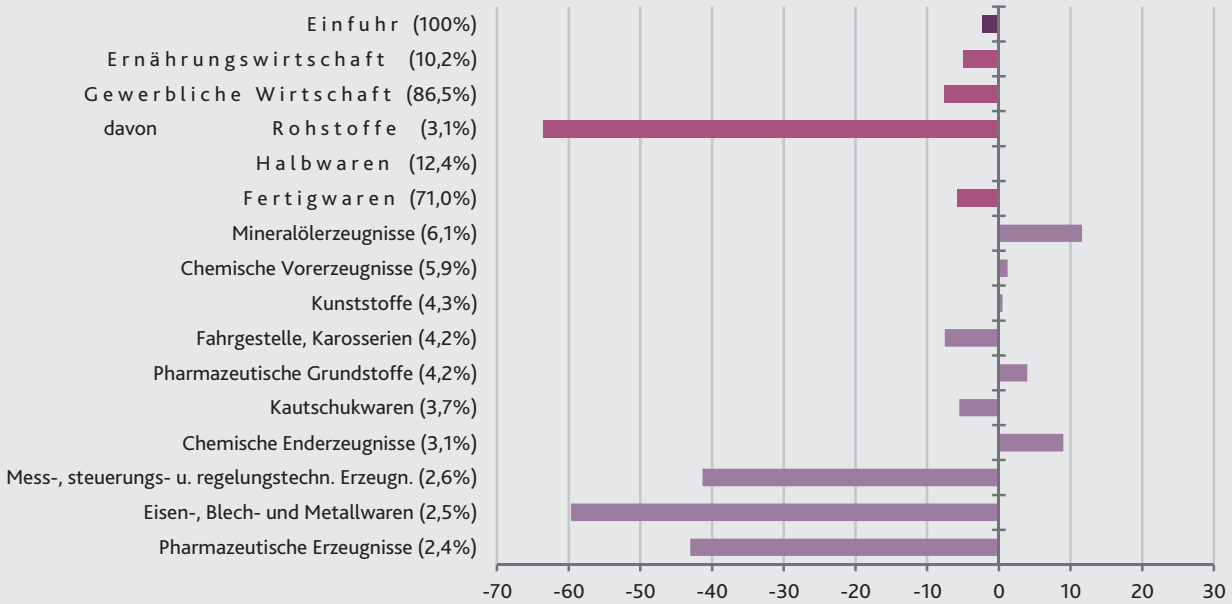
Ausfuhr aus Rheinland-Pfalz November 2012 - Oktober 2013 nach Warengruppen[1]
Veränderung gegenüber dem Vorjahr in %



1 Die Rangfolge der zehn wichtigsten Warenuntergruppen ergibt sich aus dem Anteil am gesamten Warenwert 2012.

Statistisches Landesamt Rheinland-Pfalz

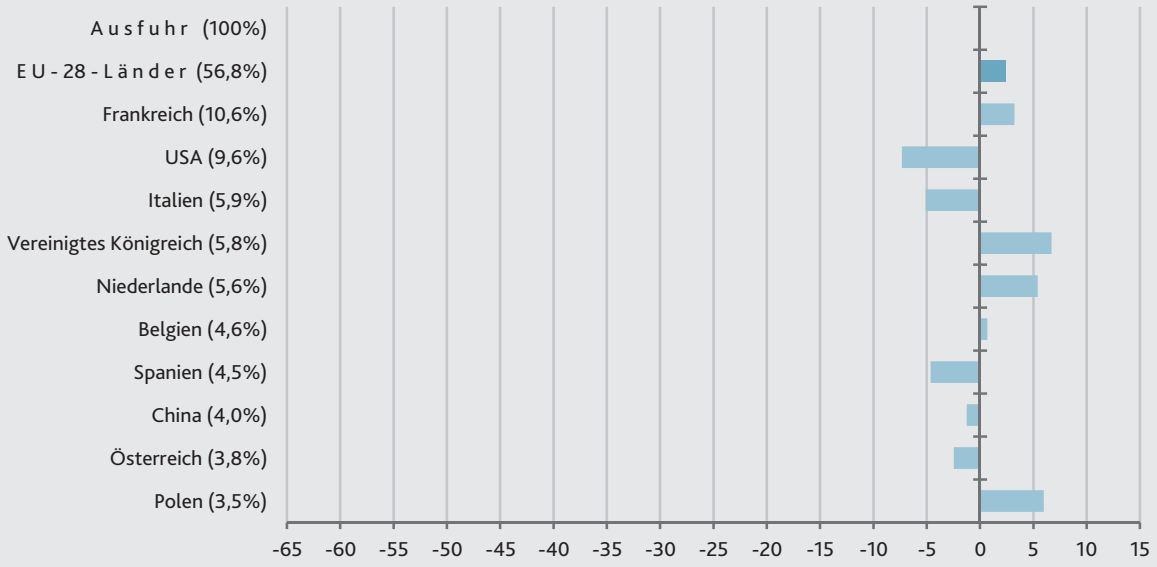
Einfuhr nach Rheinland-Pfalz November 2012 - Oktober 2013 nach Warengruppen[1]
Veränderung gegenüber dem Vorjahr in %



1 Die Rangfolge der zehn wichtigsten Warenuntergruppen ergibt sich aus dem Anteil am gesamten Warenwert 2012.

Statistisches Landesamt Rheinland-Pfalz

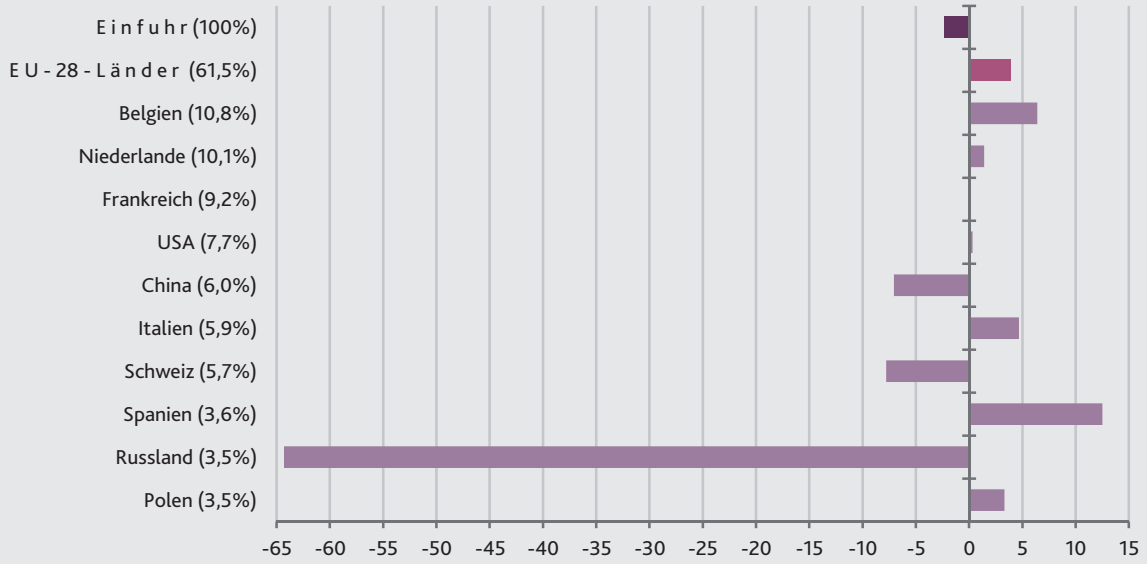
Ausfuhr aus Rheinland-Pfalz November 2012 - Oktober 2013 nach Bestimmungsländern[1]
Veränderung gegenüber dem Vorjahr in %



1 Die Rangfolge der zehn wichtigsten Länder ergibt sich aus dem Anteil am gesamten Warenwert 2012.

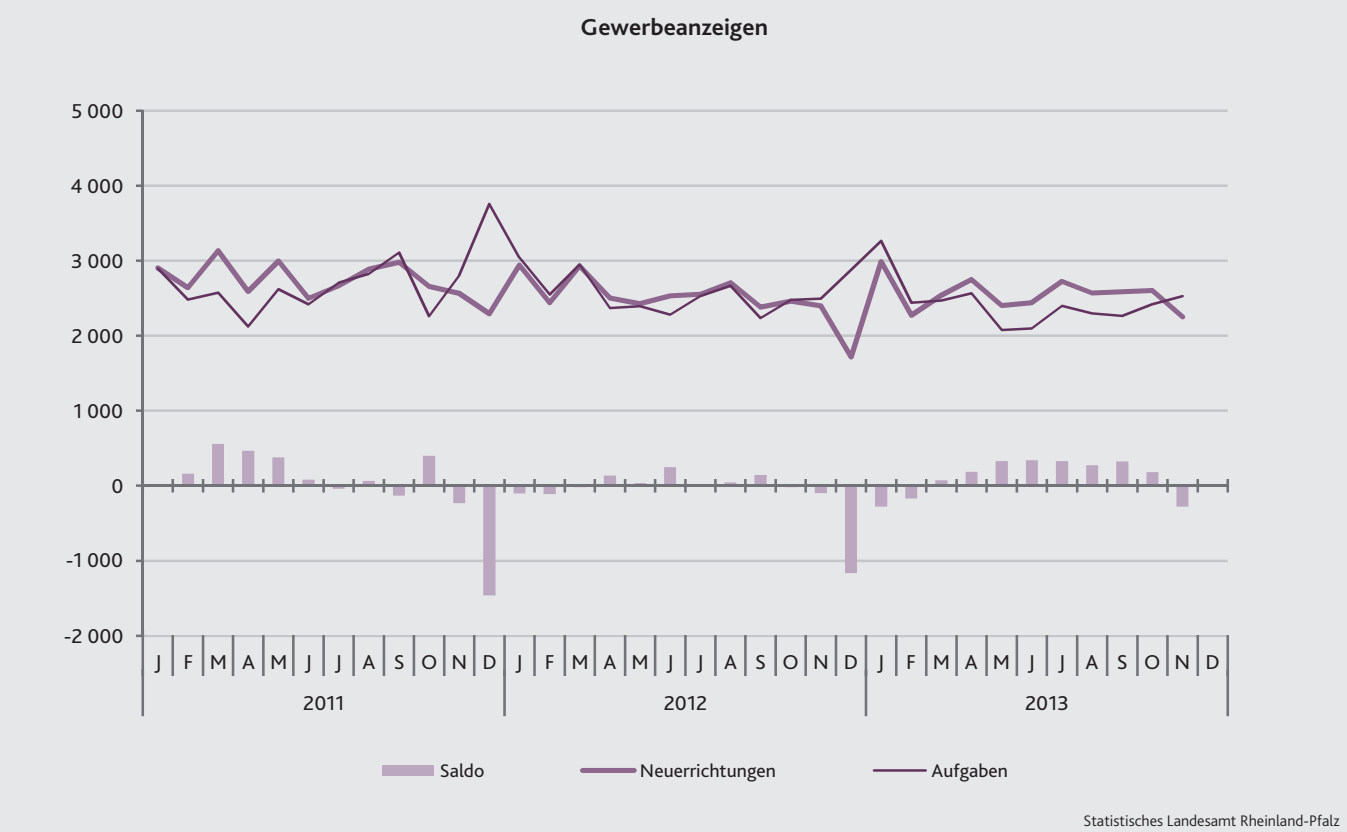
Statistisches Landesamt Rheinland-Pfalz

Einfuhr nach Rheinland-Pfalz November 2012 - Oktober 2013 nach Herkunftsländern[1]
Veränderung gegenüber dem Vorjahr in %



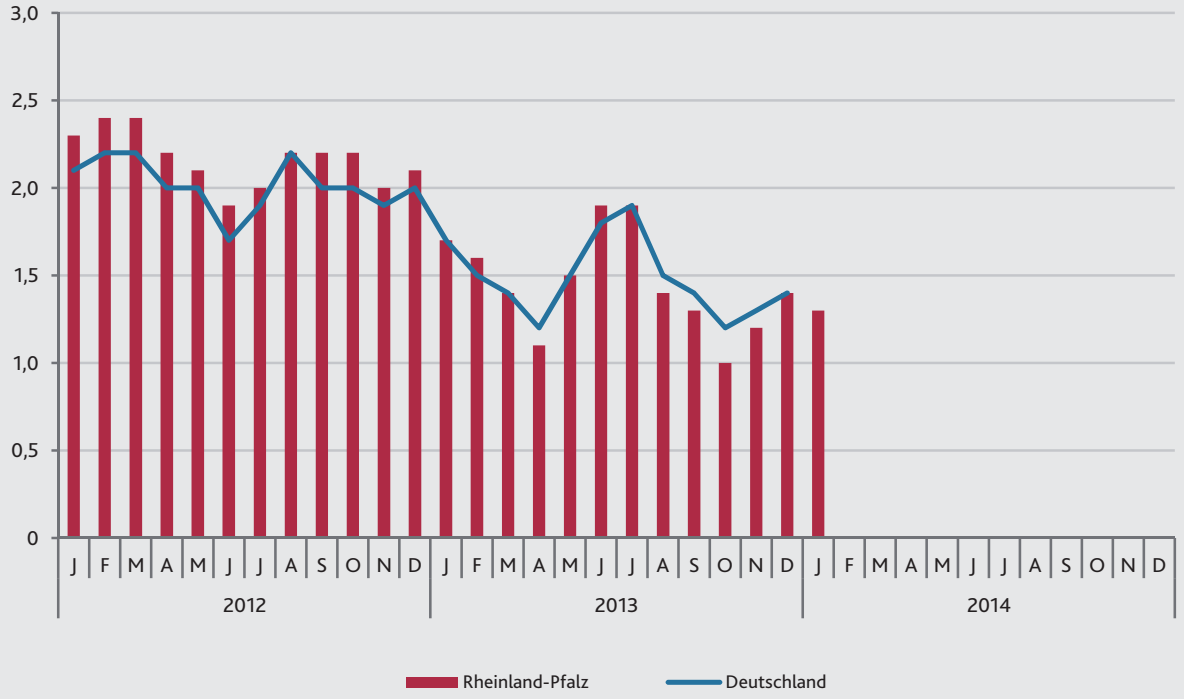
1 Die Rangfolge der zehn wichtigsten Länder ergibt sich aus dem Anteil am gesamten Warenwert 2012.

Statistisches Landesamt Rheinland-Pfalz


Gewerbeanzeigen
5 000
4 000
3 000
2 000
1 000
0
-1 000
-2 000
J F M A M J J A S O N D J F M A M J J A S O N D J F M A M J J A S O N D
2011
2012
2013
Saldo
Neuerrichtungen
Aufgaben
Statistisches Landesamt Rheinland-Pfalz

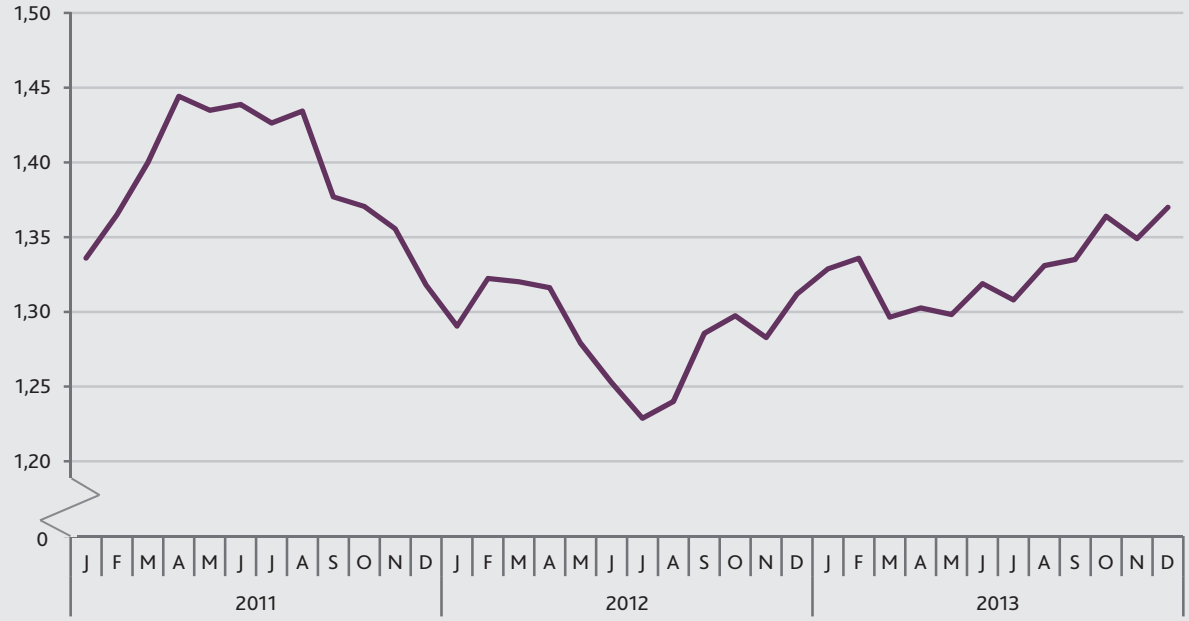
Unternehmensinsolvenzen
130
120
110
100
90
80
70
60
0
J F M A M J J A S O N D J F M A M J J A S O N D J F M A M J J A S O N D
2011
2012
2013
Statistisches Landesamt Rheinland-Pfalz

Verbraucherpreisindex in Rheinland-Pfalz und in Deutschland
Veränderung gegenüber dem Vorjahr in %



Statistisches Landesamt Rheinland-Pfalz

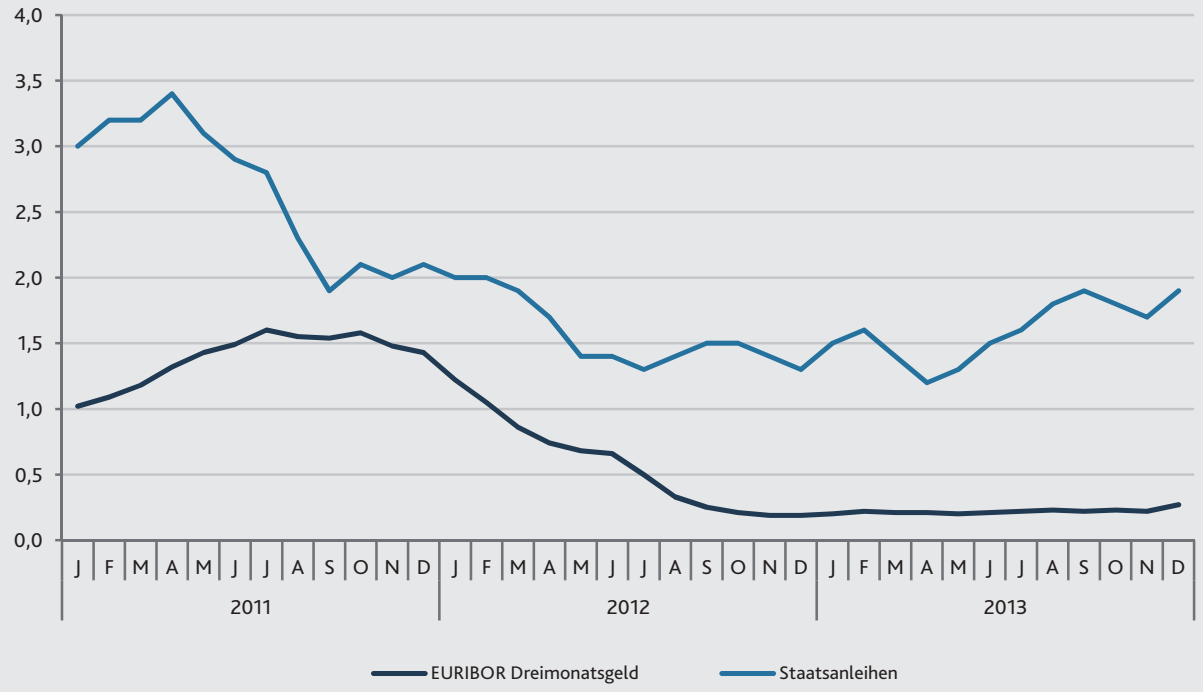
Euro-Referenzkurs der Europäischen Zentralbank (1 EUR = ... US-Dollar)
Monatsdurchschnitt in US-Dollar



Quelle: Europäische Zentralbank

Statistisches Landesamt Rheinland-Pfalz

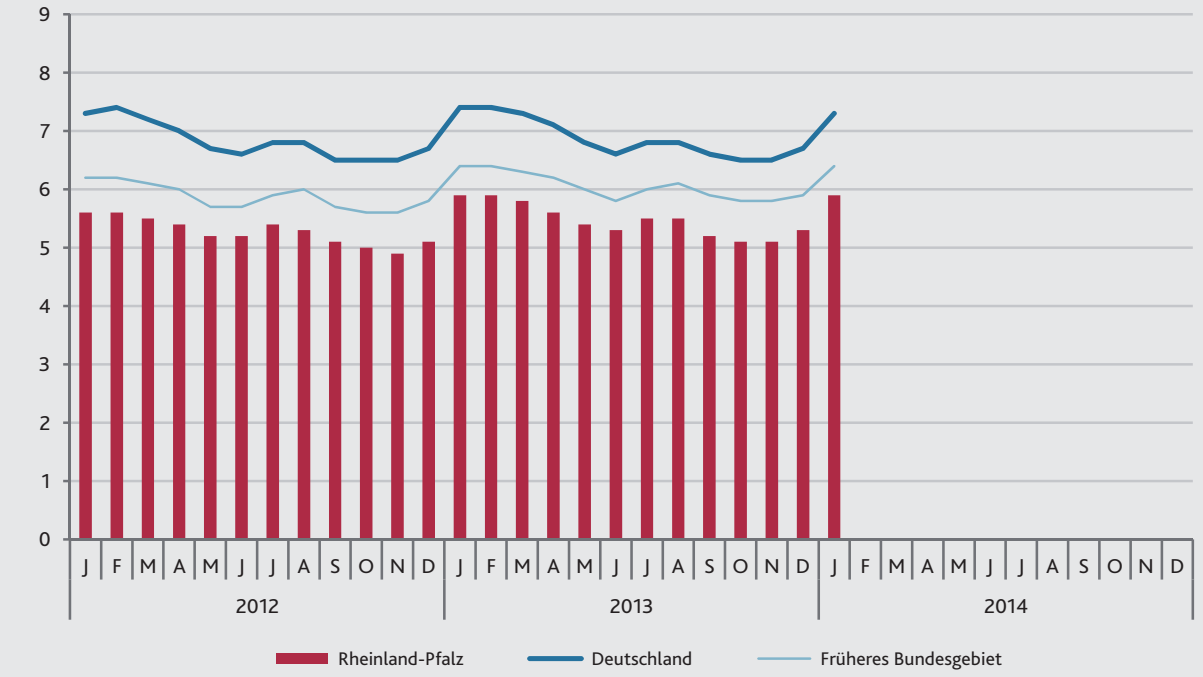
Geldmarktsätze EURIBOR und Umlaufrenditen von Staatsanleihen mit 10-jähriger Restlaufzeit
Monatsdurchschnitt in %



Quelle: Deutsche Bundesbank

Statistisches Landesamt Rheinland-Pfalz

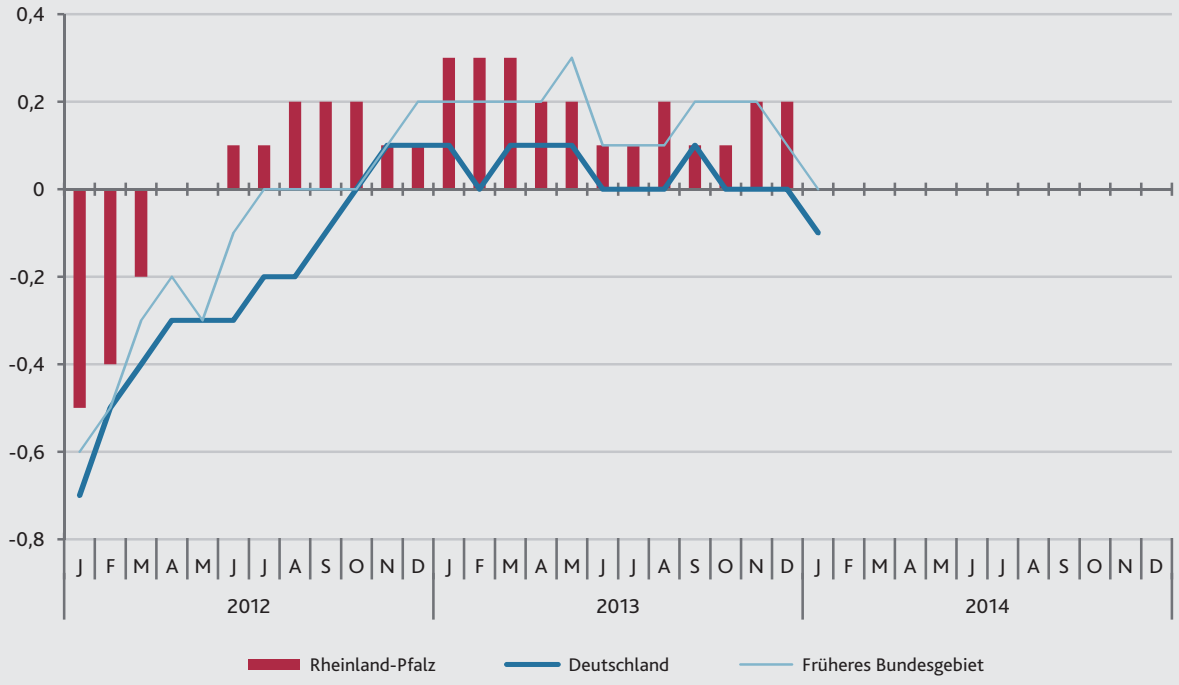
Arbeitslosenquote in Rheinland-Pfalz, Deutschland und im früheren Bundesgebiet
Arbeitslose in % aller zivilen Erwerbspersonen



Quelle: Bundesagentur für Arbeit

Statistisches Landesamt Rheinland-Pfalz

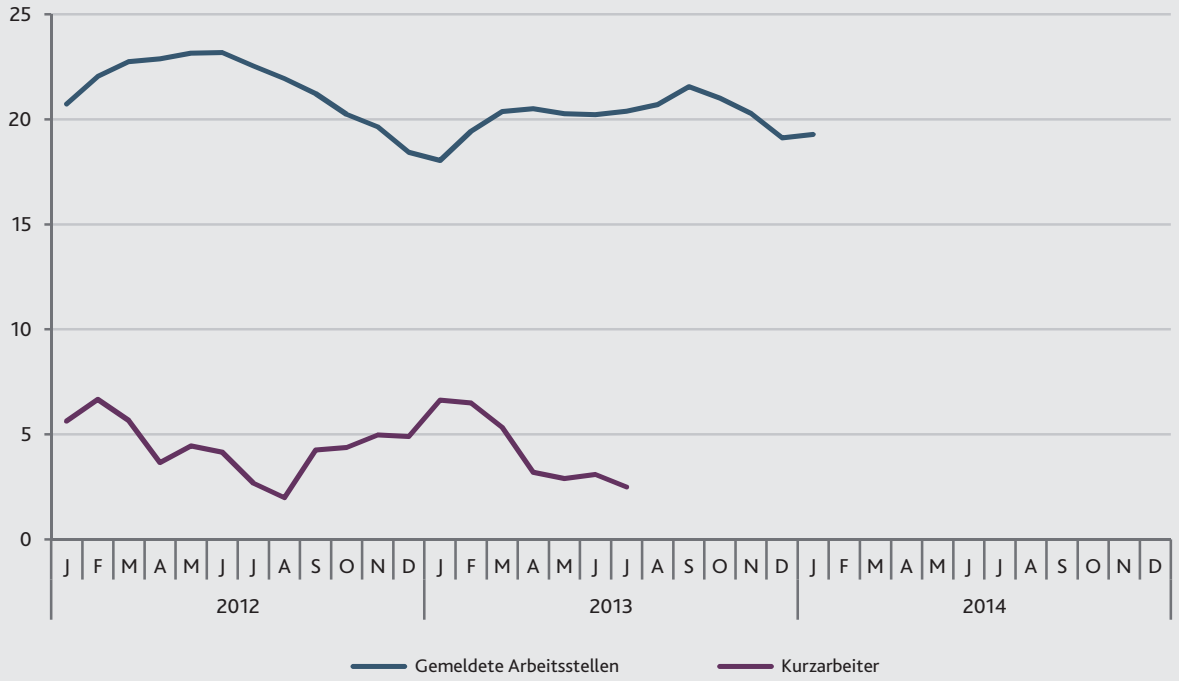
Veränderung der Arbeitslosenquote in Rheinland-Pfalz, Deutschland und im früheren Bundesgebiet
Veränderung gegenüber dem Vorjahresmonat in %



Quelle: Bundesagentur für Arbeit

Statistisches Landesamt Rheinland-Pfalz

Gemeldete Arbeitsstellen und Kurzarbeiter
in 1 000



Quelle: Bundesagentur für Arbeit

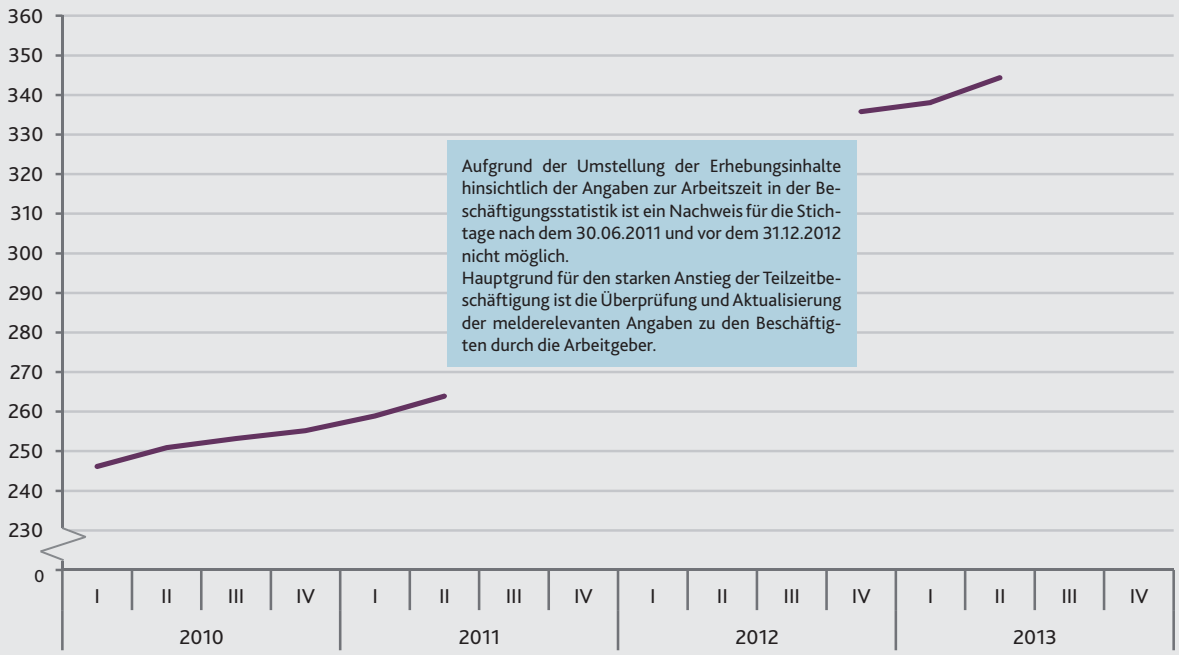
Statistisches Landesamt Rheinland-Pfalz

Sozialversicherungspflichtig Beschäftigte am Arbeitsort
in 1 000

Quelle: Bundesagentur für Arbeit

Statistisches Landesamt Rheinland-Pfalz

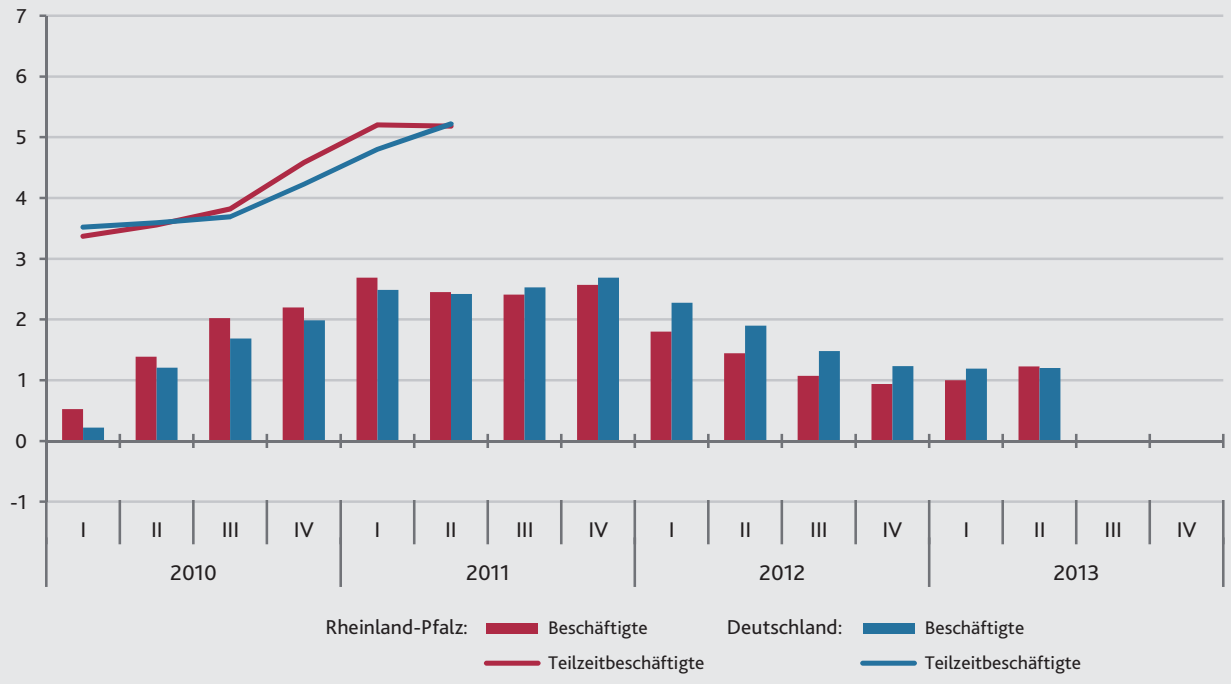
Sozialversicherungspflichtig Teilzeitbeschäftigte am Arbeitsort
in 1 000



Quelle: Bundesagentur für Arbeit

Statistisches Landesamt Rheinland-Pfalz

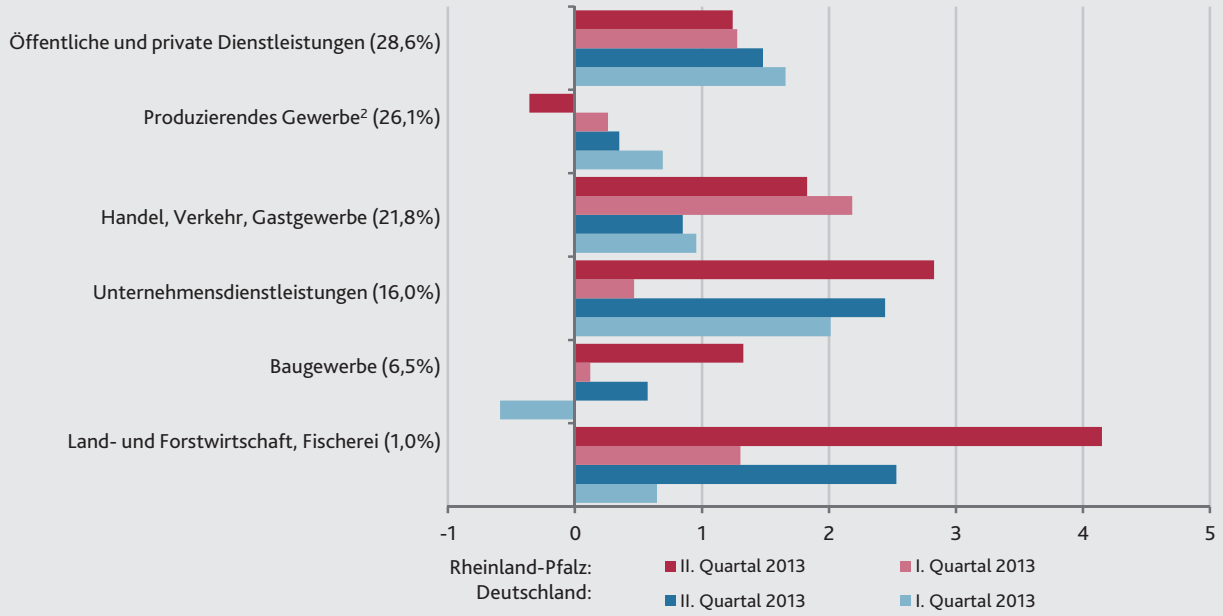
Sozialversicherungspflichtig Beschäftigte und Teilzeitbeschäftigte am Arbeitsort in Rheinland-Pfalz und in Deutschland
Veränderung gegenüber dem Vorjahr in %



Quelle: Bundesagentur für Arbeit

Statistisches Landesamt Rheinland-Pfalz

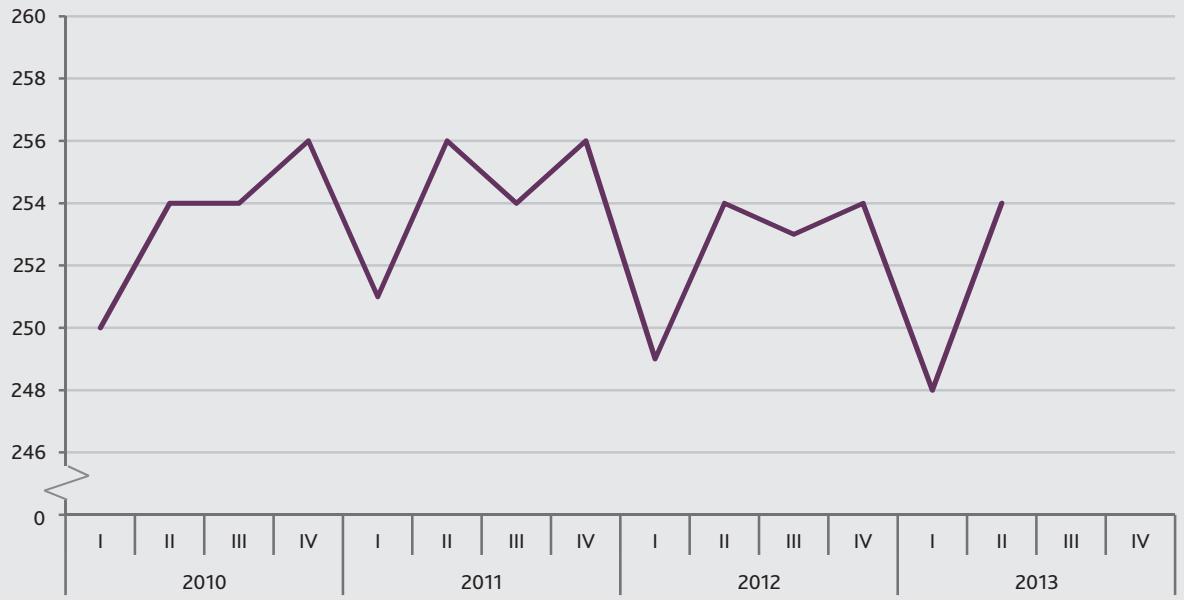
Sozialversicherungspflichtig Beschäftigte am Arbeitsort nach Wirtschaftsbereichen[1] in Rheinland-Pfalz und in Deutschland
Veränderung gegenüber dem Vorjahr in %



1 Die Rangfolge der Wirtschaftsbereiche erfolgt zum Stand 30. Juni 2013. – 2 Ohne Baugewerbe.
Quelle: Bundesagentur für Arbeit

Statistisches Landesamt Rheinland-Pfalz

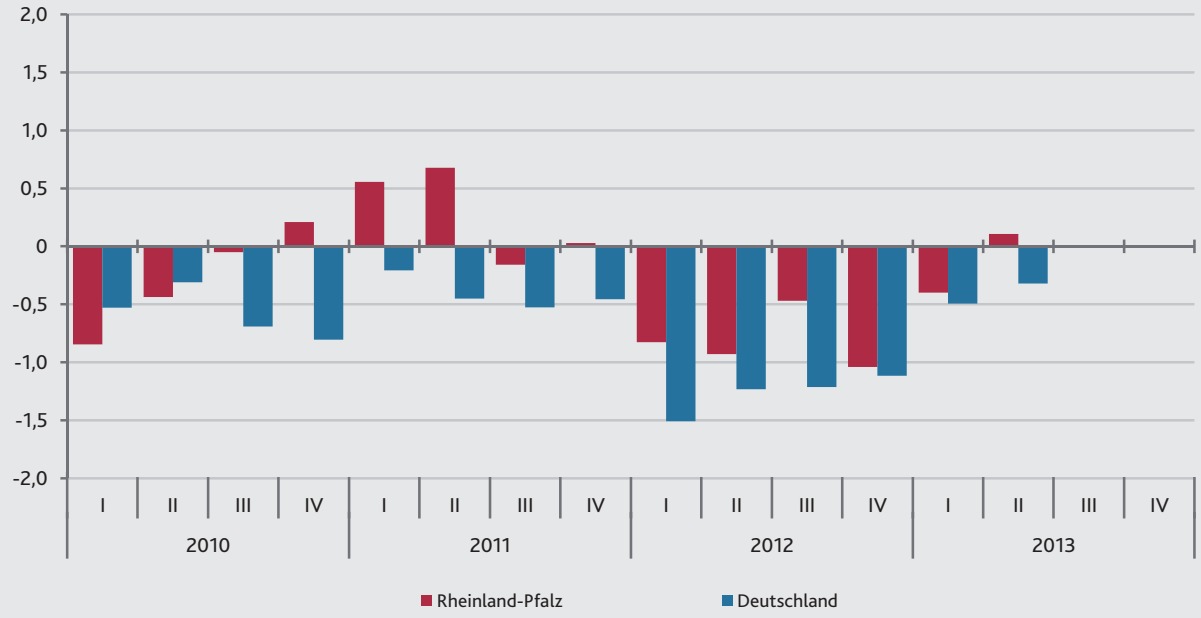
Ausschließlich geringfügig entlohnte Beschäftigte[1] am Arbeitsort
in 1 000



1 Geringfügig entlohnte Beschäftigung liegt vor, wenn das Arbeitsentgelt regelmäßig monatlich 400 Euro (ab 2013 450 Euro) nicht übersteigt.
Quelle: Bundesagentur für Arbeit

Statistisches Landesamt Rheinland-Pfalz

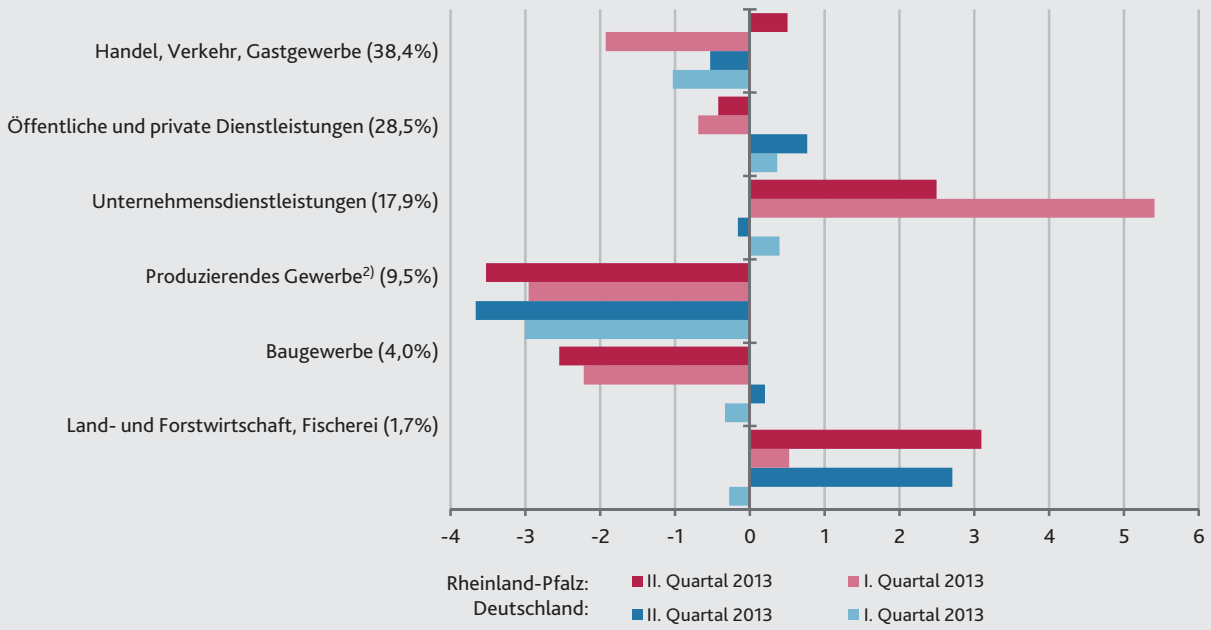
Ausschließlich geringfügig entlohnte Beschäftigte am Arbeitsort in Rheinland-Pfalz und in Deutschland
Veränderung gegenüber dem Vorjahr in %



Quelle: Bundesagentur für Arbeit

Statistisches Landesamt Rheinland-Pfalz

Ausschließlich geringfügig entlohnte Beschäftigte am Arbeitsort nach Wirtschaftsbereichen[1] in Rheinland-Pfalz und in Deutschland
Veränderung gegenüber dem Vorjahr in %



1 Die Rangfolge der Wirtschaftsbereiche erfolgt zum Stand: 30. Juni 2013. – 2 Ohne Baugewerbe.
Quelle: Bundesagentur für Arbeit

Statistisches Landesamt Rheinland-Pfalz

Die Daten, auf die sich der Konjunkturteil stützt, haben den Stand 07. Februar 2014.

Glossar

Anleihen der öffentlichen Hand

Anleihen der öffentlichen Hand sind Wertpapiere mit festem oder variablem Nominalzinssatz und fester Laufzeit, die von Bund, Ländern, Kommunen und anderen öffentlichen Körperschaften ausgegeben werden. Der effektive Zinssatz (= Nominalzins*100/Kurswert) einer solchen Anleihe mit zehnjähriger Restlaufzeit gilt als Indikator für das Niveau der langfristigen Zinsen in der Volkswirtschaft.

Arbeitslose

Arbeitslose sind Arbeit suchende Personen bis zur Vollendung des 65. Lebensjahres, die vorübergehend nicht oder nur kurzzeitig in einem Beschäftigungsverhältnis stehen, die nicht Schüler, Studenten oder Teilnehmer an Maßnahmen der beruflichen Weiterbildung, nicht arbeitsunfähig erkrankt, nicht Empfänger von Altersrente sind und für eine Arbeitsaufnahme sofort zur Verfügung stehen.

Arbeitslosenquote

Die Arbeitslosenquote ist der Quotient aus den registrierten Arbeitslosen und den zivilen Erwerbspersonen. Diese Quote ist ein wichtiger Indikator für die Auslastung des Arbeitskräftepotenzials.

Auftragseingang

Unter Auftragseingang werden alle im betreffenden Berichtsmonat beim Betrieb eingegangenen und fest akzeptierten Aufträge verstanden.

Zum Auftragseingang im Bauhauptgewerbe gehören alle Aufträge für baugewerbliche Leistungen entsprechend der Verdingungsordnung für Bauleistungen (ohne Umsatzsteuer).

Beim Auftragseingang im verarbeitenden Gewerbe handelt es sich um Aufträge für die Lieferung selbst hergestellter oder in Lohnarbeit von anderen in- oder ausländischen Firmen gefertigter Erzeugnisse. Der Auftragseingang im verarbeitenden Gewerbe wird unter Ausschaltung der Preisveränderungen in einem Volumenindex auf der Basis des Jahres 2010 (d. h. 2010=100) ausgedrückt.

Ausbaugewerbe

Das Ausbaugewerbe fasst Wirtschaftszweige zusammen, die überwiegend Ausbauarbeiten und entsprechende Reparatur- und Unterhaltungsarbeiten vornehmen. Hierzu gehören die „Bauinstallation“ und das „Sonstige Ausbaugewerbe“, das u. a. das Maler- und Glasergewerbe, die Fußboden-, Fliesen- und Plattenlegerei, die Bautischlerei sowie die Gipserei und Verputzerei umfasst.

Ausschließlich geringfügige Beschäftigung

Eine geringfügige Beschäftigung, die auch als Mini-Job bezeichnet wird, liegt vor, wenn das Arbeitsentgelt 400 Euro im Monat nicht übersteigt. Ausschließlich geringfügig Beschäftigte sind nicht zugleich anderweitig sozialversicherungspflichtig beschäftigt.

Baugewerblicher Umsatz

Die dem Finanzamt für die Umsatzsteuer zu meldenden steuerbaren (steuerpflichtigen und steuerfreien) Beträge für Bauleistungen in Deutschland und die baugewerblichen Umsätze in Zollausschlussgebieten.

Beschäftigte

In den Erhebungen im Bergbau und verarbeitenden Gewerbe, im Baugewerbe sowie im Handel und Gastgewerbe zählen zu den Beschäftigten alle Personen, die am Monatsende in einem arbeitsrechtlichen Verhältnis zum Betrieb stehen, tätige Inhaber und Mitinhaber sowie unbezahlt mithelfende Familienangehörige, und zwar soweit sie mindestens ein Drittel der üblichen Arbeitszeit im Betrieb tätig sind.

Zum Personenkreis der sozialversicherungspflichtig Beschäftigten zählen alle Arbeitnehmer, die kranken-, renten- und pflegeversicherungspflichtig und/oder beitragspflichtig zur Bundesagentur für Arbeit sind oder für die von den Arbeitgebern Beitragsanteile zu den gesetzlichen Rentenversicherungen zu entrichten sind.

Bruttoinlandsprodukt

Das Bruttoinlandsprodukt umfasst den Wert aller in einem abgegrenzten Wirtschaftsgebiet produzierten Waren und Dienstleistungen abzüglich der bei der Produktion verbrauchten Güter (Inlandskonzept).

EURIBOR

Der EURIBOR (= Euro Interbank Offered Rate) ist der Zinssatz, den europäische Banken voneinander beim Handel von Einlagen mit fester Laufzeit verlangen. Er wird als Indikator für die kurzfristigen Zinsen verwendet.

Euro-Referenzkurs

Hierbei handelt es sich um den von der Europäischen Zentralbank festgestellten Kurs des Euro zum US-Dollar.

Exportquote

Zur Berechnung der Exportquote einer Branche wird der Auslandsumsatz ins Verhältnis zum gesamten Branchenumsatz gesetzt. Sie ist ein Indikator für die Auslandsabhängigkeit der Branche.

Gemeldete Arbeitsstellen

Bei den gemeldeten Stellen handelt es sich um ungeförderte Arbeitsstellen ohne selbstständige/freiberufliche Tätigkeiten und ohne Stellen der privaten Arbeitsvermittlung.

Gewerbeanzeigen

Ein Gewerbe ist anzumelden bei Neuerrichtung (Neugründung, Gründung nach Umwandlungsgesetz), Zuzug aus einem anderen Meldebezirk (Wiedereröffnung) und Übernahme durch Kauf, Pacht oder Erbfolge, Änderung der Rechtsform oder Gesellschaftereintritt. Gründe für eine Abmeldung sind Aufgabe des Betriebes, Fortzug in einen anderen Meldebezirk (Verlegung) und Übergabe wegen Verkauf, Verpachtung oder Erbfolge, Änderung der Rechtsform oder Gesellschafteraustritt. Die Anzeigepflicht gilt für selbstständige Betriebe wie auch für Zweigniederlassungen und unselbstständige Zweigstellen.

ifo Geschäftsklima-Index

Der ifo Geschäftsklimaindex ist ein Frühindikator für die Konjunkturentwicklung. Zur Berechnung dieses Index befragt das ifo Institut für Wirtschaftsforschung in München jeden Monat mehr als 7 000 Unternehmen in Deutschland nach ihrer Einschätzung der Geschäftslage sowie ihren Erwartungen für die nächsten sechs Monate.

Kurzarbeiter

Kurzarbeiter sind Arbeitnehmer, bei denen wegen eines vorübergehenden erheblichen Arbeitsausfalls ein Entgeltausfall vorliegt und die einen Anspruch auf Kurzarbeitergeld haben. Die Erfassung erfolgt zur Monatsmitte.

Produktionsindex

Der Produktionsindex für das verarbeitende Gewerbe ist ein wichtiger Indikator für die wirtschaftliche Entwicklung. Er misst die monatliche Produktionsleistung von rund 1 000 Betrieben des verarbeitenden Gewerbes mit mehr als 50 Beschäftigten. Bei diesen Betrieben wird monatlich die Produktion industrieller Erzeugnisse wertmäßig erhoben. Die Wertangaben werden mit dem Index der Erzeugerpreise gewerblicher Produkte um Preisentwicklungen bereinigt. Aus den preisbereinigten Wertangaben werden auf den Monatsdurchschnitt des Jahres 2010 bezogene Messzahlen gebildet. Die Messzahlen werden mit den landesspezifischen Produktionswertanteilen zu Wirtschaftszweigindizes verdichtet.

Produktivität

Die Produktivität ist grundsätzlich als Maßzahl zu verstehen, welche die Produktionsausbringung ins Verhältnis zu den Einsatzmengen der Produktionsfaktoren setzt. Sie ist also ein Indikator für die Ergiebigkeit des Faktoreinsatzes und kann für einzelne Betriebe, für Branchen oder für eine ganze Volkswirtschaft berechnet werden.

Produzierendes Gewerbe

Zum produzierenden Gewerbe gehören alle Unternehmen, deren wirtschaftliche Tätigkeit überwiegend darin besteht, Elektrizität, Gas, Fernwärme und Wasser zu erzeugen bzw. zu gewinnen und zu verteilen sowie Waren zu gewinnen bzw. zu be- oder verarbeiten. Das produzierende Gewerbe umfasst den Bergbau, die Gewinnung von Steinen und Erden, das verarbeitende Gewerbe, das Baugewerbe sowie die Energie- und Wasserversorgung.

Teilzeitbeschäftigte

Den Teilzeitbeschäftigten werden alle Arbeitnehmer zugeordnet, deren regelmäßige Arbeitszeit weniger als die übliche Wochenarbeitsstundenzahl umfasst, auch die Altersteilzeitbeschäftigten sowohl in der Arbeitsphase als auch in der Freistellungsphase, nicht jedoch die geringfügig Beschäftigten mit

einem Monatsentgelt von insgesamt regelmäßig nicht mehr als 400 Euro.

Umsatz

Als Umsatz der steuerpflichtigen Unternehmen gelten die im Berichtsjahr abgerechneten Lieferungen und Leistungen des nach § 2 Abs. 1 Umsatzsteuergesetz umsatzsteuerpflichtigen Unternehmers an Dritte (ohne Umsatzsteuer), einschließlich der steuerfreien Umsätze, der Handelsumsätze sowie der Erlöse aus Lieferungen und Leistungen an Verkaufsgesellschaften, an denen das Unternehmen beteiligt ist. Ferner gelten als Umsatz die getrennt in Rechnung gestellten Kosten für Fracht, Porto und Verpackungen, der Eigenverbrauch sowie die private Nutzung von firmeneigenen Sachen mit ihrem buchhalterischen Wert. Preisnachlässe und der Wert der Retouren werden von den fakturierten Werten abgesetzt.

Unternehmensinsolvenzen

Die Unternehmensinsolvenz dient zur gemeinschaftlichen Befriedigung der Gläubiger durch Verteilung des Vermögens des Schuldners oder, in einer abweichenden Regelung (Insolvenzplan), zum Erhalt bzw. zur Sanierung des Unternehmens.

Verarbeitendes Gewerbe

Zum verarbeitenden Gewerbe (einschließlich Bergbau und Gewinnung von Steinen und Erden) gehören alle Unternehmen, deren wirtschaftliche Tätigkeit überwiegend darauf gerichtet ist, Erzeugnisse zu be- und verarbeiten, und zwar überwiegend mit dem Ziel, andere Produkte herzustellen. Die Tätigkeit kann aber auch darin bestehen, Erzeugnisse zu veredeln, zu montieren oder zu reparieren. Das verarbeitende Gewerbe ist Teil des produzierenden Gewerbes.

Verbraucherpreisindex

Der Verbraucherpreisindex misst die durchschnittliche Preisentwicklung aller Waren und Dienstleistungen, die von privaten Haushalten für Konsumzwecke gekauft werden. Der Verbraucherpreisindex gilt als ein Indikator für die Geldwertstabilität in der Volkswirtschaft.

Zahlenspiegel Rheinland-Pfalz

Der Zahlenspiegel für Rheinland-Pfalz dokumentiert die wichtigsten Ergebnisse überwiegend monatlicher Statistiken. Es werden dabei die letzten aktuell vorliegenden vier Monate sowie drei der vergleichbaren Vorjahresmonate nachgewiesen. Bei vierteljährlich vorliegenden Ergebnissen werden die jeweils aktuellsten sieben Quartale veröffentlicht.

Die mit einem Stern * gekennzeichneten Merkmale weisen alle Bundesländer in ihrem Zahlenspiegel nach. Davon nicht veröffentlicht werden in Rheinland-Pfalz die hierzulande unbedeutende Geflügelfleischerzeugung und der Preisindex für Wohngebäude, der für Rheinland-Pfalz nicht gesondert berechnet wird.

Bevölkerung

	Einheit	2011	2012				2013			
		Durchschnitt		Juli	Aug.	Sept.	Juni	Juli	Aug.	Sept.
* Bevölkerung am Monatsende	1 000	3 990 [1,2]	3 990 [1,2]	3 990	3 991	3 991	3 989	3 989	3 991	3 993
darunter Ausländer[3]	1 000	277 [1,2]	288 [1,2]	283	284	286	294	295	297	300

Natürliche Bevölkerungsbewegung[4]

* Eheschließungen[5]	Anzahl	1 684	1 687	2 253	2 815	2 000	2 078	2 308	2 862	2 027
* Lebendgeborene[6]	Anzahl	2 590	2 597	2 814	2 838	2 555	2 601	3 149	2 901	2 932
je 1 000 Einwohner und 1 Jahr	Anzahl	7,8	7,8	8,3	8,4	7,8	7,9	9,3	8,6	8,9
* Gestorbene (ohne Totgeborene)[7]	Anzahl	3 637	3 700	3 714	3 514	3 186	3 447	3 947	3 359	3 339
je 1 000 Einwohner und 1 Jahr	Anzahl	10,9	11,1	11,0	10,4	9,7	10,5	11,7	9,9	10,2
* darunter im 1. Lebensjahr Gestorbene[7]	Anzahl	9	11	8	15	12	11	8	12	6
je 1 000 Lebendgeborene	Anzahl	3,4	4,2	2,8	5,3	4,7	4,2	2,5	4,1	2,0
* Überschuss der Geborenen (+) bzw. Gestorbenen (-)	Anzahl	-1 047	-1 103	- 900	- 676	- 631	- 846	- 798	- 458	- 407
je 1 000 Einwohner und 1 Jahr	Anzahl	- 3,1	- 3,3	- 2,7	- 2,0	- 1,9	- 2,6	- 2,4	- 1,4	- 1,2

Wanderungen

* Zuzüge über die Landesgrenze	Anzahl	8 807	9 262	10 937	11 497	9 951	8 763	11 539	12 433	12 867
* darunter aus dem Ausland	Anzahl	3 307	3 739	4 265	4 745	4 520	3 795	4 884	5 518	6 107
* Fortzüge über die Landesgrenze	Anzahl	8 153	8 197	9 696	9 881	9 140	7 320	10 112	10 129	10 195
* darunter in das Ausland	Anzahl	2 325	2 430	2 797	2 971	2 382	2 394	3 084	2 922	3 048
* Wanderungsgewinn (+) bzw. Wanderungsverlust (-)	Anzahl	654	1 065	1 241	1 616	811	1 443	1 427	2 304	2 672
* Innerhalb des Landes Umgezogene[8]	Anzahl	12 938	13 154	14 882	15 381	12 555	12 272	15 332	16 002	14 711

Erwerbstätigkeit

Beschäftigte[9,10]

	Einheit	2010	2011			2012				2013
		30.06.		30.09.	31.12.	31.03.	30.06.	30.09.	31.12.	31.03.
* Sozialversicherungspflichtig Beschäftigte am Arbeitsort[11]	1 000	1 218	1 248	1 277	1 263	1 259	1 266	1 291	1 275	1 272
* Frauen	1 000	558	571	585	584	580	580	593	591	590

1 Fortschreibung des Bevölkerungsstandes auf der Basis des Zensus 2011. – 2 Jahresdurchschnitt hier: Bevölkerung am 31.12. – 3 Quelle: Bevölkerungsfortschreibung. Einbürgerungen können erst zum Jahresende berücksichtigt werden. – 4 Monatsergebnisse sind vorläufig. – 5 Nach dem Ereignisort. – 6 Nach der Wohngemeinde der Mutter. – 7 Nach der Wohngemeinde des Verstorbenen. – 8 Ohne innerhalb der Gemeinde Umgezogene. – 9 Quelle: Statistik der Bundesagentur für Arbeit. – 10 Jahresdurchschnitt: hier Beschäftigte am 30.06. – 11 Einschließlich Personen "ohne Angabe" zur Wirtschaftsgliederung.

noch: Erwerbstätigkeit

Beschäftigte[1, 2]	Einheit	2010	2011			2012				2013
		30.06.		30.09.	31.12.	31.03.	30.06.	30.09.	31.12.	31.03.
* Ausländer/-innen	1 000	78	84	87	82	86	91	93	88	92
* Teilzeitbeschäftigte[3]	1 000	251	264	...	...	...	...	...	336	338
* darunter Frauen	1 000	214	224	...	...	...	...	...	282	284
davon nach Wirtschaftsbereichen[4]										
* Land- und Forstwirtschaft, Fischerei	1 000	11	12	12	9	11	12	12	10	11
* produzierendes Gewerbe	1 000	402	411	419	414	415	417	425	416	415
* Handel, Verkehr und Gastgewerbe	1 000	265	270	278	274	272	274	281	280	278
* Erbringung von Unternehmens-dienstleistungen	1 000	187	195	201	197	198	199	203	199	198
* Erbringung von öffentlichen und privaten Dienstleistungen	1 000	353	359	367	369	365	363	370	370	370

Arbeitsmarkt[5]	Einheit	2011	2012			2013				2014
		Durchschnitt		Nov.	Dez.	Jan.	Okt.	Nov.	Dez.	Jan.
* Arbeitslose	Anzahl	111 054	111 079	104 492	108 605	123 593	109 286	109 623	112 778	125 232
* Frauen	Anzahl	52 451	52 306	49 902	50 360	55 151	52 131	52 120	52 549	56 371
Männer	Anzahl	58 603	58 774	54 590	58 245	68 442	57 155	57 503	60 229	68 861
SGB III (Arbeitslosengeld I)[6]	Anzahl	40 987	42 428	40 564	43 717	52 571	40 802	41 285	43 694	52 291
SGB II (Arbeitslosengeld II)[7]	Anzahl	70 067	68 651	63 928	64 888	71 022	68 484	68 338	69 084	72 941
* Arbeitslosenquote[8]	%	5,3	5,3	4,9	5,1	5,9	5,1	5,1	5,3	5,9
* Frauen	%	5,4	5,3	5,0	5,1	5,6	5,2	5,2	5,3	5,6
* Männer	%	5,2	5,2	4,9	5,2	6,1	5,0	5,1	5,3	6,1
* Jüngere von 15–25 Jahren	%	4,8	4,8	4,2	4,4	5,1	4,3	4,3	4,4	5,0
Jüngere von 15–20 Jahren	%	3,1	3,0	2,6	2,6	2,9	2,7	2,7	2,8	2,9
Ältere von 50–65 Jahren	%	5,8	5,7	5,4	5,6	6,4	5,5	5,5	5,7	6,2
Ältere von 55–65 Jahren	%	6,3	6,2	6,0	6,2	7,0	6,1	6,1	6,2	6,8
* Ausländer/-innen	%	11,8	12,0	11,4	11,9	13,5	11,4	11,7	12,1	13,5
Deutsche	%	4,8	4,8	4,5	4,6	5,3	4,6	4,6	4,7	5,3
* Kurzarbeiter/-innen[9]	Anzahl	5 754	4 447	4 974	4 894	6 627	...	...	...	...
* Gemeldete Arbeitsstellen[10]	Anzahl	21 201	21 513	19 630	18 429	18 032	20 993	20 280	19 117	19 280

Soziales

Leistungsbezug nach SGB II[11]	Einheit	2011	2012				2013			
		Durchschnitt		Sept.	Okt.	Nov.	Aug.	Sept.	Okt.	Nov.
* Personen in Bedarfsgemeinschaften	Anzahl	225 426	218 183	214 389	214 560	213 532	218 675	217 728	217 298	...
* darunter Frauen	Anzahl	115 815	122 591	110 995	111 072	110 452	113 176	112 818	112 473	...
davon										
* erwerbsfähige Leistungs-berechtigte	Anzahl	160 240	154 825	151 903	151 847	151 117	154 842	153 953	153 523	...
* nicht erwerbsfähige Leistungs-berechtigte	Anzahl	65 186	63 359	62 486	62 713	62 415	63 833	63 775	63 775	...
* darunter unter 15 Jahren	Anzahl	62 785	60 950	60 155	60 357	60 088	61 450	61 406	61 374	...

1 Auswertungen aus der Beschäftigungsstatistik der Bundesagentur für Arbeit. – 2 Jahresdurchschnitt: hier Beschäftigte am 30.06. – 3 Die Ergebnisse ab dem 31.12.2012 sind wegen Umstellungen im Erhebungsverfahren und damit einhergehender Aktualisierungen mit denen der früheren Stichtage nur bedingt vergleichbar. – 4 Abgrenzung nach WZ 2008. – 5 Quelle: Bundesagentur für Arbeit; unter Einschluss der Grundsicherung für Arbeitsuchende. Ergebnisse sind vorläufig. Die jeweils aktuellen Werte sind im Internetangebot der Bundesagentur für Arbeit unter Arbeitsmarkt im Überblick zu finden. – 6 Arbeitslosengeld I ist als Leistung der Arbeitslosenversicherung eine Lohnersatzleistung. – 7 Arbeitslosengeld II bezeichnet die Geldleistungen für erwerbsfähige Hilfebedürftige im Rahmen der Grundsicherung. – 8 Arbeitslose aller zivilen Erwerbspersonen. – 9 Ab Januar 2009 auf neuer methodischer Grundlage. – 10 Ohne geförderte Stellen des zweiten Arbeitsmarktes. - 11 Quelle: Statistik der Bundesagentur für Arbeit.

Bautätigkeit
(Baugenehmigungen)

Baugenehmigungen für Wohngebäude	Einheit	2011	2012				2013			
		Durchschnitt		Sept.	Okt.	Nov.	Aug.	Sept.	Okt.	Nov.
* Wohngebäude (Neubau) insgesamt	Anzahl	552	528	528	495	454	584	545	580	476
* mit 1 oder 2 Wohnungen	Anzahl	518	493	485	459	425	539	508	515	425
davon										
öffentliche Bauherren und Organisationen ohne Erwerbszweck	Anzahl	2	2	1	1	3	2	1	...	4
Unternehmen	Anzahl	66	48	37	38	39	37	53	117	37
private Haushalte	Anzahl	484	478	490	455	412	545	491	463	435
Wohnungen in Wohngebäuden	Anzahl	848	867	933	839	754	1 637	844	1 224	1 016
* Umbauter Raum	1 000 m^3	595	590	608	578	504	702	588	714	562
* Wohnfläche	1 000 m^2	112	110	113	106	95	133	112	135	108
Wohnräume	Anzahl	4 524	4 399	4 512	4 332	3 763	5 559	4 490	5 459	4 159
* Veranschlagte Kosten der Bauwerke	Mill. EUR	156	162	164	162	140	204	169	201	163
Baugenehmigungen für Nichtwohngebäude										
* Nichtwohngebäude (Neubau) insgesamt	Anzahl	135	124	156	131	135	154	131	149	125
davon										
öffentliche Bauherren und Organisationen ohne Erwerbszweck	Anzahl	13	12	19	13	13	11	15	19	11
Unternehmen	Anzahl	116	102	124	108	104	121	105	120	101
private Haushalte	Anzahl	6	11	13	10	18	22	11	10	13
Wohnungen in Nichtwohngebäuden	Anzahl	35	14	3	6	1	42	5	12	8
* Umbauter Raum	1 000 m^3	977	882	603	1 280	471	796	654	708	566
* Nutzfläche	1 000 m^2	127	117	92	196	72	115	99	107	96
* Veranschlagte Kosten der Bauwerke	Mill. EUR	88	90	65	228	52	111	59	96	77
Genehmigte Wohnungen (Wohn- und Nichtwohngebäude)										
* Wohnungen (Neubau und Baumaßnahmen an bestehenden Gebäuden)	Anzahl	1 008	979	1 045	1 007	870	1 850	985	1 445	1 195
* Wohnräume (einschließlich Küchen)	Anzahl	5 236	5 006	5 183	5 039	4 316	6 418	5 104	6 543	4 869

Landwirtschaft

	Einheit	2011	2012				2013			
		Durchschnitt		Sept.	Okt.	Nov.	Aug.	Sept.	Okt.	Nov.
* Schlachtmengen (ohne Geflügel)[1]	t	11 060	10 983	10 959	12 265	11 683	9 996	11 073	11 430	11 369
darunter										
* Rinder insgesamt	t	2 322	2 010	1 869	2 440	2 515	1 558	1 793	2 460	2 342
darunter										
* Kälber[2]	t	12	9	7	9	13	6	7	7	10
* Jungrinder	t	15	9	4	11	24	4	4	11	21
* Schweine	t	8 683	8 924	9 049	9 725	9 113	8 398	9 241	8 873	8 966
* Eiererzeugung[3]	1 000	13 472	14 494	13 873	15 106	13 503	16 070	13 540	13 657	13 045

Produzierendes Gewerbe

Verarbeitendes Gewerbe sowie Bergbau und Gewinnung von Steinen und Erden[4]

* Betriebe	Anzahl	996	1 004	1 005	1 005	1 007	983	983	984	984
* Beschäftigte[5]	Anzahl	244 658	248 907	250 946	250 614	250 210	250 416	250 090	250 096	249 760
* Geleistete Arbeitsstunden	1 000 h	31 436	31 600	30 941	32 769	32 661	30 798	32 034	32 907	32 515
* Entgelte	Mill. EUR	928	974	892	912	1 280	991	923	934	1 305
* Umsatz (ohne Umsatzsteuer)	Mill. EUR	6 918	7 047	6 807	7 229	7 197	6 584	6 964	7 455	7 342
davon										
Vorleistungsgüterproduzenten und Energie[6]	Mill. EUR	3 888	3 981	3 748	4 094	4 097	3 688	3 792	4 180	4 040
Investitionsgüterproduzenten	Mill. EUR	1 778	1 769	1 814	1 754	1 753	1 630	1 900	1 970	1 972
Gebrauchsgüterproduzenten	Mill. EUR	105	98	100	110	105	71	86	95	91
Verbrauchsgüterproduzenten	Mill. EUR	1 148	1 199	1 145	1 271	1 241	1 195	1 186	1 211	1 239
darunter										
Herstellung von chemischen Erzeugnissen	Mill. EUR	2 208	2 340	2 132	2 337	2 390	2 101	2 096	2 422	2 414
Herstellung von Kraftwagen und Kraftwagenteilen	Mill. EUR	912	901	976	927	927	856	967	1 140	1 106
darunter										
* Auslandsumsatz	Mill. EUR	3 658	3 798	3 637	3 809	3 812	3 419	3 699	3 905	4 009
Exportquote[7]	%	52,9	53,9	53,4	52,7	53,0	51,9	53,1	52,4	54,6
Index des Auftragseingangs im verarbeitenden Gewerbe (Volumenindex)	2010=100	104,3	101,4	89,7	101,2	97,6	98,4	103,3	103,5	99,0
davon										
Vorleistungsgüterproduzenten	2010=100	97,9	99,3	87,9	102,1	96,4	90,8	96,4	103,7	101,2
Investitionsgüterproduzenten	2010=100	114,6	105,9	93,1	102,6	101,5	112,6	114,9	107,5	98,9

1 Aus gewerblichen Schlachtungen von Tieren in- und ausländischer Herkunft (Rinder, Schweine, Schafe, Pferde, Ziegen); einschließlich Schlachtfetten, jedoch ohne Innereien. – 2 Wegen methodischer Änderungen mit den Vorjahresergebnissen nur eingeschränkt vergleichbar. – 3 Erzeugte Eier in Betrieben bzw. Unternehmen mit mindestens 3 000 Hennenhaltungsplätzen; einschließlich Junghennen-, Bruch- und Knickeiern. – 4 Betriebe mit 50 und mehr Beschäftigten. – 5 Einschließlich der tätigen Inhaber. – 6 Ohne Energie- und Wasserversorgung. – 7 Anteil des Auslandsumsatzes am Gesamtumsatz.

noch: Produzierendes Gewerbe

	Einheit	2011	2012			2013			
		Durchschnitt		Sept.	Okt.	Nov.	Aug.	Sept.	Okt.	Nov.
Verarbeitendes Gewerbe sowie Bergbau und Gewinnung von Steinen und Erden[1]										
Gebrauchsgüterproduzenten	2010=100	108,3	98,7	91,6	101,9	87,6	63,4	55,1	56,2	61,7
Verbrauchsgüterproduzenten	2010=100	96,8	95,6	85,6	90,3	89,9	87,7	101,9	93,7	93,7
darunter										
Herstellung von chemischen Erzeugnissen	2010=100	95,1	99,3	85,3	102,1	92,5	90,5	97,9	104,7	100,2
Herstellung von Kraftwagen und Kraftwagenteilen	2010=100	114,9	107,7	89,3	105,5	100,6	138,3	127,5	105,7	81,4
Energie- und Wasserversorgung, Abwasser- und Abfallentsorgung, Beseitigung von Umweltverschmutzungen[2]										
* Betriebe[3]	Anzahl	168	172	172	172	170	171	172	172	171
* Beschäftigte[3,4]	Anzahl	9 495	9 669	9 791	9 801	9 788	9 764	9 748	9 733	9 735
* Geleistete Arbeitsstunden[3]	1 000 h	1 193	1 208	1 191	1 259	1 272	1 188	1 224	1 240	1 218
* Entgelte[3]	Mill. EUR	37	39	36	46	55	36	36	47	55
Stromerzeugung der Kraftwerke für die allgemeine Versorgung[5]										
* Bruttostromerzeugung	Mill. kWh	419	448	421	478	493	419	449	511	507
Nettostromerzeugung	Mill. kWh	406	433	408	462	477	405	436	495	489
Baugewerbe[6]										
Bauhauptgewerbe[7]										
* Beschäftigte (einschließlich tätiger Inhaber)	Anzahl	38 263	38 505	38 966	38 848	38 797	39 098	39 157	38 764	38 473
* Geleistete Arbeitsstunden	1 000 h	3 933	3 816	4 170	4 523	4 358	4 212	4 314	4 349	4 112
davon										
* Wohnungsbau	1 000 h	1 565	1 610	1 702	1 886	1 860	1 703	1 708	1 714	1 660
* gewerblicher Bau[8]	1 000 h	934	906	960	1 004	983	971	1 042	1 061	982
* öffentlicher und Straßenbau	1 000 h	1 434	1 300	1 508	1 633	1 515	1 538	1 564	1 574	1 470
darunter Straßenbau	1 000 h	717	626	739	802	738	768	809	811	740
* Entgelte	Mill. EUR	90	90	90	96	110	97	95	99	112

1 Betriebe von Unternehmen mit im Allgemeinen 50 und mehr Beschäftigten. – 2 Für das aktuelle Kalenderjahr vorläufige Ergebnisse. – 3 Betriebe von Unternehmen der Energie- und Wasserversorgung mit im Allgemeinen 20 und mehr Beschäftigten. – 4 Einschließlich der tätigen Inhaber. – 5 Kraftwerke mit einer elektrischen Engpassleistung ab 1 MW. – 6 Ab Januar 2009 wird im Baugewerbe eine revidierte Klassifikation der Wirtschaftszweige (WZ 2008) eingesetzt. Die Ergebnisse sind mit denen des Vorjahres weitgehend vergleichbar. – 7 Bau von Gebäuden, Tiefbau, Abbrucharbeiten und vorbereitende Baustellenarbeiten u. a.; nach der Ergänzungserhebung hochgerechnete Ergebnisse; teilweise vorläufige Ergebnisse. – 8 Einschließlich landwirtschaftlicher Bauten sowie Unternehmen der Bahn und Post.

noch: Baugewerbe[1]

Bauhauptgewerbe[2]

	Einheit	2011	2012				2013			
		Durchschnitt		Sept.	Okt.	Nov.	Aug.	Sept.	Okt.	Nov.
* Baugewerblicher Umsatz (ohne Umsatzsteuer)	Mill. EUR	383	382	418	475	484	449	466	480	472
davon										
* Wohnungsbau	Mill. EUR	124	138	144	172	156	154	157	162	158
* gewerblicher Bau[3]	Mill. EUR	104	102	109	115	130	116	131	127	128
* öffentlicher und Straßenbau	Mill. EUR	155	142	165	188	198	179	178	191	186
darunter Straßenbau	Mill. EUR	77	69	89	97	104	89	96	105	98

Ausbaugewerbe (Bauinstallation und sonstiger Ausbau)[4]

	Einheit	2011	2012				2013		
		Durchschnitt		1. Q.	2. Q.	3. Q.	4. Q.	1. Q.	2. Q.	3. Q.
Betriebe[5]	Anzahl	353	395	395	395	395	395	416	415	415
* Beschäftigte (einschließlich tätiger Inhaber)[5]	Anzahl	13 485	14 919	14 704	14 948	15 138	14 886	15 297	15 479	15 737
* Geleistete Arbeitsstunden	1 000 h	4 448	4 814	4 769	4 758	4 930	4 798	4 628	4 988	5 170
* Entgelte	Mill. EUR	99	111	106	110	112	118	114	117	118
* Baugewerblicher Umsatz (ohne Umsatzsteuer)	Mill. EUR	375	446	341	459	453	530	327	390	425

Handel[6]

Großhandel[p, 7]

	Einheit	2011	2012				2013			
		Durchschnitt		Sept.	Okt.	Nov.	Aug.	Sept.	Okt.	Nov.
* Beschäftigte	2005=100	120,9	121,1	122,6	122,6	122,3	124,1	124,0	123,9	123,4
darunter Teilzeitbeschäftigte	2005=100	128,1	132,4	134,6	135,0	135,0	140,3	138,0	136,8	136,5
* Umsatz nominal[8]	2005=100	120,7	113,7	115,0	127,0	118,2	113,3	120,3	125,9	113,9
* Umsatz real[9]	2005=100	105,7	97,8	98,0	108,5	102,2	96,6	102,3	108,4	98,4

Einzelhandel[p, 9]

* Beschäftigte	2010=100	101,6	102,9	103,4	103,5	103,4	102,6	102,6	103,0	103,9
darunter Teilzeitbeschäftigte	2010=100	102,2	103,0	102,6	102,8	103,2	102,4	102,3	103,2	104,5
* Umsatz nominal[8]	2010=100	102,6	104,3	100,9	110,2	106,5	102,7	98,4	106,7	105,3
* Umsatz real[8]	2010=100	101,2	100,9	97,2	105,8	102,3	98,2	93,6	101,4	100,1

1 Ab Januar 2009 wird im Baugewerbe eine revidierte Klassifikation der Wirtschaftszweige (WZ 2008) eingesetzt. Die Ergebnisse sind mit denen des Vorjahres weitgehend vergleichbar. – 2 Bau von Gebäuden, Tiefbau, Abbrucharbeiten und vorbereitende Baustellenarbeiten u. a.; nach der Ergänzungserhebung hochgerechnete Ergebnisse; teilweise vorläufige Ergebnisse. – 3 Einschließlich landwirtschaftlicher Bauten sowie Unternehmen der Bahn und Post. – 4 Betriebe von Unternehmen mit im Allgemeinen 20 und mehr Beschäftigten; Vierteljahresergebnisse. – 5 Am Ende des Berichtsvierteljahres. – 6 Die Ergebnisse für Einzelhandel und Gastgewerbe beruhen auf Stichprobenerhebungen; die Berichtskreise werden jährlich durch Stichprobenrotation aktualisiert. Im Groß- und Kfz-Handel basieren die Ergebnisse ab Januar 2011 auf einem Mixmodell (Nutzung von Verwaltungsdaten und Befragung aller großen Unternehmen). – 7 Einschließlich Handelsvermittlung. – 8 Ohne Umsatzsteuer. – 9 Einschließlich Tankstellen.

noch: Handel[1]

Kfz-Handel[p, 2]

	Einheit	2011	2012				2013			
		Durchschnitt		Sept.	Okt.	Nov.	Aug.	Sept.	Okt.	Nov.
* Beschäftigte	2010=100	102,2	104,0	105,5	106,0	105,5	103,3	104,8	104,8	104,4
darunter Teilzeitbeschäftigte	2010=100	103,2	110,0	112,2	114,0	113,8	115,6	115,3	114,6	115,3
* Umsatz nominal[3]	2010=100	106,3	97,4	93,7	109,7	97,0	88,3	94,8	112,9	100,4
* Umsatz real[3]	2010=100	104,6	94,8	91,3	105,7	93,9	86,0	92,4	109,4	97,6

Gastgewerbe[p]

* Beschäftigte	2010=100	103,1	105,2	108,9	107,7	103,0	107,9	106,3	105,1	101,1
darunter Teilzeitbeschäftigte	2010=100	103,8	107,2	110,9	108,9	103,6	111,1	108,9	107,0	102,9
* Umsatz nominal[3]	2010=100	107,3	92,8	105,3	99,7	83,7	104,3	96,1	95,6	82,4
* Umsatz real[3]	2010=100	105,7	89,7	100,6	95,6	80,4	98,7	89,8	89,8	77,4

Tourismus[4]

* Gästeankünfte	1 000	684	669	936	817	510	967	932	838	537
* darunter von Auslandsgästen	1 000	159	157	205	162	97	277	204	163	96
* Gästeübernachtungen	1 000	1 794	1 758	2 414	2 162	1 208	2 758	2 350	2 187	1 250
* darunter von Auslandsgästen	1 000	448	443	574	445	239	918	557	433	229

Verkehr

Straßenverkehrsunfälle

	Einheit	2011	2012				2013			
		Durchschnitt		Aug.	Sept.	Okt.	Juli	Aug.	Sept.	Okt.
* Unfälle mit Personenschaden und Sachschaden[5]	Anzahl	1 931	1 858	2 105	2 181	1 942	2 024	1 996	1 977	1 860
* darunter Unfälle mit Personenschaden	Anzahl	1 318	1 248	1 576	1 530	1 289	1 524	1 483	1 383	1 232
* Getötete Personen	Anzahl	16	17	15	18	14	17	18	15	10
darunter										
Pkw-Insassen	Anzahl	8	9	6	8	9	7	9	4	5
Benutzer motorisierter Zweiräder	Anzahl	4	4	4	6	2	6	6	4	2
Radfahrer	Anzahl	1	2	2	3	2	2	1	3	1
Fußgänger	Anzahl	2	2	3	1	-	-	-	4	2
* Verletzte Personen	Anzahl	1 709	1 620	1 991	1 983	1 712	1 925	1 939	1 765	1 633

1 Ab Januar 2009 erfolgt die Abgrenzung nach der WZ 2008; die Ergebnisse des Vorjahres wurden entsprechend umgerechnet. Der Berichtskreis wird ab 2007 jährlich durch Ergänzungsstichproben und ab 2009 durch Stichprobenrotation aktualisiert. Zur Vermeidung von Sprüngen in der Zeitreihe werden die Messzahlen einheitlich auf den Stichprobenstand von 2006 zurückgerechnet. – 2 Sowie Instandhaltung und Reparatur von Kfz. – 3 Ohne Umsatzsteuer. – 4 Betriebe ab neun Betten; einschließlich Campingplätzen (Touristik-Camping). Ab Januar 2012 Betriebe ab zehn Betten, einschließlich Campingplätzen (Touristik-Camping) ab zehn Stellplätzen. – 5 Schwerwiegender Unfall mit Sachschaden (im engeren Sinne) und sonstiger Sachschadensunfall unter Einfluss berauschender Mittel.

noch: Verkehr

Straßenverkehrsunfälle

	Einheit	2011	2012				2013			
		Durchschnitt		Aug.	Sept.	Okt.	Juli	Aug.	Sept.	Okt.
schwer verletzte Personen	Anzahl	320	302	411	373	304	442	405	329	302
darunter										
Pkw-Insassen	Anzahl	147	136	129	156	126	151	155	134	157
Benutzer motorisierter Zweiräder	Anzahl	75	72	127	109	80	143	119	94	63
Radfahrer	Anzahl	50	48	106	57	42	106	87	63	36
Fußgänger	Anzahl	34	32	28	30	34	26	28	27	34

Kraftfahrzeuge[1]

	Einheit	2011	2012				2013			
		Durchschnitt		Sept.	Okt.	Nov.	Aug.	Sept.	Okt.	Nov.
* Zulassungen fabrikneuer Kraftfahrzeuge	Anzahl	12 789	12 263	11 619	11 892	11 346	11 256	11 384	12 418	11 221
darunter										
Krafträder	Anzahl	608	593	456	282	173	741	484	309	139
* Personenkraftwagen[2]	Anzahl	10 699	10 321	9 971	10 350	9 862	9 251	9 627	10 714	9 738
* Lastkraftwagen	Anzahl	1 003	943	824	891	970	867	858	1 023	999
Zugmaschinen	Anzahl	403	334	287	304	235	337	340	302	271

Personenbeförderung

	Einheit	2011	2012				2013		
		Durchschnitt		1. Q.	2. Q.	3. Q.	4. Q.	1. Q.	2. Q.	3. Q.
Beförderte Personen im Linienverkehr	1 000	54 787	52 780	56 012	54 910	45 803	54 393	53 786	55 824	48 007
Personenkilometer[3]	Mill.	537	454	528	455	391	442	437	522	444

Binnenschifffahrt

	Einheit	2011	2012				2013			
		Durchschnitt		Aug.	Sept.	Okt.	Juli	Aug.	Sept.	Okt.
* Güterempfang	1 000 t	1 064	1 058	1 051	880	1 161	1 166	1 061	1 130	1 251
* Güterversand	1 000 t	778	815	853	810	907	886	879	769	955

Außenhandel[4]

Ausfuhr (Spezialhandel)[5]

* Insgesamt	Mill. EUR	3 737	3 858	4 023	3 741	4 021	4 078	3 671	3 906	4 239
darunter										
* Güter der Ernährungswirtschaft	Mill. EUR	292	296	321	298	341	310	298	301	305
* Güter der gewerblichen Wirtschaft	Mill. EUR	3 411	3 529	3 671	3 409	3 642	3 691	3 293	3 498	3 796

1 Quelle: Kaftfahrt-Bundesamt. – 2 Fahrzeuge zur Personenbeförderung mit höchstens acht Sitzplätzen außer dem Fahrersitz; einschließlich Wohnmobile und Krankenwagen. – 3 Verkehrsleistung berechnet aus Anzahl der Fahrgäste und Fahrtweiten. – 4 Wegen der unterschiedlichen Abgrenzung von Spezialhandel und Generalhandel ist eine Saldierung der Ein- und Ausfuhrergebnisse nicht sinnvoll. – 5 Für Antwortausfälle und Befreiungen sind Zuschätzungen bei den EU-Ländern und damit auch im Insgesamt enthalten.

noch: Außenhandel[1]

Ausfuhr (Spezialhandel)[2]

	Einheit	2011	2012				2013			
		Durchschnitt		Aug.	Sept.	Okt.	Juli	Aug.	Sept.	Okt.
* Rohstoffe	Mill. EUR	24	23	19	20	25	25	19	18	27
* Halbwaren	Mill. EUR	168	175	184	173	208	185	152	168	152
* Fertigwaren	Mill. EUR	3 220	3 332	3 468	3 216	3 409	3 480	3 122	3 312	3 617
* Vorerzeugnisse	Mill. EUR	921	954	1 057	980	965	1 038	868	900	997
* Enderzeugnisse	Mill. EUR	2 298	2 378	2 411	2 236	2 444	2 442	2 255	2 412	2 620
davon nach										
* Europa	Mill. EUR	2 612	2 584	2 552	2 479	2 756	2 863	2 409	2 776	2 911
* darunter in EU-Länder[3]	Mill. EUR	2 235	2 197	2 165	2 152	2 367	2 492	2 045	2 394	2 513
Belgien	Mill. EUR	184	179	192	170	192	173	177	189	216
Luxemburg	Mill. EUR	58	57	58	53	62	59	49	65	61
Dänemark	Mill. EUR	36	38	40	36	42	34	35	34	38
Finnland	Mill. EUR	29	31	32	24	29	27	34	32	31
Frankreich	Mill. EUR	428	407	397	387	404	492	350	447	450
Griechenland	Mill. EUR	29	35	27	36	45	96	24	48	32
Großbritannien	Mill. EUR	217	223	242	221	268	268	256	289	274
Irland	Mill. EUR	9	10	11	10	9	13	12	15	12
Italien	Mill. EUR	251	226	174	224	235	247	169	233	242
Niederlande	Mill. EUR	221	218	232	220	240	229	197	217	240
Österreich	Mill. EUR	150	146	156	139	169	155	137	145	150
Schweden	Mill. EUR	66	65	65	58	66	57	59	62	71
Spanien	Mill. EUR	183	173	151	169	187	180	151	176	186
Portugal	Mill. EUR	22	21	22	20	19	36	24	35	43
* Afrika	Mill. EUR	90	94	100	95	107	105	95	96	104
* Amerika	Mill. EUR	457	559	694	565	523	492	585	465	642
darunter nach USA	Mill. EUR	278	369	487	387	340	302	386	279	443
* Asien	Mill. EUR	538	572	616	548	582	581	554	538	549
darunter nach China	Mill. EUR	149	154	152	125	138	144	138	135	141
* Australien, Ozeanien und übrigen Gebieten	Mill. EUR	40	49	62	55	52	38	29	31	32

Einfuhr (Generalhandel)[2]

* Insgesamt	Mill. EUR	2 625	2 616	2 502	2 408	2 718	2 802	2 337	2 629	2 876
darunter										
* Güter der Ernährungswirtschaft	Mill. EUR	243	267	255	231	291	269	245	254	228
* Güter der gewerblichen Wirtschaft	Mill. EUR	2 282	2 263	2 168	2 075	2 320	2 376	1 942	2 159	2 386
davon										
* Rohstoffe	Mill. EUR	126	82	96	98	45	40	38	45	45
* Halbwaren	Mill. EUR	314	324	269	260	289	313	242	261	323
* Fertigwaren	Mill. EUR	1 842	1 857	1 803	1 717	1 986	2 023	1 662	1 852	2 018

1 Wegen der unterschiedlichen Abgrenzung von Spezialhandel und Generalhandel ist eine Saldierung der Ein- und Ausfuhrergebnisse nicht sinnvoll. – 2 Für Antwortausfälle und Befreiungen sind Zuschätzungen bei den EU-Ländern und damit auch im Insgesamt enthalten. – 3 Einschließlich Kroatien (EU-28); die Angaben ab 2012 wurden rückwirkend entsprechend umgerechnet.

noch: Außenhandel[1]

Einfuhr (Generalhandel)[2]

	Einheit	2011	2012				2013			
		Durchschnitt		Aug.	Sept.	Okt.	Juli	Aug.	Sept.	Okt.
davon										
* Vorerzeugnisse	Mill. EUR	520	532	532	468	607	613	500	538	523
* Enderzeugnisse	Mill. EUR	1 322	1 325	1 271	1 249	1 379	1 410	1 163	1 314	1 495
* davon aus										
* Europa	Mill. EUR	1 893	1 904	1 803	1 749	2 022	2 003	1 696	1 916	2 156
* darunter aus EU-Ländern[3]	Mill. EUR	1 595	1 612	1 492	1 504	1 735	1 751	1 486	1 684	1 941
Belgien	Mill. EUR	275	284	276	242	294	300	272	306	351
Luxemburg	Mill. EUR	44	42	41	43	43	45	39	48	52
Dänemark	Mill. EUR	14	17	19	18	18	19	18	19	20
Finnland	Mill. EUR	12	11	15	12	11	8	10	7	8
Frankreich	Mill. EUR	253	241	221	219	264	270	212	253	305
Griechenland	Mill. EUR	8	7	7	7	8	9	7	6	17
Großbritannien	Mill. EUR	82	86	86	94	91	84	84	88	121
Irland	Mill. EUR	11	11	9	9	9	32	30	50	32
Italien	Mill. EUR	157	154	136	135	170	186	133	155	179
Niederlande	Mill. EUR	262	264	204	234	301	259	192	226	275
Österreich	Mill. EUR	86	89	90	89	99	89	68	79	94
Schweden	Mill. EUR	26	35	33	38	48	41	44	45	45
Spanien	Mill. EUR	96	95	77	87	88	103	98	104	127
Portugal	Mill. EUR	16	16	14	19	15	17	15	13	21
* Afrika	Mill. EUR	52	49	45	37	52	89	46	62	73
* Amerika	Mill. EUR	267	286	281	275	286	283	231	233	230
darunter aus USA	Mill. EUR	184	201	184	211	225	216	168	165	175
* Asien	Mill. EUR	409	371	368	341	352	423	359	412	411
darunter aus China	Mill. EUR	168	158	179	149	151	185	176	159	148
* Australien, Ozeanien und übrigen Gebieten	Mill. EUR	5	6	5	6	6	4	4	5	5

Gewerbeanzeigen[4]

	Einheit	2011	2012				2013			
		Durchschnitt		Sept.	Okt.	Nov.	Aug.	Sept.	Okt.	Nov.
* Gewerbeanmeldungen	Anzahl	3 272	3 039	2 912	2 961	2 916	3 056	3 065	3 115	2 706
darunter										
Betriebsgründungen	Anzahl	553	517	465	493	509	449	467	504	419
sonstige Neugründungen	Anzahl	2 168	1 971	1 910	1 952	1 871	2 111	2 111	2 061	1 813
* Gewerbeabmeldungen	Anzahl	3 230	3 086	2 683	2 963	2 939	2 737	2 702	2 893	2 948
darunter										
Betriebsaufgaben	Anzahl	459	470	431	409	411	392	398	426	428
sonstige Stilllegungen	Anzahl	2 238	2 089	1 781	2 045	2 061	1 894	1 848	1 954	2 073

1 Wegen der unterschiedlichen Abgrenzung von Spezialhandel und Generalhandel ist eine Saldierung der Ein- und Ausfuhrergebnisse nicht sinnvoll. – 2 Für Antwortausfälle und Befreiungen sind Zuschätzungen bei den EU-Ländern und damit auch im Insgesamt enthalten. – 3 Einschließlich Kroatien (EU-28); die Angaben ab 2012 wurden rückwirkend entsprechend umgerechnet. – 4 Ohne Automatenaufsteller und Reisegewerbe.

Insolvenzen

	Einheit	2011	2012				2013			
		Durchschnitt		Sept.	Okt.	Nov.	Aug.	Sept.	Okt.	Nov.
* Insgesamt	Anzahl	611	578	546	573	581	530	598	541	537
davon										
* Unternehmen	Anzahl	102	91	87	79	78	92	86	88	64
* Verbraucher	Anzahl	387	377	344	383	387	327	375	322	323
* ehemals selbstständig Tätige	Anzahl	102	91	100	93	94	96	109	118	119
* sonstige natürliche Personen,[1] Nachlässe	Anzahl	20	19	15	18	22	15	28	13	31
* Voraussichtliche Forderungen	Mill. EUR	93	144	109	69	615	81	176	85	62

Handwerk[2]

	Einheit	2011	2012				2013		
		Durchschnitt		1. Q.	2. Q.	3. Q.	4. Q.	1. Q.	2. Q.	3. Q.
* Beschäftigte[3]	2009=100[4]	99,3	99,5	98,9	99,0	101,7	99,1	97,5	97,9	100,0
* Umsatz (ohne Umsatzsteuer)[5]	2009=100[6]	104,2	101,2	85,8	103,2	104,5	113,8	81,0	100,9	105,1

Preise

	Einheit	2011	2012			2013				2014
		Durchschnitt		Nov.	Dez.	Jan.	Okt.	Nov.	Dez.	Jan.
* Verbraucherpreisindex (Gesamtindex)	2010=100	102,1	104,3	104,8	105,2	104,7	106,0	106,1	106,7	106,1
* Nettokaltmieten (Teilindex)	2010=100	101,1	102,1	102,5	102,5	102,8	103,7	103,9	104,1	104,3

Verdienste[7]

	Einheit	2011	2012				2013		
		Durchschnitt		1. Q.	2. Q.	3. Q.	4. Q.	1. Q.	2. Q.	3. Q.
* Bruttomonatsverdienste[8] der vollzeitbeschäftigten Arbeitnehmer[9] im produzierenden Gewerbe und im Dienstleistungsbereich	EUR	3 593	3 677	3 301	3 356	3 371	3 397	3 417	3 455	3 458
* Frauen	EUR	3 077	3 147	2 871	2 903	2 918	2 940	3 006	3 026	3 023
* Männer	EUR	3 798	3 891	3 475	3 538	3 551	3 584	3 585	3 631	3 635
* Leistungsgruppe 1[10]	EUR	6 228	6 509	5 704	5 769	5 786	5 831	5 986	6 113	6 125
* Leistungsgruppe 2[10]	EUR	4 075	4 209	3 821	3 869	3 893	3 927	3 956	4 005	4 023
* Leistungsgruppe 3[10]	EUR	3 153	3 165	2 846	2 893	2 917	2 927	2 878	2 919	2 929
* Leistungsgruppe 4[10]	EUR	2 579	2 653	2 390	2 455	2 481	2 493	2 400	2 444	2 462
* Leistungsgruppe 5[10]	EUR	1 926	2 026	1 866	1 915	1 928	1 958	1 911	1 935	1 951

1 Beispielsweise Gesellschafter oder Mithafter. – 2 Zulassungspflichtiges Handwerk laut Anlage A der Handwerksordnung; die Angaben für die letzten zwei Quartale sind jeweils vorläufig. – 3 Am Ende eines Kalendervierteljahres. – 4 30.09. – 5 Vierteljahresergebnis – 6 Vierteljahresdurchschnitt. – 7 Durch strukturelle Veränderungen innerhalb des Berichtskreises ist ab dem 1. Quartal 2012 die Vergleichbarkeit mit früheren Berichtszeiträumen beeinträchtigt. – 8 Nachgewiesen werden Vierteljahresdurchschnitte ohne Sonderzahlungen. Im Jahresdurchschnitt sind die Sonderzahlungen mit enthalten. – 9 Einschließlich Beamte. – 10 Leistungsgruppe 1: Arbeitnehmer in leitender Stellung; Leistungsgruppe 2: herausgehobene Fachkräfte; Leistungsgruppe 3: Fachkräfte; Leistungsgruppe 4: angelernte Arbeitnehmer; Leistungsgruppe 5: ungelernte Arbeitnehmer.

noch: Verdienste[1]

	Einheit	2011	2012					2013		
		Durchschnitt		1. Q.	2. Q.	3. Q.	4. Q.	1. Q.	2. Q.	3. Q.
* Produzierendes Gewerbe	EUR	3 842	3 939	3 412	3 515	3 523	3 555	3 525	3 623	3 636
* Bergbau und Gewinnung von Steinen und Erden	EUR	3 542	3 748	3 327	3 335	3 404	3 402	3 338	3 497	3 626
* verarbeitendes Gewerbe	EUR	3 943	4 077	3 522	3 607	3 600	3 634	3 670	3 734	3 734
* Energieversorgung	EUR	5 173	4 963	4 233	4 330	4 312	4 418	4 239	4 380	4 374
* Wasserversorgung[2]	EUR	2 987	3 138	2 878	2 900	2 959	2 954	2 956	3 003	2 988
* Baugewerbe	EUR	3 090	3 207	2 818	3 025	3 113	3 086	2 684	2 985	3 095
* Dienstleistungsbereich	EUR	3 412	3 503	3 228	3 250	3 268	3 292	3 343	3 343	3 338
* Handel; Instandhaltung und Reparatur von Kfz	EUR	3 300	3 425	3 109	3 121	3 131	3 136	3 206	3 166	3 162
* Verkehr und Lagerei	EUR	2 888	2 994	2 714	2 758	2 769	2 786	2 822	2 711	2 747
* Gastgewerbe	EUR	2 058	(1 955)	1 898	1 897	1 893	1 909	1 949	1 948	1 955
* Information und Kommunikation	EUR	4 847	4 742	4 200	4 290	4 313	4 341	4 342	4 465	4 452
* Erbringung von Finanz- und Versicherungsdienstleistungen	EUR	4 598	(4 771)	(4 040)	(4 049)	(4 086)	(4 087)	4 121	4 104	4 152
* Grundstücks- und Wohnungswesen	EUR	3 772	3 762	3 477	3 495	(3 562)	(3 575)	3 345	3 411	3 366
* Erbringung von freiberuflichen, wissenschaftlichen und technischen Dienstleistungen	EUR	4 022	4 263	3 719	3 802	3 776	3 778	4 134	4 053	4 033
* Erbringung von sonstigen wirtschaftlichen Dienstleistungen	EUR	1 940	(2 064)	1 937	1 974	2 010	2 082	2 048	2 087	2 114
* öffentliche Verwaltung, Verteidigung, Sozialversicherung	EUR	3 338	3 385	3 227	3 232	3 280	3 288	3 333	3 354	3 361
* Erziehung und Unterricht	EUR	4 040	4 030	3 934	3 935	3 950	3 953	4 009	4 040	4 032
* Gesundheits- und Sozialwesen	EUR	3 567	3 563	3 300	3 332	3 372	3 378	3 403	3 465	3 461
* Kunst, Unterhaltung und Erholung	EUR	3 374	3 401	3 144	3 264	3 290	3 269	3 997	4 072	3 897
* Erbringung von sonstigen Dienstleistungen	EUR	2 828	3 037	2 829	2 874	2 879	2 890	2 872	2 886	2 899

Geld und Kredit[3]

	Einheit	2011	2012					2013		
		Durchschnitt		31.03.	30.06.	30.09.	31.12.	31.03.	30.06.	30.09.
Kredite an Nichtbanken	Mill. EUR	117 322	118 975	117 908	119 731	118 696	119 564	118 904	118 137	125 085
kurzfristige Kredite (bis 1 Jahr)	Mill. EUR	12 311	12 024	12 113	12 169	11 771	12 042	12 085	11 935	12 668

1 Durch strukturelle Veränderungen innerhalb des Berichtskreises ist ab dem 1. Quartal 2012 die Vergleichbarkeit mit früheren Berichtszeiträumen beeinträchtigt. – 2 Einschließlich Abwasser- und Abfallentsorgung und Beseitigung von Umweltverschmutzungen. – 3 Die Angaben umfassen die in Rheinland-Pfalz gelegenen Niederlassungen der zur monatlichen Bilanzstatistik berichtenden Kreditinstitute (ohne Landeszentralbank).

noch: Geld und Kredit[1]

	Einheit	2011	2012				2013		
		Durchschnitt		31.03.	30.06.	30.09.	31.12.	31.03.	30.06.	30.09.
Kredite an Nichtbanken										
mittelfristige Kredite (über 1 bis 5 Jahre)	Mill. EUR	14 643	15 080	15 322	15 413	14 983	14 601	14 273	13 753	14 474
langfristige Kredite (über 5 Jahre)	Mill. EUR	90 369	91 871	90 473	92 149	91 942	92 921	92 546	92 449	97 943
Kredite an inländische Nichtbanken	Mill. EUR	107 341	110 263	108 841	110 912	110 406	110 893	110 469	110 111	116 437
Unternehmen und Privatpersonen	Mill. EUR	97 143	99 772	98 754	100 226	99 954	100 152	99 940	99 761	104 866
öffentliche Haushalte	Mill. EUR	10 198	10 492	10 087	10 686	10 452	10 741	10 529	10 350	11 571
Kredite an ausländische Nichtbanken	Mill. EUR	9 981	8 712	9 067	8 819	8 290	8 671	8 435	8 026	8 648
Einlagen und aufgenommene Kredite von Nichtbanken	Mill. EUR	111 359	113 249	111 755	111 769	113 388	116 085	112 938	112 603	111 883
Sichteinlagen	Mill. EUR	43 847	46 913	44 477	45 313	47 540	50 320	50 117	50 925	51 526
Termineinlagen	Mill. EUR	30 198	29 481	29 818	29 377	29 346	29 382	27 314	26 702	25 866
Sparbriefe	Mill. EUR	7 672	7 744	7 962	7 870	7 596	7 548	6 985	6 710	6 445
Spareinlagen	Mill. EUR	29 642	29 112	29 498	29 209	28 906	28 835	28 522	28 266	28 046
Einlagen von inländischen Nichtbanken	Mill. EUR	108 983	110 671	109 246	109 216	110 892	113 330	110 206	109 800	109 433
Unternehmen und Privatpersonen	Mill. EUR	106 437	107 602	106 764	106 499	108 148	108 998	107 236	107 139	106 814
öffentliche Haushalte	Mill. EUR	2 546	3 069	2 482	2 717	2 744	4 332	2 970	2 661	2 619
Einlagen von ausländischen Nichtbanken	Mill. EUR	2 376	2 578	2 509	2 553	2 496	2 755	2 732	2 803	2 450

Steuern

	Einheit	2011	2012				2013		
		Durchschnitt		Okt.	Nov.	Dez.	Sept.	Okt.	Nov.	Dez.
Aufkommen nach Steuerarten										
Gemeinschaftsteuern	Mill. EUR	3 398	3 533	3 175	3 701	4 170	3 719	3 126	3 610	4 241
Steuern vom Einkommen	Mill. EUR	1 002	1 088	763	1 021	1 734	1 204	634	978	1 767
Lohnsteuer	Mill. EUR	699	728	528	990	889	555	554	957	938
Lohnsteuer-Zerlegung	Mill. EUR	136	147	-	458	-	-	-	402	-
veranlagte Einkommensteuer	Mill. EUR	130	161	135	- 28	530	516	3	- 22	533
Kapitalertragsteuer	Mill. EUR	73	78	72	26	51	22	31	31	51

1 Die Angaben umfassen die in Rheinland-Pfalz gelegenen Niederlassungen der zur monatlichen Bilanzstatistik berichtenden Kreditinstitute (ohne Landeszentralbank).

noch: Steuern

	Einheit	2011	2012				2013			
		Durchschnitt		Okt.	Nov.	Dez.	Sept.	Okt.	Nov.	Dez.
Gemeinschaftsteuern										
Abgeltungsteuer auf Zins- und Veräußerungserträge	Mill. EUR	30	34	12	53	12	8	11	43	11
Abgeltungsteuer-Zerlegung auf Zins- und Veräußerungserträge	Mill. EUR	13	17	0	36	-	-	-	29	-
Körperschaftsteuer	Mill. EUR	69	87	15	- 19	251	103	35	- 30	234
Körperschaftsteuer-Zerlegung	Mill. EUR	- 7	- 1	-	- 19	-	-	-	- 5	-
Steuern vom Umsatz	Mill. EUR	2 397	2 444	2 412	2 680	2 436	2 515	2 492	2 632	2 475
Umsatzsteuer	Mill. EUR	441	462	511	494	488	522	524	569	541
Einfuhrumsatzsteuer	Mill. EUR	1 956	1 982	1 902	2 186	1 948	1 993	1 968	2 063	1 933
Zölle	Mill. EUR	205	193	195	203	171	218	207	195	172
Bundessteuern	Mill. EUR	109	111	101	91	183	128	98	92	171
darunter										
Verbrauchsteuern (ohne Biersteuer)	Mill. EUR	27	28	33	32	65	27	31	34	48
Kraftfahrzeugsteuer	Mill. EUR	38	38	37	33	29	35	36	31	31
Solidaritätszuschlag	Mill. EUR	44	45	31	27	90	66	31	27	92
Landessteuern	Mill. EUR	43	55	54	55	57	67	63	68	98
Erbschaftsteuer	Mill. EUR	7	14	11	16	15	14	15	19	54
Grunderwerbsteuer	Mill. EUR	20	25	29	25	27	33	33	34	27
Rennwett-, Lotterie- und Sportwettsteuer	Mill. EUR	12	11	11	11	11	15	11	12	13
Feuerschutzsteuer	Mill. EUR	2	2	1	1	2	1	1	1	2
Biersteuer	Mill. EUR	3	3	2	3	2	3	3	2	2

	Einheit	2011	2012				2013		
		Durchschnitt		1. Q.	2. Q.	3. Q.	4. Q.	1. Q.	2. Q.	3. Q.
Gemeindesteuern	Mill. EUR	541	601	521	711	582	590	576	641	632
Grundsteuer A	Mill. EUR	5	5	4	5	6	4	4	5	6
Grundsteuer B	Mill. EUR	116	122	113	122	142	111	116	125	144
Gewerbesteuer (brutto)	Mill. EUR	412	462	394	572	420	462	443	497	465
sonstige Gemeindesteuern[1]	Mill. EUR	9	12	9	13	14	12	13	15	17

1 Einschließlich Restabwicklung der Grunderwerbsteuer.

noch: Steuern

Steuerverteilung

	Einheit	2011	2012				2013		
		Durchschnitt		1. Q.	2. Q.	3. Q.	4. Q.	1. Q.	2. Q.	3. Q.
Steuereinnahmen der Gemeinden und Gemeindeverbände	Mill. EUR	824	889	543	1 016	849	1 149	632	962	935
Gewerbesteuer (netto)[1]	Mill. EUR	334	377	369	501	314	321	432	421	373
Anteil an der Lohnsteuer und veranlagten Einkommensteuer	Mill. EUR	320	336	45	337	339	621	65	362	352
Anteil an der Umsatzsteuer	Mill. EUR	40	38	2	39	33	79	2	35	42

	Einheit	2011	2012				2013		
		Durchschnitt		Okt.	Nov.	Dez.	Sept.	Okt.	Nov.	Dez.
Steuereinnahmen des Landes	Mill. EUR	738	809	732	751	1 076	1 018	764	803	1 241
Landessteuern	Mill. EUR	43	55	54	55	57	67	63	68	98
Anteil an den Steuern vom Einkommen	Mill. EUR	370	411	273	374	639	464	218	358	655
Lohnsteuer	Mill. EUR	236	249	168	363	264	180	180	350	285
veranlagte Einkommensteuer	Mill. EUR	55	68	58	- 12	225	219	1	- 10	227
Kapitalertragsteuer	Mill. EUR	31	36	35	9	19	9	15	14	22
Abgeltungsteuer auf Zins- und Veräußerungserträge	Mill. EUR	13	15	5	23	5	3	5	19	5
Körperschaftsteuer	Mill. EUR	35	43	8	- 10	125	52	17	- 15	117
Anteil an den Steuern vom Umsatz	Mill. EUR	304	320	345	320	320	488	424	370	427
Umsatzsteuer	Mill. EUR	211	225	246	237	211	379	344	278	325
Einfuhrumsatzsteuer	Mill. EUR	92	95	100	83	109	109	80	92	102
Anteil an der Gewerbesteuerumlage	Mill. EUR	6	6	16	0	16	0	16	2	16
Gewerbesteuerumlage-Anhebung (FDE)	Mill. EUR	2	2	5	0	5	-	5	1	5
Gewerbesteuerumlage-Anhebung (LFA)	Mill. EUR	11	12	31	1	32	-	32	4	32
Gewerbesteuerumlage-Unternehmenssteuerreform	Mill. EUR	2	3	6	0	7	-	7	1	7
Steuereinnahmen des Bundes	Mill. EUR	1 808	1 871	1 699	1 922	2 225	1 946	1 673	1 866	2 233
Bundessteuern	Mill. EUR	109	111	101	91	183	128	98	92	171
Anteil an den Steuern vom Einkommen	Mill. EUR	436	475	330	434	759	520	274	416	772
Anteil an den Steuern vom Umsatz	Mill. EUR	1 257	1 279	1 252	1 396	1 267	1 298	1 286	1 356	1 275
Anteil an der Gewerbesteuerumlage	Mill. EUR	6	6	16	0	16	- 0	16	2	16

1 Nach Abzug der Gewerbesteuerumlage.

Neuerscheinungen im Januar 2014

Statistische Berichte

Bevölkerung, Gesundheitswesen, Gebiet, Erwerbstätigkeit

Strukturdaten zur Bevölkerung –
Halbjahresergebnisse des Mikrozensus 2012
Kennziffer: A1163 201200

Strukturdaten zu Familien und Lebensformen –
Ergebnisse des Mikrozensus 2012
Kennziffer: A1173 201200

Strukturdaten zur Bevölkerung –
Ergebnisse des Mikrozensus 2012
Kennziffer: A1103 201200

Strukturdaten zur Erwerbstätigkeit –
Ergebnisse des Mikrozensus 2012
Kennziffer: A6023 201200

Land- und Forstwirtschaft, Fischerei

Ernteberichterstattung über Obst im November 2013
Kennziffer: C2033 201303

Gewerbeanzeigen, Unternehmen und Arbeitsstätten, Insolvenzen

Gewerbeanzeigen im November 2013
Kennziffer: D1023 201311

Produzierendes Gewerbe, Handwerk

Verarbeitendes Gewerbe sowie Bergbau und Gewinnung von Steinen und Erden im November 2013 –
Ergebnisse des Monatsberichts für Betriebe mit 50 und mehr Beschäftigten
Kennziffer: E1023 201311

Index des Auftragseingangs für das verarbeitende Gewerbe im November 2013
Kennziffer: E1033 201311

Bauhauptgewerbe im November 2013 –
Vorbereitende Baustellenarbeiten, Hoch- und Tiefbau
Kennziffer: E2023 201311

Unternehmen und Investitionen im Bauhauptgewerbe 2012 –
Vorbereitende Baustellenarbeiten, Hoch- und Tiefbau
Kennziffer: E2043 201200

Unternehmen und Investitionen im Ausbaugewerbe 2012 –
Bauinstallation und sonstiges Baugewerbe
Kennziffer: E3043 201200

Elektrizitäts- und Wärmeerzeugung der Kraftwerke der allgemeinen Versorgung im Oktober 2013
Kennziffer: E4023 201310

Energieverwendung des verarbeitenden Gewerbes sowie im Bergbau und bei der Gewinnung von Steinen und Erden 2012
Kennziffer: E4083 201200

Stromeinspeisung in das Netz der allgemeinen Versorgung 2012
Kennziffer: E4093 201200

Wohnungswesen, Bautätigkeit

Baugenehmigungen im November 2013
Kennziffer: F2033 201311

Handel, Tourismus, Gastgewerbe

Beschäftigte und Umsatz im Handel und im Gastgewerbe im Oktober 2013
Kennziffer: G1023 201310

Aus- und Einfuhr im November 2013
Kennziffer: G3023 201311

Gäste und Übernachtungen im Tourismus im Oktober 2013
Kennziffer: G4023 201310

Verkehr

Straßenverkehrsunfälle im Oktober 2013
Kennziffer: H1023 201310

Binnenschifffahrt im September 2013
Kennziffer: H2023 201309

Preise und Preisindizes

Verbraucherpreisindex in Rheinland-Pfalz und in Deutschland im Dezember 2013
Kennziffer: M1013 201312

Preisindizes für Bauwerke in Deutschland im November 2013
Kennziffer: M1043 201344

Querschnittsveröffentlichungen

Daten zur Konjunktur im Oktober 2013
Kennziffer: Z1013 201310

Sonstige Veröffentlichungen

Statistische Monatshefte Rheinland-Pfalz – Ausgabe Januar 2014
Kennziffer: Z2201 201401

Amtliches Verzeichnis der Gemeinden und Gemeindeteile – Stand: Dezember 2013
Kennziffer: A1132 201301

Gemeinschaftsveröffentlichungen der statistischen Ämter des Bundes und der Länder

Arbeitnehmerentgelt, Bruttolöhne und -gehälter in den Ländern der Bundesrepublik Deutschland 1991 bis 2012 – Berechnungsstand: August 2013
Kennziffer: P1225 201200

Bruttoanlageinvestitionen in den Ländern der Bundesrepublik Deutschland 1991 bis 2011
Kennziffer: P1235 201100

Arbeitsvolumen in den Ländern der Bundesrepublik Deutschland 2000 bis 2012 – Berechnungsstand: August 2013
Kennziffer: A6225 201200

Die Veröffentlichungen stehen im Internet unter www.statistik.rlp.de zum kostenfreien Download zur Verfügung. Die Statistischen Berichte gibt es ausschließlich als PDF-Datei. Alle übrigen Veröffentlichungen können beim Statistischen Landesamt, Vertrieb der Veröffentlichungen, 56128 Bad Ems, bestellt werden.
Telefon: 02603 71-2450, Telefax: 02603 71-194322, E-Mail: vertrieb@statistik.rlp.de.

Impressum

Für Smartphone-Benutzer: Bildcode mit einer im Internet verfügbaren App scannen. Dort können Sie alle Beiträge der Statistischen Monatshefte, die seit dem Jahr 2001 erschienen sind, kostenlos herunterladen.

Herausgeber:
Statistisches Landesamt Rheinland-Pfalz
Mainzer Straße 14-16
56130 Bad Ems

Telefon: 02603 71-0
Telefax: 02603 71-3150

E-Mail: monatsheft@statistik.rlp.de
Internet: www.statistik.rlp.de

Redaktion: Romy Siemens

Druck: Hessisches Statistisches Landesamt

Titelfoto: Romy Siemens
Autorenfotos: Manfred Riege

Bestellnummer: Z2201
ISSN: 0174-2914

Einzelpreis der Printausgabe: 5,50 EUR

Jahresbezugspreise: Printausgabe: 60,00 EUR
Online-Abonnement: kostenfrei

Kostenfreier Download im Internet:
www.statistik.rlp.de/veroeffentlichungen/statistische-monatshefte

© Statistisches Landesamt Rheinland-Pfalz · Bad Ems · 2014

Vervielfältigung und Verbreitung, auch auszugsweise, mit Quellenangabe gestattet.